

Bonn, Montag 5. Juli 1971

Sprecher: Amrehn, Barzel, Blüm, Dregger, Echternach, Filbinger, Göb, Gradl, Hahn, Harlander, Hasselmann, Heck, Katzer, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lemke, Lorenz, Scheufelen, Schmücker, Schröder, Schwarz-Schilling, Stingl, Stoltenberg, Weiskirch, von Weizsäcker, Wex, Windelen.

Vorbereitung des Parteitags in Saarbrücken. Politische Lage (Städtebauförderungsgesetz, Rentenanpassungsgesetz, Bildungsplanung, Universität Bremen). Debatte über Pressekonferenz von Dr. Heck am Vormittag betr. Dr. Barzel/Dr. Schröder. Finanzlage der Partei. Deutsche Union. Verschiedenes.

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 19.30 Uhr

VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGS IN SAARBRÜCKEN

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung des Bundesparteivorstands. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Frau Kollegin Wex zu ihrem heutigen Geburtstag recht herzlich gratulieren (Beifall.) mit allen guten Wünschen für das neue Lebensjahr.

Meine Damen und Herren, Sie haben die Tagesordnung zugeschickt bekommen, das Parteipräsidium hat heute früh beraten und fand es zweckdienlich, wenn wie den Punkt 2 „Vorbereitung des Bundesparteitages in Saarbrücken“ vorziehen, als Punkt 1 behandeln und dann die politische Lage usw.

Zur Vorbereitung des Bundesparteitages in Saarbrücken¹ hat im Parteipräsidium bei der letzten Sitzung und auch heute noch einmal eine Besprechung zur Klärung der Kandidatenfrage stattgefunden.² Sie wissen, daß sich auf diesen Beratungen für den Parteitag in Saarbrücken zwei Herren als Kandidaten angekündigt haben. Das ist der Fraktionsvorsitzende Dr. Barzel und das ist Ministerpräsident Dr. Kohl. Wir sind uns alle klar darüber, daß auf diesem Parteitag in Saarbrücken der Parteivorsitzende der CDU gewählt wird, natürlich rechtlich nicht etwa der kommende Kanzlerkandidat, welches politische Gewicht im übrigen die Wahl auch immer haben mag. In diesem Zusammenhang hat sich das Parteipräsidium einige Gedanken gemacht. Aber bevor ich darauf eingehe, möchte ich das tun, was ich angekündigt habe. Ich habe es persönlich für den richtigen Stil gehalten, meine eigene Absicht vor dem Führungs-

1 Der 19. Bundesparteitag fand am 4./5. Oktober 1971 in Saarbrücken statt.

2 Protokolle vom 25. Juni und 5. Juli 1971 in ACDP 07-001-1404.

gremium unserer Partei bekanntzugeben und möchte also heute sagen, daß ich nicht die Absicht habe, mich auf dem Saarbrücker Parteitag erneut um den Posten des Parteivorsitzenden zu bewerben.

Ich habe dem Parteipräsidium meine eigenen Überlegungen dazu vorgetragen. Ich hoffe, daß meine Partei Verständnis dafür hat, daß ich eine solche Erklärung jedenfalls nicht während der Landtagswahlkämpfe abgegeben habe. Das wäre wenig zweckdienlich gewesen. Ich hatte auch die Überlegung, die ja nicht etwa auf meine Person zielt, sondern eine prinzipielle Überlegung ist, vorgetragen, daß wir nicht davon ausgehen können, daß die Situation dieser Koalition und dieser Regierung 1973 genauso miserabel ist wie heute, daß sie möglicherweise heute ihren Tiefpunkt hat – wer kann das sagen? –, daß wir auf einen sehr harten Wahlkampf gefaßt sein müssen. Und da ist natürlich die prinzipielle Überlegung, ob in den beiden Spitzenämtern der Partei sich nicht – abgesehen von der Frage der Arbeitsteilung – der persönliche Kredit, den jeder einzelne mitbringt, miteinander verbinden könnte, ob das nicht eine Überlegung sei, die den Vorzug verdiene vor der Überlegung, die Sache in eine Hand zu geben. Damit sind wir bei einem Punkt angelangt, über den auch heute auf dieser Sitzung gesprochen werden wird. Ich habe mir die Dinge sehr gründlich durch den Kopf gehen lassen und möchte das Für und Wider, das wir im Parteipräsidium besprochen haben, nun nicht mehr wiederholen. Ich habe mich entschieden. Sie haben meine Entscheidung eben gehört, und wir haben heute hier also festzustellen, zwei Kandidaten für den Parteivorsitz haben sich angemeldet. Sie haben auch Kenntnis genommen von der Erklärung des Herrn Kollegen Dr. Schröder auf der vorletzten Sitzung des Parteipräsidiums³, daß [er] seine persönliche Entscheidung von der Entwicklung der Meinungsbildung in der Partei zu dieser prinzipiellen Frage „Alles in einer Hand oder getrennt“ abhängig machen wolle. Dies zunächst einmal zu meiner persönlichen Erklärung. Das Parteipräsidium hat sich dann mit einer Reihe von weiteren Fragen im Zusammenhang mit dem Parteitag befaßt.

Barzel: Ich glaube, es kann dieser Augenblick nicht so einfach vorübergehen, ohne daß wir in aller Form – ohne hier jetzt irgendeine Würdigung oder etwas anderes vorzunehmen – zunächst einmal Dank sagen, Dank für Ihre Arbeit, und daß wir uns sicher alle verpflichtet fühlen – ich glaube, soweit darf ich doch gehen –, zu sehen, in welcher Form wir diesem Dank Ausdruck geben werden und in welcher Art wir Ihre Mitwirkung und Ihren Rat und Ihre Hilfe weiter in Anspruch nehmen können.

Ich glaube, daß mir ein anderes aber zusteht zu sagen. Und da wir, Herr Kollege Kiesinger, ja sehr häufig miteinander gesprochen haben, nicht nur in der Zeit, als Sie Regierungschef waren, sondern auch in der letzten Zeit, möchte ich doch nur ganz schlicht hinzufügen, daß Sie uns, diese Partei, aus einer Situation der Schwäche herausgeführt haben (wir waren bei 29 Punkten in den Meinungsumfragen⁴), daß Sie das

3 Protokoll vom 17. Juni 1971 in ACDP 07-001-1404.

4 EMNID ermittelte bei der Sonntagsfrage im Juli 1967 den niedrigsten Wert für die CDU/CSU. Hier gaben nur 29 % an, sie würden die Union bei der nächsten Bundestagswahl wählen, vgl. EMNID-Umfrage „Die Anhängerschaft der politischen Parteien und ihre Entwicklung“ (175. Erhebung/Dezember 1968 in ACDP Dokumentation).

schwierige Unternehmen einer Großen Koalition geführt haben zu einem Wahlerfolg für uns alle. Dies wollte ich doch jetzt sagen, damit nicht hier ein solcher Augenblick vorbeigeht, ohne daß wir auch dem Ausdruck gegeben haben, Herr Vorsitzender. (*Stürmischer Beifall.*)

Kiesinger: Ich danke Ihnen, Herr Dr. Barzel, sehr herzlich für diese Worte. Die Partei kann sicher sein, daß ich nach meinem Vermögen, so lange ich bei Kräften bin, ihr dienen werde und mithelfen werde, damit wir zu dem kommen, zu dem wir kommen müssen, nämlich zum ganzen Sieg in der Bundestagswahl 1973. Das wird ein sehr schwieriges Stück Arbeit werden, darüber sind wir uns hoffentlich alle im klaren. Und so schön die Ergebnisse der Landtagswahl waren, wir sollten uns doch durch sie nicht berauschen lassen. Das schwerste Stück Arbeit liegt ohne Zweifel noch vor uns.

Nun, meine Damen und Herren, im Präsidium haben wir uns dann noch folgende Überlegungen gemacht. Wir sind uns natürlich klar darüber, alles, was wir jetzt vorschlagen und auch hier im Bundesparteivorstand beraten werden, läuft ja Gefahr, denjenigen vorzugreifen, die auf dem Parteitag neu gewählt werden, überhaupt dem Parteitag vorzugreifen. Aber man muß ja mit einem bestimmten Plan in den Parteitag gehen, ohne die Absicht dabei zu haben, hier irgend etwas zu antizipieren, was in Wahrheit dem Parteitag zusteht. Aber wir können einfach nicht hineingehen, ohne daß wir uns eine gewisse Klarheit verschafft haben. Ich sagte schon, es wird der Parteivorsitzende gewählt. Der Kanzlerkandidat muß zusammen mit der CSU ausgesucht und vorgeschlagen werden.

Von der CSU ist der Gedanke eines gemeinsamen Parteitages in die Öffentlichkeit geleitet worden.⁵ Das ist ja eine ganz interessante Idee. Wir werden gut daran tun, die CSU zu fragen, wie sie sich das denkt. Das ist, glaube ich, die richtige Haltung dazu, von allen rechtlichen Bedenken – geht das überhaupt, ein gemeinsamer Parteitag zwischen zwei Parteien? – jetzt einmal ganz abgesehen. Wir sind heute früh der Meinung gewesen, wir wollen ruhig einmal die CSU fragen, wie sie sich so etwas vorstellt.

Das Parteipräsidium meinte heute, wir sollten nach der Feststellung, es wird der Parteivorsitzende gewählt, dann vorschlagen, daß alsbald nach dem Parteitag durch ein gemeinsames Gremium von CDU und CSU dann der Kanzlerkandidat gewählt wird. Wir wollten davon Abstand nehmen, zu sagen bis spätestens dann und dann oder noch in diesem Jahr, sondern wir fanden die Formel „alsbald“ einerseits genau genug, andererseits flexibel genug. Darüber gibt es natürlich eine gewisse Grenze. Wenn die Wahl in Baden-Württemberg wirklich erst im April des nächsten Jahres stattfindet, dann ist natürlich diese Wahl ein Anlaß, diese Frage rechtzeitig vorher zu klären.

Wir wollten auch keinen Vorschlag machen, der die Zusammensetzung des Gremiums betrifft. Es lag natürlich nahe, an das Gremium der Wahlmänner für den Bundespräsidenten zu denken. Aber es kam sehr bald heraus, daß das eben zwei verschiedene

5 Richard Stücklen machte am 26. Juni 1971 in einem Interview mit dem SDR den Vorschlag, den Kanzlerkandidaten auf einem gemeinsamen Parteitag der CDU/CSU zu wählen. Vgl. auch „Frankfurter Rundschau“ vom 30. Juni 1971 „Schröder distanziert sich von Stücklens Vorschlag; „Die Welt“ vom 6. Juli 1971 „Jetzt kandidieren nur noch Barzel und Kohl für den CDU-Vorsitz“.

Dinge sind. Es wurde auch auf das satzungsmäßige Recht des Parteyausschusses bei dieser Gelegenheit hingewiesen, den man selbstverständlich nicht übergehen kann. Das muß auf den Parteitag entschieden werden, d. h. auf dem unseren und dem kurz danach stattfindenden Parteitag der CSU. Aber selbstverständlich wollen wir auch nicht die Dinge einfach laufen lassen bis dahin. Deswegen haben wir heute früh beschlossen, daß wir Kontakte aufnehmen, Gespräche führen, ohne das groß in die Öffentlichkeit dringen zu lassen, mit der CSU, wie das nun gemeinsam angepackt wird. Dabei wird sich dann auch die Frage, wie sich die CSU einen solchen gemeinsamen Parteitag vorstellt, klären oder auch nicht klären.

Der Parteitag selber soll zwei Tage dauern. Es muß eine Tagesordnung für ihn entworfen werden. Diese will das Präsidium auf seiner Sitzung am 3. September 1971 fertigstellen. Das dürfte reichen.

Ich glaube, damit habe ich die wesentlichen Erwägungen des Parteipräsidiums zu der Vorbereitung des Bundesparteitages in Saarbrücken vorgetragen und stelle diesen Punkt zur Aussprache.

Dregger: Ich möchte zunächst meinen Respekt sagen vor unserem Vorsitzenden, seiner politischen Leistung und seinem Entschluß und möchte dann Stellung nehmen zu dem Gedanken eines gemeinsamen Parteitages mit der CSU. Ich finde, wir sollten uns diesem Gedanken nicht mit allzu großer Reserve nähern. Ich finde ihn im Grunde gut, denn wir müssen mit der CSU gemeinsam in den Wahlkampf ziehen, müssen gemeinsam die Wahl gewinnen und müssen gemeinsam die Regierung bilden. Wenn es auf einem gemeinsamen Parteitag zu einer Abstimmung käme zwischen zwei Kandidaten, dann könnte es natürlich nicht die Paritätsfrage geben, Herr Katzer, da der gemeinsame Parteitag ja beinhaltet, daß jeder Delegierte eine Stimme hat. Und damit ist die Parität ja nicht gegeben. Also, ich meine, der Gedanke ist recht gut, und es wäre sehr schön, wenn es später auch noch einmal zu gemeinsamen Parteitagen käme und wenn nicht nur in der Fraktion, sondern auch zwischen den Parteien eine gemeinsame Zielsetzung abgestimmt werden könnte.

Kiesinger: Ich habe gesagt, wir wollen die CSU fragen, wie sie sich das denkt. Das bedeutet keine Reserve. Die Sache hat natürlich ohne Zweifel eine gewisse Faszination. Bloß wenn man ein bißchen über die rechtlichen Fragen nachdenkt, kommt man sehr rasch auf die Schwierigkeiten. Damit habe ich dasselbe ansprechen wollen, daß Sie auch angesprochen haben.

Kohl: Zum gemeinsamen Parteitag CDU/CSU möchte ich noch sagen, was an Erörterungen heute im Präsidium auftrat. Zunächst einmal glaube ich, daß sich niemand darüber im klaren ist, daß das allein schon aus dem Grunde eine vortreffliche Sache wäre, weil die CSU dann beim übernächsten gemeinsamen Parteitag den Präzedenzfall geschaffen hätte. Der erste gemeinsame Parteitag wäre neben der reinen Notwendigkeit der Personalentscheidung ein Bruch mit einer Tradition, gemeinsamen Parteitagen aus dem Wege zu gehen. Darüber muß man sich im klaren sein. Deswegen war ich auch heute im Präsidium wie heute mittag hier prinzipiell für die Sache. Ganz ungewöhnlich schwierig und problematisch jedoch ist, daß der Vorschlag parteienrechtlich die Realisierung zweier Satzungsänderungen in der CDU und CSU beinhaltet,

denn die gemeinsamen Parteitagsdelegierten müssen ja irgendwann gewählt werden. Ich bin dennoch der Meinung, wir sollten an die Sache herangehen, weil wir ja das Glück haben, daß beide Parteitage der CDU und CSU in ganz kurzem Abstand voneinander tagen und sozusagen die Stunde der Wahrheit für jeden, der einen gemeinsamen Parteitag fordert, dann gekommen ist – denn beide Parteien sind ja völlig frei und souverän – vorher auszuhandeln, wie etwa der Quotient ist zwischen CDU und CSU. Und dann kann man ja die Delegierten auf diesem gemeinsamen Parteitag, nach einem inneren Schlüssel wiederum, wie etwa bei den CDU-Landesverbänden und bei der CSU, wählen, so daß ich eigentlich nur raten kann, daß wir den entsprechenden Hinweis bei aller rechtlichen Schwierigkeit, die Sache durchzusetzen, aufnehmen und sagen, wenn es irgend möglich ist, ist die CDU bereit, alles zu tun, zu einem gemeinsamen Parteitag zu kommen. Es liegt jetzt ganz einfach an der CSU, uns einen Vorschlag zu unterbreiten, wie man das im Detail tut. Und es wird sehr interessant sein, wie dieser Vorschlag aussieht.

Kiesinger: Ich glaube, der Punkt „Gemeinsamer Parteitag“ ist damit erledigt. Wir sollten uns auf jeden Fall von uns aus nicht distanzieren. – Wünscht jemand das Wort zu der Frage?

Hahn: Ich bin natürlich sehr dafür, wenn wir hier der Meinung sind, gemeinsamer Parteitag mit dieser Zweckbindung, daß dann nicht vor der Öffentlichkeit ausgehandelt wird, wie wir die Partei [...] machen, sondern daß vorher klar ist, daß hier eindeutig vor der deutschen Öffentlichkeit dieser feste Wille der Gemeinsamkeit herausgestellt wird, daß wir nicht erneut Schwierigkeiten bekommen durch eine zerstrittene Partei, hier und auf der anderen Seite. Dann muß das rechtlich bestens abgesichert und durchdacht werden.

Scheufelen: Auf dem gemeinsamen Parteitag müssen die Delegierten ja unter dem Mäntelchen zweier Parteien unter gleichen Zahlenstücken zustande kommen. Das heißt also, das einfachste wäre ja, wenn die Delegierten der CSU, weil sie nur in einem Land stattfindet [sic!], nach dem Schlüssel wie die Bundesparteitagsdelegierten der CDU gewählt werden. Das wäre z. B. dann ein anderer Weg. (*Unruhe und Diskussion.*)

Stoltenberg: So interessant und fesselnd für viele dieser Gedanke eines gemeinsamen Parteitages auch ist, ich würde doch vorschlagen, daß wir in der kommenden öffentlichen Erörterung der nächsten zwei Monate die Dinge sehr deutlich auseinanderhalten. Es wird in den kommenden zwei Monaten natürlich ein starkes Interesse geben, gerade auch von den Kräften, die ablenken wollen von den großen Schwierigkeiten der Bundesregierung und die die ganze Personal- und Strukturfrage der CDU in der Sommerzeit in den Zeitungen zu halten wünschen.

Ich glauben, wir müssen hier deutlich die zwei verschiedenen zeitlichen Probleme sehen. Die Frage der Benennung eines Spitzenkandidaten ist ja in einer relativ begrenzten Frist nach unserem Parteitag zu sehen. Und bis dahin wären, von allen anderen abgesehen, die technischen, organisatorischen, satzungsmäßigen Voraussetzungen für einen gemeinsamen Parteitag überhaupt nicht zu klären. Und wir sollten dies auch in der öffentlichen Debatte klar trennen. Hier geht es um das erwähnte besondere Gremium, dessen Zusammensetzung noch einmal freundschaftlich mit der CSU be-

sprochen werden muß. Und die andere Frage, die Stücklen aufgeworfen hat, ist eine Frage, die nach meiner Auffassung ganz klar losgelöst von unseren Personalüberlegungen und -entscheidungen mit der CSU auch gemeinsam zu behandeln ist, ob es sich anbietet, in der zweiten Hälfte der Wahlperiode, zu einem Zeitpunkt, den wir im Augenblick nicht wissen, einmal eine besondere Demonstration der politischen Einigkeit und Kraft von CDU/CSU in dieser Form eines gemeinsamen Parteitages vorzunehmen, was aber auch eine Reihe von sachlichen Vorkehrungen und insofern auch Zeit voraussetzt, damit das wirklich eine Demonstration der Einigkeit und Geschlossenheit wird und nicht eine Demonstration von Unterschieden, die es in der Union insgesamt und vielleicht auch zwischen CDU und CSU gibt.

Kraske: Herr Vorsitzender! Sie brachten zu Beginn einen Punkt der Tagesordnung, wozu zu sagen wäre, wenn das dazu gehört, würde ich doch gerne eine Frage nach der Tagesordnung des Parteitages stellen. Sie kündigten zwar an, daß das Präsidium sich erst Anfang September darüber schlüssig werden wolle, ich fände es aber doch für dieses Gremium ganz wichtig, bevor es wahrscheinlich das nächste Mal in Saarbrücken zusammentrifft, schon ein bißchen die Gesichtspunkte kennenzulernen, die bei der Vorbereitung dieser Tagesordnung eine Rolle spielen. Denn wir wissen ja aus alten Erfahrungen, daß unter publizistischen Gesichtspunkten solche Wahlparteitage, wo sich das gesamte Interesse der Öffentlichkeit auf den Wahlvorgang konzentriert, sehr schwer sachlich ins Bild zu bringen sind. Ob man das sehr schön findet oder nicht, es ist davon auszugehen, daß die Öffentlichkeit hier eine personelle Entscheidung auf diesem Parteitag erwartet und das im Mittelpunkt des gesamten Interesses steht. Das Sachprogramm dieses Parteitages wird dann in der Öffentlichkeit nicht das Interesse finden, das ihm von der Sache her zukäme. Ich fände es deshalb wichtig, wenn wir uns darüber heute schon ein bißchen im Grundsätzlichen verständigen würden.

Heck: Nun, Herr Kraske, es ergibt sich anhand der Statuten, daß wir nicht nur einen reinen Wahlparteitag abhalten, denn auf dem Parteitag werden der Parteivorsitzende, der Fraktionsvorsitzende und der Generalsekretär ihre Berichte erstatten. Ich glaube, daß die Berichte insgesamt unter dem strategischen Konzept unserer Opposition stehen werden. Es ist ja der Regierung gelungen – ich glaube, daß wenigstens Wehner das mit klarer Absicht erzwungen hat –, daß wir mit einem kräftigen „Nein“-Akzent begonnen haben. Wehner, die SPD und die Regierung sind dabei, uns so auf der Neinsager-Linie zu halten; die Fraktion hat umgeschaltet.⁶ Das muß, glaube ich, auf dem Parteitag in den Berichten klar zum Ausdruck kommen, und das wird ja auch dann in der Diskussion eine entsprechende Bestätigung erhalten. Die übrigen Formalien, die auf dem Parteitag zu erledigen sind, brauchen hier, glaube ich, nicht weiter erwähnt zu werden.

Amrehn: Nach den Worten von Dr. Stoltenberg ist mir klar geworden, daß eine Unterscheidung anscheinend im Präsidium vorgenommen worden ist, ob man einen

6 Vgl. z. B. Debatte über die Gesetzesentwürfe für ein Städtebauförderungsgesetz am 16. Juni 1971. Wehner forderte die Union auf, dafür zu sorgen, daß „der Bundesrat wieder würde, was er zu sein hätte.“ (Sten.Ber. 6. WP 127. Sitzung S. 7389f.).

gemeinsamen Parteitag für einen noch nicht näher bestimmten Sachzweck überhaupt abhalten will und völlig getrennt davon den Vorschlag der Union der Flüchtlinge und Vertriebenen aufnehmen will, eine Sonderregelung zu schaffen für die Benennung eines Kanzlerkandidaten.⁷ Der Vorschlag von Stücklen geht jedenfalls von einer ganz anderen Vorstellung aus. Er wollte die Wahl des Kandidaten auf einen gemeinsamen Parteitag verlegen. Unter diesem Gesichtspunkt wird dann allerdings auch die Frage nach den rechtlichen Zusammenhängen erst relevant, ob ein solcher gemeinsamer Parteitag die rechtliche Befugnis hat, solche Nominierungen vorzunehmen, obwohl dafür an sich ja gar keine Vorschriften bestehen. Auch für ein anderes Gremium irgendwelcher nicht näher im Gesetz bestimmter Art gibt es ja keine rechtlichen Bindungen, die Nominierung vorzunehmen, sondern nur für eine Fraktion die Verantwortung, einen Kanzlerkandidaten rechtlich nach der Verfassung zu nominieren. Mir läge doch sehr daran, wenn wir etwas Klarheit hierzu gewinnen könnten. Sollte es die Absicht sei, im Interesse einer engeren Zusammenarbeit der beiden Parteien überhaupt zu gemeinsamen Parteitagen zu kommen und davon losgelöst die zwar aktuelle Frage des Kanzlerkandidaten draußen zu lassen, dann brauchen wir uns keine rechtlichen Kopfschmerzen zu machen. Dann brauchen wir nicht zu prüfen, wie die Delegierten gewählt sind. Parteitage können natürlich gemeinsam tagen. Wenn jemand da Schwierigkeiten sehen sollte, kann ich nur daran erinnern, daß wir im Jahre 1950 mit 20 Landesparteien zusammen getagt haben, um uns einen gemeinsamen Vorsitzenden zu geben.⁸ Das gäbe es nicht nach der Verfassung und nach dem Parteiengesetz, aber das wollen wir ja auch nicht. Keiner gibt seinen Vorsitz an einen gemeinsamen Vorsitzenden ab, jedenfalls nicht die kleineren an den größeren. Durch die Worte von Dr. Stoltenberg sind bei mir jetzt Zweifel aufgetaucht, die ich bis dahin gar nicht hatte. Ich bitte, dazu vielleicht noch ein erklärendes Wort zusätzlich zu sagen.

Kiesinger: Ich habe es so gesagt, wie es eigentlich herausgekommen ist, denn das Präsidium hat sich nicht etwa festgelegt, keineswegs einen gemeinsamen Parteitag für die Wahl des gemeinsamen Kandidaten, sondern aus anderem Anlaß abzuhalten, sondern es wurde gesagt, es kann das eine wie das andere sein. Daß die CSU ihre Äußerungen gemünzt hat auf die Wahl des Kanzlerkandidaten, ist aus der Erklärung von Herrn Stücklen sehr klar herauszulesen. Deswegen habe ich gesagt, wir wollen mal die CSU freundlich fragen, wie sie sich das denkt. Und erst wenn wir das wissen, dann sollten wir weiter darüber beraten. Wir machen sonst die Rechnung ohne den Wirt, denn ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß die CSU sagt, nun ja, so einen gemeinsamen Parteitag kann man schon mal machen, aber das ist uns jetzt nicht so wichtig; wichtig ist uns der gemeinsame Parteitag für die Wahl eines gemeinsamen Kanzlerkan-

7 Anlage zur Sitzung des Bundesausschusses am 10. Mai 1971 in ACDP 07–001–606.

8 Zum Vorsitzenden wurde auf dem ersten Bundesparteitag der CDU vom 20.–22. Oktober 1950 in Goslar Konrad Adenauer gewählt. Vgl. KLEINMANN S. 126–130. Druck: Christlich-Demokratische Union Deutschlands (Hg.): Erster Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Goslar, 20.–22. Oktober 1950. Bonn. o.J. (Protokoll im Internet: http://www.kas.de/upload/themen/programmatur_der_cdu/protokolle/1950_Goslar_1_Partitag.pdf).

didaten. Und deswegen müssen wir hören, wie es sich die CSU denkt, wie sie sich zu den damit aufgeworfenen Rechtsfragen stellt. Denn es ist nicht nur eine Frage der Satzung, sondern auch des Parteiengesetzes.

*Harlander*⁹: Ich möchte den Versuch machen, hier kurz zu interpretieren, was Herr Stücklen gemeint hat. Ich darf dazu einen Satz aus dem „Bayernkurier“ zitieren: „Nach dem Parteitag werden CDU und CSU gemeinsam und in fairer Partnerschaft die gewiß nicht leichte Aufgabe der endgültigen Kandidatennominierung zu bewältigen haben. Richard Stücklens Vorschlag eines gemeinsamen Parteitages verdient dabei Beachtung und sollte für die Union ein ernster Appell zu optimaler Gemeinsamkeit und eine Warnung vor spektakulären Einzelaktionen sein.“¹⁰

Ich glaube, Herrn Stücklen richtig zu interpretieren, daß er, so wie Herr Dr. Stoltenberg es eben genannt hat, diesen Parteitag als Demonstration der Einigkeit ansieht. Ich glaube nicht, daß sich Herr Stücklen über die Zahl der Delegierten genau im klaren war. Ich habe dies auch aus der Zeitung erfahren und sofort nachrechnen lassen und bin dabei darauf gekommen, daß wir nach unserer Satzung 638 stimmberechtigte Delegierte haben. Und wenn ich richtig unterrichtet bin, sind es bei Ihnen etwa 570. (*Stürmische Heiterkeit.*) Ich war also sehr überrascht, und ich darf Ihnen sagen, Herr Dr. Strauß war ebenso überrascht.

Wenn auf diesem Parteitag tatsächlich der Kandidat zur Wahl gestellt werden soll und die beiden Satzungen etwas aufeinander abgestimmt werden sollen, dann dauert das nach meiner flüchtigen Rechnung mindestens ein Jahr, bis die Delegierten für diesen Sonderparteitag durchgewählt sind. Und damit hat sich wahrscheinlich der Vorschlag für diesen Zweck vielleicht sogar schon erledigt.

Kiesinger: Meine Damen und Herren, Sie haben soeben die erste Stimme der CSU, wie sie sich das denkt, gehört. Wenn Sie dann noch einige weitere hören, ist die Sache, glaube ich, sehr bald geklärt.

Kohl: Ich möchte noch einmal die Frage von Herrn Amrehn aufnehmen. Ich glaube, wir stehen doch jetzt vor zwei Fragen:

1. Was tut die CDU, die in den letzten Monaten ja immer wieder Ratschläge aus der CSU empfing, nachdem dieser Ratschlag jetzt gekommen ist? – Ich kann nur raten, im Sinne dessen, was Herr Harlander eben gesagt hat, diesen Vorschlag mit äußerster Freundlichkeit aufzunehmen und jetzt die CSU um die Präzisierung ihres Vorschlages zu bitten. Wenn alsbald herauskommt, daß Stücklen sagt, das dauert wenigstens ein Jahr, dann hat er das gesagt und nicht wir.

2. Dr. Kiesinger sprach ja von einem Gremium oder Bundesparteitag. Da wir aber jetzt sagen „alsbald“, d. h. einige Wochen, höchstens drei bis vier Monate vom Oktobertermin her, wird die Satzung nicht zustande kommen. Es bleibt also die andere

9 Florian Harlander (geb. 1928), 1961–1965 Bundesgeschäftsführer der JU, 1965–1967 Presse-Referent der CSU, 1967–1971 Leiter der Abteilung Parteiorganisation, 1971–1982 Landesgeschäftsführer der CSU, ab 1985 Generalbevollmächtigter der CSU für Finanzfragen, 1995–1997 Landessprecher der Senioren-Union der CSU.

10 Artikel von Wilfried Scharnagl „Diskussion genügt nicht“ im „Bayernkurier“ vom 3. Juli 1971.

Alternative mit dem Gremium, über das man sich ja auch mit der CSU unterhalten muß, denn die Zahlen, die bei der Benennung des Bundespräsidentenkandidaten¹¹ zugrunde lagen, das sind ganz gewiß nicht die Zahlen, die wir hier zugrunde legen können, sondern wir werden mit unseren Präsidien diese Frage noch einmal sehr beraten müssen. Ich glaube also, wir sollten freundlich das Angebot zu einem gemeinsamen Parteitag annehmen und sagen, sobald wie möglich sollte man das tun. Die CSU soll sagen, wie sie sich das im einzelnen vorstellt, ansonsten sind wir der Meinung, der Kanzlerkandidat sollte von einem gemeinsamen Gremium gewählt werden.

Kiesinger: Ich würde also vorschlagen, daß wir uns mit dieser Frage nicht länger auseinandersetzen. Wir sind uns im Grunde alle einig darüber. Wir nehmen den Vorschlag der CSU freundlich auf, und zwar in der doppelten Richtung: erstens zur Frage der Kanzlerkandidatenwahl, zweitens als Demonstration der Einigkeit und Kraft. Warten wir jetzt mal die Gespräche ab und dann beschäftigen wir uns wieder mit diesem Punkt.

Blüm: Die Frage war ja zunächst recht abstrakt, vor allem, bis geklärt ist, wie konkret auch die Zahlungsverhältnisse sich ausdrücken. Ich würde mich dieser abstrakten Formulierung „Demonstration der Einigkeit“ schon anschließen, ich will nur auf einige Folgewirkungen aufmerksam machen. Das kann ja wohl nicht so geschehen, daß wir da nur die Wahlmaschine laufen lassen, sondern wenn wir Einigkeit demonstrieren, müssen wir auch einige Sachfragen diskutieren. Beispielsweise die Frage der Deutschen Union.¹² Und was dieser Parteitag dann beschließt – ja, für mich ist dies nicht unwichtig –, müßte dann auch bindend sein für die Gruppe, die auf diesem Parteitag die kleinere ist, das wird ja dann wahrscheinlich die CSU sein. Auf alle diese Folgewirkungen sollte man aufmerksam machen.

Kiesinger: Also, ich habe immer noch keine weisere Formel gefunden, als daß wir abwarten und die CSU fragen, wie sie sich das denkt.

Stingl: Ich bin anscheinend der letzte, der mit Stücklen gesprochen hat. Er hat mich vorige Woche in Nürnberg besucht, und da haben wir natürlich auch über dieses Thema gesprochen. Stücklen sagte mir, daß er davon ausgegangen ist – und hier teile ich voll seine Meinung –, daß es ganz schlimm wäre, wenn die CDU einen Kanzlerkan-

11 Die Kommission zur Benennung des Bundespräsidentenkandidaten bestand aus Vertretern der CDU und CSU. Zur Zusammensetzung vgl. Vermerk von Bruno Heck vom 6. November 1968 (ACDP 07–001–1317). Zum „Komitee der CDU/CSU Deutschlands zur Vorbereitung der Bundespräsidentenwahl“ 1959 Rudolf MORSEY: Auf der Suche nach dem Ersatzmann. Die Nominierung Heinrich Lübkes für die Wahl zum Bundespräsidenten am 15. Juni 1959. In: HPM 2 (1995), S. 247–281.

12 Im Januar 1971 trafen sich Mitglieder der Nationalliberalen Aktion in Hannover, um über die Satzung der geplanten Nachfolgeorganisation „Deutsche Union“ zu beraten. Am 16. Januar 1971 wurde das Grundsatzprogramm verabschiedet. Die Partei wurde am 12. Juni 1971 in Düsseldorf gegründet, zum Vorsitzenden der DU wurde Siegfried Zoglmann gewählt. Vgl. FAZ vom 18. Januar 1971 „NLA beschließt Gründung der ‚Deutschen Union‘“; „Frankfurter Rundschau“ vom 14. Juni 1971 „‚Deutsche Union‘ bietet der CDU Zusammenarbeit an“. Vgl. auch GRAU, Verhältnis S. 84–87; Ströss S. 340–344. Grundsatzprogramm und Satzungsentwurf der DU in ACDP Dokumentation 2/2216.

didaten benennt und die CSU darf nur nachziehen. Sie hat also zu keiner Zeit auch nur die Möglichkeit mitzusprechen. Er denkt auch nicht daran, daß es solch einen Parteitag mit den rechtlichen Schwierigkeiten gibt, sondern er denkt daran, nachdem abgeklärt ist, wer Kanzlerkandidat werden soll, daß man dann in einer geschlossenen Demonstration der beiden Parteitage sowohl den Kanzlerkandidaten wie auch ein Sachprogramm verkündet. Davor soll alles wie in den Parteigremien laufen – so hat er es mir wenigstens gesagt –, wobei ich von mir aus dazu sage, sehr große rechtliche Schwierigkeiten sehe ich jedenfalls nicht, wenn man sich davor auf einen Modus der Kurienwahl oder ähnliches einigen kann. Es geht jedenfalls – so sagt Stücklen – nicht darum, jetzt der CDU ein Veto der CSU aufzuzwingen. Aber umgekehrt muß die CSU darauf bedacht sein, daß ihr nicht gesagt wird, ihr könnt nur hinter der CDU herlaufen, sondern das muß vorher geklärt werden in einem Gremium, wie es hier vorgeschlagen worden ist, um dann in einer geschlossenen Demonstration personell und sachlich – das hat er ausdrücklich dazu gesagt – vor die Öffentlichkeit zu treten.

Von Weizsäcker: Ich möchte nur das Wort „Kurienwahl“ mit einem leichten Fragezeichen versehen. Wir brauchen es nicht auszudiskutieren.

Kiesinger: Meine Damen und Herren, also schließen wir diesen Punkt jetzt ab. Zum Punkt 1 wird sonst noch das Wort gewünscht? Wir scheinen uns ja völlig einig zu sein.

Heck: Nur eine Frage. Ist beabsichtigt, vor dem Saarbrücker Parteitag noch einmal zusammenzukommen oder erst in Saarbrücken?

Kiesinger: Vorher. Gut, dann ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Kraske: Wir können den Termin ja am Schluß der Sitzung festlegen.

Kiesinger: Ich würde auch vorschlagen, daß wir das heute festlegen.

POLITISCHE LAGE

Wir müssen ein paar aktuelle und brennende Themen herausgreifen. Wir haben es zu tun gegenwärtig mit den Problemen des Städtebauförderungsgesetzes, der Renten Anpassung, der Bildungsplanung, der Bremer Universität.

Wir haben ja am 9. Juli Bundesratssitzung und Ministerpräsidentenkonferenz, wo diese Themen behandelt werden.¹³

Ich glaube, ich brauche nicht zu sagen, wie wichtig es ist, daß wir hier über den Bundesrat unsere Möglichkeiten voll ausschöpfen. Es gab nur einen scheinbaren Unterschied zwischen einer Aussage des Fraktionsvorsitzenden und mir in diesem Zusammenhang. Daß der Bundesrat heute für uns eine ganz außerordentlich politische Waffe ist¹⁴, ist ganz selbstverständlich, und unsere politischen Gegner versuchen nun plötzlich, den Bundesrat als eine Institution darzustellen, als den ihn übrigens auch

13 Nach der Abstimmungsniederlage der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag riefen die CDU/CSU-geführten Bundesländer in der Bundesratssitzung am 9. Juli 1971 den Vermittlungsausschuß an. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 10. Juli 1971 „CDU-Länder bremsen zwei Gesetze“; „FAZ vom 10. Juli 1971 „Lädierte feine Manieren im hitzigen Bundesrat“.

14 Das Stimmenverhältnis CDU/CSU–SPD geführte Länder betrug 21:20. Vgl. „Frankfurter

Golo Mann in seiner „Geschichte des 20. Jahrhunderts“¹⁵ darstellt, nämlich als eine Institution, in der lediglich Länderprobleme entschieden werden. Das sagt ein politischer Wissenschaftler, man kann sagen, es ist weit gekommen mit uns. Und daher ist es sehr notwendig, daß wir in diesen Fragen völlig eingehen.

Stingl: Ich würde, wenn es Sie interessiert, etwas zu den neuesten Zahlen vom Arbeitsmarkt sagen.

Kiesinger: Machen wir das nachher vielleicht im Zusammenhang mit der Rentenanpassung? Ich würde vorschlagen, daß wir jetzt den Punkt „Städtebauförderungsgesetz“ nehmen.

Städtebauförderungsgesetz

Kohl: Ich glaube, wir müssen über den kommenden Freitag insgesamt reden, das ist ja nicht nur ein Punkt. Und der Freitag ist deswegen auch psychologisch so schwierig, weil die Presse ja nur einmal berichtet, was sich beim Bundesrat am Morgen und bei der Ministerkonferenz am Nachmittag abspielt. Dies sind zwar zwei völlig verschiedene Gremien, aber in der optischen Wirkung wird es jedesmal darauf hinauslaufen, daß wir die härteste Konfrontation, die wir seit langer Zeit haben, in beiden Gremien am Freitag bekommen. Dabei geht es hauptsächlich um die zwei wichtigsten Gesetze, die sozusagen politisch am meisten aufwühlen – das Städtebauförderungsgesetz und die Rentenanpassung.¹⁶

Um noch einmal verfassungsrechtlich in Erinnerung zu rufen: Wenn wir blockieren im Städtebauförderungsgesetz, ist das das Ende. In der Rentenanpassung können wir – wie Sie wissen – über den Vermittlungsausschuß usw. überstimmt werden.

Rundschau“ vom 10. Juli 1971 „Wahlkampfzettel Bundesrat“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 10./11. Juli 1971 „Der Bundesrat als Ersatz-Opposition“.

15 Dr. Golo (Angelus Gottfried Thomas) Mann (1909–1994), Historiker; Studium der Philosophie und Geschichte, 1932 Dissertation, 1933 Emigration, 1935 Lektor an der Universität in Rennes, 1937–1940 Redakteur der Exil-Zeitschrift „Maß und Wert“ in Zürich, 1942/43 Professor für Geschichte am Olivet College Michigan/USA, 1943–1946 Soldat in der US-Armee, 1947–1958 Professor am College in Claremont/Kalifornien, 1960–1964 o. Professor für Politischen Wissenschaften an der TU Stuttgart, danach Tätigkeit als Publizist. Memoiren: Erinnerungen und Gedanken. Eine Jugend in Deutschland. Frankfurt/Main 1991; Tilman LAHME: Golo Mann. Biographie. Frankfurt/Main 2009. – Nach Golo Mann vertritt der Bundesrat „die Länder und Landesregierungen beim Bunde“ (Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt/Main 1958 S. 938 f.).

16 BT-Drs. VI/434 CDU/CSU-Antrag Gesetzentwurf zur Förderung von städtebaulichen Erneuerungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Stadt und Land/Städtebauförderungsgesetz, zweite und dritte Beratung am 16. Juni 1971 vgl. Sten.Ber. 6. WP 127. Sitzung S. 7317–7350 und S. 7364–7412. Beratung des Berichts des Vermittlungsausschusses zum Städtebauförderungsgesetz (BT-Drs. VI/2442) am 19. Juli 1971, vgl. Sten.Ber. 6. WP 133. Sitzung S. 7745–7749. Gesetz vom 27. Juli 1971 vgl. BGBl. 1971 I S. 1125. – BT-Drs. VI/2199 (14. Rentenanpassungsgesetz), zweite und dritte Beratung am 23. Juni 1971, vgl. Sten.Ber. 6. WP 130. Sitzung S. 7553–7587. Gesetz vom 10. August 1971, BGBl. 1971 I S. 1257.

Nach dem jetzigen Sachstand können Sie von folgendem ausgehen: Das Städtebauförderungsgesetz wird am Freitag früh auflaufen, d. h. es bekommt keine Mehrheit. Wir haben heute früh im Präsidium schon darüber geredet. Wir haben auch zwischen den einzelnen Ländern bereits über die Sache gesprochen. Wir müssen uns natürlich jetzt sehr hüten, daß wir nur gegen das Gesetz sind, sondern müssen völlig klar machen während der Debatte im Bundesrat und noch bevor abgestimmt wird, wie die CDU/CSU-Länder prozedieren werden. Wir haben jedenfalls die Absicht – was Rheinland-Pfalz betrifft, und ich glaube, daß auch die anderen Kollegen uns in dieser Sache unterstützen werden, wir haben darüber noch nicht im Detail gesprochen –, klipp und klar die Gründe zu sagen, warum wir das Gesetz in der jetzigen Fassung nicht akzeptieren können, daß wir aber gleichzeitig sagen, daß wir bereit sind, diese Fassung vom Bundestag zu akzeptieren unter der Voraussetzung der Berücksichtigung der zwei Hauptänderungen unserer Fraktion vom letzten Durchgang.¹⁷

Ich glaube, praktisch muß für die Öffentlichkeit in der Debatte herauskommen, daß am Ende, wenn die Koalition auf die Linie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einschwenkt, das Gesetz ohne weitere Umschweife noch verabschiedet werden kann. Kommt diese Lösung nicht zustande, ist unser Entwurf in der Stunde, in der abgelehnt wird – das wird jetzt schon am Freitag sein – erneut in der Gesetzgebung, und zwar ein neuer Entwurf mit den zwei Änderungen, so daß wir also in der Öffentlichkeit aus dem Vorwurf heraus sind, daß wir dagegen sind. Das ist eine ganz, ganz wichtige Sache.

Vielleicht sagen Sie uns, Herr Dr. Filbinger, wie Ihre vermutliche Stellungnahme im Bundesrat in Sachen Renten Anpassung ist. Dort ist die Frage so, daß alle anderen CDU/CSU-geführten Länder entsprechend votieren werden. Das geht natürlich dann aufgrund der Mehrheiten im Vermittlungsausschuß kaputt. Ich bin dennoch dafür, das will ich für meine Person sagen, selbst wenn Sie in Baden-Württemberg nicht mitmachen würden, werden wir an unserem Beschluß festhalten und nicht zustimmen. Ich glaube, man muß die Debatte aus dem Bundestag im Bundesrat noch einmal führen, auch wenn sie keine Chance hat, weil die Argumente sozusagen ja auf dem Tisch liegen.

Eine ganz wichtige Frage ist dann am Nachmittag die Frage der Finanzierung der Bremer Universität. Das ist der Punkt, weshalb die letzte Ministerpräsidentenkonferenz von vor vier Wochen vertagt wurde.¹⁸ Sie steht jetzt an. Der Kollege Ko-

17 Art. 25 des CDU/CSU-Entwurfs befaßte sich mit der Mitwirkung der Gemeinde, Art. 54 mit der Steuervergünstigung für Veräußerungsgewinne, vgl. BT-Drs. VI/434. Zu den Änderungen bei den § 25 und 54 vgl. Sten.Ber. 6. WP 127. Sitzung Umdruck 195 und 196. Die Beratung über die beiden Änderungsanträge erfolgte in der Sitzung am 16. Juni 1971, vgl. Sten.Ber. 6. WP 127. Sitzung S. 7406–7412.

18 Vgl. „Die Welt“ vom 4. Juni 1971 „Entscheidung über Bremen am 9. Juli“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 5. Juni 1971 „Ueber Finanzierung der Uni Bremen uneins“. – Auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 9. Juli 1971 hatten sich die Ministerpräsidenten des Saarlands, von Rheinland-Pfalz und Bayern eine Beteiligung an der laufenden Finanzierung der Universität Bremen abgelehnt, vgl. „Weser-Kurier“ vom 12. Juli 1971 „Koschnick: Ein unfreundlicher Akt“; FAZ vom 9. Juli 1971 „Erkenntnis nach Proporz“.

schnick¹⁹ hat eine Dokumentation angekündigt aufgrund der Dokumentation der FDP und der Bremer Bürgerschaftsfraktion der CDU.²⁰ Ich muß sagen, bis zur Stunde habe ich diese Dokumentation nicht in der Hand, obwohl er sie rechtzeitig angekündigt hatte. Hier gibt es keine Abstimmung zwischen den Ländern im Detail. Ich will nur eines sagen, das wird auch wahrscheinlich bei uns etwas kontrovers sein. Wir aus der Sicht von Rheinland-Pfalz, und damit ist das Einstimmigkeitsprinzip gebrochen, sind der Auffassung, daß wir an diesem Tage von uns aus aufkündigen, so daß also diese Finanzierungsproblematik zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik zerbricht. Ich nehme an, daß andere Kollegen sich ähnlich verhalten werden, aber darüber muß man noch einmal reden. Aber auch hier meine ich, muß man sich darüber im klaren sein, daß die Argumentation streng sachbezogen ist.

Dennoch glaube ich, daß wir jetzt vor der Frage stehen, was Bremen betrifft, wenn wir jetzt vertagen – und das müssen Sie bedenken –, können wir mit der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz Mitte Oktober nur noch diese eine abhalten, und damit geraten wir mitten in den Bremer Wahlkampf mit dieser Entscheidung. Und es ist sehr die Frage, ob dann unsere Entscheidung in der Sache nicht nur als eine reine Wahlkampfmunition gewertet wird. Deswegen neige ich dazu, jetzt zu entscheiden vor der Sommerpause.

Kiesinger: Herr Dr. Kohl hat die Probleme unter einem besonderen Aspekt dargestellt. Wir müssen die einzelnen Fragen jetzt durchberaten. Im Präsidium heute früh ist auch zur Sprache gekommen, daß wir uns in einer etwas paradoxen Situation befinden. Auf der einen Seite versucht man uns, die Opposition, ständig in die Ecke der Nein-Sager zu drängen, auf der anderen Seite kommen sie jetzt und sagen, zu 90 % hat ja die Union diesen Gesetzen zugestimmt. Also das Nein-Sage-Argument wie das Ja-Sage-Argument kann uns gefährlich werden. Das Ding hat eben zwei Seiten. Wir sind nun einmal am Freitag in der Situation, die Dr. Kohl eben geschildert hat, und es bleibt uns gar nicht anderes übrig, wir müssen um der Sache willen hier entschieden bleiben.

Ich würde nun vorschlagen, daß wir die Punkte nacheinander behandeln, zunächst

19 Hans Koschnick (geb. 1929), Verwaltungsbeamter; 1945–1951 Verwaltungsbeamter im öffentlichen Dienst des Landes Bremen, 1951–1954 Bezirkssekretär der ÖTV, 1950 SPD, 1954–1962 Leiter des Beamtenausschusses des DGB Bremen, 1955–1963 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, 1963 Innensenator, 1967–1985 Senatspräsident und Bürgermeister, 1987–1994 MdB, 1994–1996 EU-Administrator der bosnischen Stadt Mostar, 1998–2000 Bosnien-Beauftragter der Bundesregierung. Vgl. Helgard KÖHNE (Hg.): Hans Koschnick – der Bürgermeister. Bremen 1985. – Der Bremer Senat legte seine angekündigte Dokumentation am 1. Juli 1971 vor, vgl. „Die Welt“ vom 2. Juli 1971 „Dokumentation zur Bremer Uni soll Bedenken zerstreuen“; „Die Welt“ vom 3./4. Juli 1971 „Koschnicks lückenhafte Universitäts-Denkschrift“. Eine gekürzte Version der Denkschrift in „Frankfurter Rundschau“ vom 7. Juli 1971 „Im Spannungsfeld zwischen Staat und Hochschule“.

20 Zu den Anträgen der Bremer CDU und FDP vgl. „Weser-Kurier“ vom 3./4. Juli 1971 „CDU will keine Berufungen mehr vor der Wahl“. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag stellte am 2. Juli 1971 den Antrag, weitere Bundesmittel für die Universität Bremen nur noch mit Zustimmung des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft und des Haushaltsausschusses zur Verfügung zu stellen (BT-Drs. VI/2396).

das Städtebauförderungsgesetz, und ich bitte jetzt den Fraktionsvorsitzenden, dazu zu sprechen.

Barzel: Ich möchte es sehr kurz machen nach der Einlassung des Kollegen Kohl, der ich zustimme. Aus der Sicht der Bundestagsseite ist das Städtebauförderungsgesetz das erste von dreien, die wir ohne Konfrontation zu verabschieden wünschen, wenn dies möglich ist. Das andere ist das Eherecht²¹, und das andere ist die Bildungspolitik insgesamt. Darauf kommen wir nachher.

Die Gründe sind hier dargetan. Sie liegen im Interesse des Bürgers, denn wenn wir hier kontrovers werden, müssen wir ja, wenn wir unsere Argumente ernst nehmen, im Wahlkampf sagen, wir werden das ändern, denn wie soll sich sonst jemand einrichten.

Zweitens kam es darauf an, uns nicht in die Ecke drängen zu lassen – ich sage es jetzt übertrieben – vom Bauernverband oder dem Haus- und Grundbesitzern. Im Interesse der Modernität haben wir einen eigenen Entwurf eingebracht, und die beiden Entwürfe, der der Koalition und der eigene²², sind zu 90 % Konkurrenten geworden. Wir haben dann nach einer sorgfältigen Beratung unter uns den beiden anderen Fraktionen bei einem Gespräch der Fraktionsvorsitzenden, was es sehr selten nur noch gibt, gesagt, wir würden in der zweiten Legislaturperiode sicher ein Dutzend Anträge stellen, das war normal für eine solche säkulare Gesetzgebung, aber unsere Schlußabstimmung würde abhängig sein von zwei Punkten, die für uns fundamental seien, den Fragen 25 und 54 – ich glaube, das ist hier allen bekannt. Und wir würden auch vorschlagen, daß wir die Einigung gleich im Parlament herbeiführen, denn wir wollten ja ein Gesetz zusammen machen, das dann nicht 1973 wieder geändert werden muß.

Hier passierte folgendes, und das müssen die Herren, die im Bundesrat und in den Landeskabinetten das jetzt zur Entscheidung bringen, wissen, weil wir dies nicht haben veröffentlichen können und eigentlich auch nicht wollten bis zur Stunde. Wie war die Reaktion der beiden anderen Fraktionen? – Ich habe im Bundestag sagen können bei der Intervention dazu, daß unsere Vorschläge keineswegs Gedanken seien, die andere noch nicht gedacht hätten. In der FDP-Fraktion hat Herr Mischnick²³ unsere Änderungsvorschläge durchgesetzt. In der SPD-Bundestagsfraktion hat Herr Wehner sich nicht durchgesetzt. Er bekam drei Stimmen, seine eigene eingeschlossen. (*Zwischenruf:* Instabil!) Insgesamt! Womit sie die Mehrheitsverhältnisse und die Probleme dieser Bundestagsfraktion einmal hier ad oculos demonstriert bekommen. Das heißt, Herr Wehner – und das muß man wissen für Kabinette mit Sozialdemokraten, also für den Kollegen Filbinger – fand die Sache immerhin akzeptabel und fand das Argument, eine Gesetzgebung zu machen, die dann erst mal den Bürgern und den Gemeinden Ruhe gibt, vernünftig. Er hat sich nur nicht durchgesetzt. Das sollte in der Ruhe eines Kabinetts eigentlich möglich sein.

21 BT-Drs. VI/2577 Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts. Erste Beratung am 13. Oktober 1971, vgl. Sten.Ber. 6. WP 140. Sitzung S. 8090–8121.

22 Zum Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Städtebauförderungsgesetz vgl. BT-Drs. VI/510, zum Entwurf der CDU/CSU vgl. Anm. 16.

23 Wolfgang Mischnick (1921–2002), Angestellter; 1957–1994 MdB, 1968–1991 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 741 Anm. 57.

Was dann passiert ist, wird eines Tages im Wahlkampf für die Rolle der FDP als Anhängsel eine große Rolle spielen. Nachdem also die SPD gesagt hat, das machen wir nicht mit, mußte die FDP wieder zurückmarschieren und um des Koalitionsfriedens willen wieder auf den alten Standpunkt zurückkehren. Sie war also nicht frei, irgendwelchen Argumenten zu folgen.

In diesem Stadium völlig unsachlicher Gesetzgebung ist wirklich der Bundesrat – ich sage das hart – staatspolitisch angesprochen, hier eine Lösung herbeizuführen, die nicht morgen wieder geändert werden muß. Und ich stimme völlig zu, wenn unsere Sprecher, wie wir dies ja auch taten, niemals gegen die Sache, gegen die Überschriften, die Sache vertraten, sondern immer unter dem Argument, eine praktikable, sozial verpflichtete Privateigentumlösung muß am Schluß wieder stehen. Und das wollen wir jetzt so hinstellen, daß das nicht übermorgen wieder in den Streit der Parteien gerät. Das ist unsere sehr herzliche Bitte in dieser Frage. Und ich darf sehr herzlich danken dem Kollegen Windelen und all denen bei den Ländern, die mit dazu beigetragen haben, was wir bisher noch nie hatten, daß wir diese Position erst bezogen haben, nachdem wir auch mit den Ländern, wo wir in der Regierung sind, uns vorher völlig abgestimmt hatten. Das muß auch in den anderen Fragen so sein. Wenn der Bundesrat diese Funktion übernehmen muß, können wir von ihm nichts verlangen, was wir nicht vorher mit den Herren abgestimmt haben. Das ist in diesem Falle geschehen.

Kiesinger: Ich glaube, wir sind uns in diesem Punkt einig, auch in dem wichtigen Punkt des Verfahrens. Sagen, was wir wollen, nicht einfach ablehnen. Weder Nein-Sager noch Ja-Sager, sondern unsere eigene Vorstellung durchkämpfen mit den Möglichkeiten, die wir in der starken Opposition insgesamt gesehen haben.

Stoltenberg: Ich möchte noch ein paar Sätze hinzufügen. Die Bereitschaft der Koalition, im Vermittlungsausschuß einzulenken, wird nur dann bestehen, wenn in der Debatte vom 9. Juli glaubwürdig sichtbar wird, daß die knappe Bundesratsmehrheit entschlossen ist, diesen Punkt voranzutreiben auf die Gefahr des Scheiterns hin. Wenn sie den Eindruck haben, daß dies nur ein Versuch ist, bei dem man im letzten Moment noch zurückweicht, werden sie nicht in den entscheidenden Punkten einlenken.

Ich habe einem Gespräch mit Herrn Kubel²⁴ entnommen, daß man sich dort überhaupt nicht wohl fühlt. Es ist also ein Unbehagen bei einem Teil der Herren da, die im Vermittlungsausschuß abstimmen. Die Möglichkeit, auf der Linie, die auch Herr Wehner in diesem Falle vertreten hat – und das will schon etwas heißen, der hat nämlich durchaus einen Blick für die öffentliche Wirkung –, noch zu akkordieren, liegt nur darin, wenn wir klarlegen, daß wir bis zur äußersten Konsequenz gehen. Wir sind uns untereinander darüber einig, daß dies aber bedeutet, daß wir für den Fall eines Scheiterns, den wir nicht wünschen, den wir aber nicht ausschließen können, am nächsten Tag das neue Gesetz einbringen müssen. Wir müssen dann das Gesetz in unserer Fassung neu einbringen, denn darüber muß man sich im klaren sein – ich habe es in dem

24 Alfred Kubel (1909–1999), Industriekaufmann; 1970–1976 Ministerpräsident von Niedersachsen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1420 Anm. 84.

Wahlkampf der letzten Monate erlebt –, die „Neue Heimat“²⁵ ist in der deutschen Bevölkerung nicht populär. Und eine Konfrontation, in der wir die private Eigentumsbildung bei jedermann, die Möglichkeit der Bildung von Privateigentum und Wohnungswesen im Kontrast sehen zu der Bevorzugung der „Neuen Heimat“, der großen anonymen Wohnungsbaugesellschaften, der kommunalen, politischen, sozialdemokratischen Bürgermeister und Magistrate, können wir absolut mit diesen Auseinandersetzungen führen, nach meiner Überzeugung auch vor einer Landtagswahl. Nur muß das in der richtigen Blickrichtung geschehen, mit den richtigen Alternativen. Und das ist ein Punkt, der – glaube ich – in den kommenden Wochen von entscheidender Bedeutung ist.

Kiesinger: Bevor ich das Wort weitergebe, wir haben unsere Gläser vor uns, jetzt kann ich auch unserem Geburtstagskind [Helga Wex], wie wir es in diesem Haus gewohnt sind, zutrinken.

Filbinger: Ich habe nicht mehr viel hinzuzufügen, ich möchte nur einen Punkt herausheben. Wenn wir nicht eine Initiative alsbald und sofort nach dem möglichen und dem zu erwartenden Scheitern des Gesetzes von uns aus einbrächten, dann würden wir uns wahrscheinlich, trotz aller guten Argumente, die wir haben, in einer schwierigen Situation befinden. Denn die Öffentlichkeit sagt Ja zu diesem Gesetz, und wir dürfen – glaube ich – eines nicht übersehen, es ist uns noch nicht gelungen, in der Öffentlichkeit die Position der CDU in diesem speziellen Falle so deutlich zu machen, weshalb wir das Nein sagen. Wenn wir das tun, dann haben wir eine große Chance, verstanden zu werden, denn wir haben die besseren Argumente. Aber sie sind noch nicht in das öffentliche Bewußtsein gedrungen. Deshalb begrüße ich sehr, was gesagt worden ist. Wir sollten in der Schublade sofort unser Initiativgesetz haben, und wir sollten am Freitag im Bundesrat bei unseren Reden zum Ausdruck bringen, wir würden sofort nach einem Scheitern dieser jetzigen Regierungsvorlage von uns aus eine Initiative mit den Multiplikatoren starten, die nach unserer Auffassung unabdingbar sind. Ich brauche nur noch am Rande hinzuzufügen, Baden-Württemberg hat als Kabinett noch nicht entschieden. Das steht morgen bevor. Es ist klar, daß die SPD dabei nicht mitmacht. Wir müssen sie überstimmen, wir können sie überstimmen. Ich habe mich aber sehr gefreut, als ich vor acht oder zehn Tagen in dieser internen Nachricht der CDU

25 Der Großkonzern Neue Heimat ging in den 1950er Jahren aus der 1926 vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gegründeten Gemeinnützigen Kleinwohnungsbaugesellschaft Groß-Hamburg hervor. 1963 übernahm Albert Vietor die Leitung des immer weiter expandierenden gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns von dessen ersten Vorsitzenden Heinrich Plett. Am 8. Februar 1982 kam es zum Skandal, als der „Spiegel“ die persönliche Bereicherung mehrerer Neue Heimat-Vorstandsmitglieder, darunter Vietor, offenlegte. Im September 1986 verkaufte der DGB das gewerkschaftseigene Wohnungsbauunternehmen für den symbolischen Preis von einer DM. Nach dem Scheitern des Sanierungsplans im November 1986 und der Gründung einer Neuen Heimat-Auffanggesellschaft wurden bis 1990 alle Wohnungsbestände verkauft. Vgl. Andreas KUNZ: Die Akte Neue Heimat. Krise und Abwicklung des größten Wohnungsbaukonzerns Europas 1982–1998. Frankfurt/Main 2002.

aus Bonn gelesen habe²⁶, was der Kollege Barzel eben vorgetragen hat, daß nämlich die FDP einstimmig für unsere Konzeption war und daß auch Herr Wehner dafür war und sich in seiner Fraktion nicht durchgesetzt hat. Es wäre die Frage, ob jetzt nicht Feuer frei für diese interne Situation gegeben werden kann.

Blüm: Ich meine, wir sollten uns doch noch einmal daran erinnern, daß der ursprüngliche CDU/CSU-Entwurf im Gegensatz zum Entwurf der Regierung die gesellschaftspolitischen Ziele des Städtebauförderungsgesetzes in den Vordergrund gestellt hat und daß der neue Entwurf des Ausschusses²⁷ diese Ziele übernommen hat. Das halte ich für einen Erfolg der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den man jetzt nicht in der Hektik der Auseinandersetzung vergessen sollte. Deshalb verstehe ich die Formulierung nicht, in der es heißt, das wichtigste Ziel der CDU bei diesem Gesetzentwurf sei die Privatisierung. Das ist nun in der Tat nicht das wichtigste Ziel dieses Entwurfs, sondern das wichtigste Ziel ist, lebensfähige Städte zu schaffen. Die Proportionen sollte man dabei nicht verwischen. Das ist nicht eine Distanzierung von der Privatisierung, die ich hier vornehme, aber diese Privatisierung ist nicht das primäre Ziel des Gesetzes. Wir sollten deutlich machen, daß es uns um lebensfähige Städte geht und daß in diesem Zusammenhang die Privatisierung interessant ist. Sonst würde ich meinen, bestätigen wir das Image, das uns andere verschaffen wollen, nämlich die Partei der Vermieter zu sein. Für uns steht das doch in einem größeren Zusammenhang. Ich meine, wir sollten uns gar nicht in dieses Schema Vermieter/Mieter einspannen lassen. Das steht hier in diesem Zusammenhang nicht zur Debatte, und ich würde aus diesem Grunde diesen Satz nicht akzeptieren können.

Kiesinger: Herr Blüm, das ist unser altes Problem. Ich glaube, da ist jedermann völlig einig mit Ihnen. Natürlich geht es uns um lebensfähige Städte. Wie bei jeder Reform, die gemacht wird, wir immer wieder sagen, unsere Reformen werden bestimmt durch die zentrale Idee der Freiheit. Das ist eben die Reform, die anderen wollen ja auch lebensfähige Städte schaffen, behaupten es jedenfalls. Wir meinen aber, mit ihren Mitteln schaffen sie das gerade nicht. Denn zu einer lebensfähigen Stadt gehört eben nach unserer Meinung, daß nicht überall dann Mietskasernen der „Neuen Heimat“ stehen. Ich glaube, daß wir da sachlich nicht auseinander sind.

Katzer: Herr Kollege Blüm, ich glaube, das, was Sie vortragen, ist nicht ganz gedeckt durch die zwei Punkte, die jetzt nur noch zur Debatte stehen. Der eine Punkt ist dieser: Muß die Gemeinde ankaufen in Erschließungs- und Sanierungsgebieten oder kann sie? Dahinter steht dann die Möglichkeit, wenn man sagt „kann“ – wie wir vorschlagen –, da auch private Träger einzubeziehen, und dahinter kommt dann die Idee von steuerlichen Vergünstigungen usw., da besteht die Koalition auf „muß“. Das ist Kommunalisierungszwang. Wir lehnen dies ab. Wir sagen „kann“.

26 Vgl. DUD Nr. 114 vom 21. Juni 1971 S. 2–5 „Koalition trägt volle Verantwortung. CDU/CSU wollte und will breite Mehrheit für ein Städtebaugesetz“.

27 Beratung über den Mündlichen Bericht des Vermittlungsausschusses zum Städtebauförderungsgesetz (BT-Drs. VI/2442) in der Sitzung am 19. Juli 1971, vgl. Sten.Ber. 6. WP 133. Sitzung S. 7745–7750.

2. Wenn ein Gebiet kommunalisiert ist und die Sache fertig ist, sollen dann nur die früher enteigneten Eigentümer in diesem Bezirk wieder Privateigentum erwerben dürfen oder sollen – das letztere ist unsere Alternative – und andere Privateigentümer wieder tätig werden dürfen. Politisch ausgedrückt: Sollen sanierte Stadtkerne nur in Pacht oder Miete von Rathäusern sein dürfen oder sollen sie auch in privater Hand betrieben werden dürfen, so daß der korrekte Ausdruck für das zweite Problem die Reprivatisierung ist und die Privatisierung. Die Reprivatisierung ist nicht strittig. Wenn einem was weggenommen worden ist zum Zwecke der Erschließung, der hat einen Anspruch hinterher, wenn er es bezahlen kann, wieder da tätig werden zu können. Aber der andere, das ist strittig.

Blüm: Das sind für mich nicht so große Akzente, in dem Sinne, daß wir dadurch weltanschauliche Positionen aufbauen können. Ich meine also, daß wir das in einen größeren Zusammenhang stellen müssen – einer Entwicklungspolitik. (*Unruhe.*)

Göb: Das ist ja nur ein Papier. Was da steht über das Ziel, ist natürlich nicht das absolut wichtigste Ziel eines Städtebauförderungsgesetzes. Darüber sind wir uns ja alle einig. Und da kann sich die Fraktion eine Ruhmesfeder an den Hut stecken, denn sie hat ja der Regierung erst mal klargemacht, was das wichtigste Ziel ist. Dieses Papier sagt nur, in der jetzigen Auseinandersetzung ist das wichtigste Ziel, daß wir klarmachen, Privatisierung und nicht Reprivatisierung. Privatisierung, und zwar nach sozialen Kategorien. So ist das zu verstehen und nicht anders.

Kiesinger: Gut!

Katzer: Ich wollte noch eine kleine Bemerkung machen. Herr Kollege Stoltenberg – er ist nicht da. Von anderen aufgegriffen worden ist das Stichwort „Neue Heimat“. Also, ich meine, es gibt neben der Neuen Heimat auch noch andere riesige Wohnungsbau-Gesellschaften, ich will nur davor warnen, hier nur diese eine zu nennen. Das gilt für alle Mammutgesellschaften, in welcher Hand sie sich auch immer befinden, daß das nicht in eine falsche Richtung gedrängt wird. (*Unruhe.*) Aber das war nicht mein Punkt, ich wollte noch etwas anderes sagen.

Ich habe vorhin mit Herrn Ministerpräsident Dr. Filbinger gesprochen über das 14. Rentenanpassungsgesetz. Da steht, wenn ich Herrn Filbinger richtig verstanden habe, in seinem Kabinett morgen eine Entscheidung an, die ich für sehr wichtig halte. Ich habe mich gerade noch einmal vergewissert. Die Frage, die Sie stellten, ist offenbar die: Wird es, wenn wir das Rentenniveau anheben, dann nicht so sein, daß für die flexible Altersgrenze überhaupt kein Spielraum mehr ist, der Ihre sozialdemokratischen Partner veranlaßt, aus diesem Grunde das abzulehnen, weil sie gewisse Sorgen haben, daß unser Vorschlag in der Öffentlichkeit eine größere positive Wirkung haben könnte. Dem ist mitnichten so. Aus den Zahlen geht hervor, daß nach der Rechnung der Regierung bis 1985 136 Mrd. Spielraum ist, daß unser Vorschlag 51 Mrd. DM beanspruchen würde, so daß also für die Einführung der flexiblen Altersrente, allerdings in anderer Form als der von der Regierung geplanten, mit versicherungstechnischen Abschlägen nämlich, sehr wohl eine Möglichkeit gegeben ist. Ich darf dazu sagen – das wird vielleicht für die Sozialdemokraten nicht unwichtig sein bei ihrer Entscheidung –,

daß bei unserer Bundestagung der Sozialausschüsse in Koblenz²⁸ ein Arbeitskreis von 150 Leuten sich mit der Frage auseinandergesetzt hat, weil hier natürlich das Interesse der Aktiven liegt, die mehr vertreten waren als die Rentner, die weniger vertreten waren. Aber gerade die junge Arbeitnehmerschaft ist es gewesen, die gesagt hat, nein, wir wollen, daß das den Alten zukommt, denn die haben den Lebensstandard für uns erarbeitet und sind zu kurz gekommen. Das wollen wir jetzt nachholen.

Ich glaube, Herr Ministerpräsident Filbinger, Sie sind in einer so guten Position, wie sie besser überhaupt nicht sein kann. Ich weiß, daß wir rechtlich ganz anders dastehen wie beim Städtebauförderungsgesetz, weil es kein Zustimmungsgesetz ist. Aber es würde für die Glaubwürdigkeit der Union im Wahlkampf ungeheuer wichtig sein – und ich halte das im Wahlkampf 1973 für fast mitentscheidend. Hier wird eine Sinn- deutung auch des „C“ in unserem Namen deutlich. Und ich würde also herzlich bitten, wenn es irgend nur geht, Herr Ministerpräsident, unter Berücksichtigung der Zahlen und vom Grundprinzip her daran festzuhalten. Wenn die Sozialdemokraten aus diesem Grunde Ihre Koalition verlassen, könnte Ihnen Besseres in dem Fall gar nicht passieren, bei einer Preissteigerung von 6,1 %. Herr Vetter²⁹ hatte doch den schlimmsten Tag in Koblenz, als ich ihn auf diese Preissteigerung unter einer sozialdemokratischen geführten Regierung hinwies. (*Starke Unruhe*). Das hat ihn natürlich an der Ehre gepackt. Also, ich kann nur sagen, es gibt keine Frage, die ich gesellschaftspolitisch für so entscheidend halte wie diese. Deshalb meine herzliche Bitte, ich habe es meinen Freunden auch gesagt, Sie ebenso zu bitten.

Kiesinger: Augenblick, also darf ich jetzt feststellen, wir haben den Punkt „Städtebauförderungsgesetz“ abgeschlossen? (*Unruhe*) Nein, es war noch nicht am Ende.

Amrehn: Ich möchte noch eine Bemerkung machen in der Richtung, daß die Mitglieder des Bundesrates gebeten werden, die Formulierungen, die die Fraktion bisher benutzt hat, für ihre eigenen Anträge noch einmal durchzusehen. Wir können hier jetzt keine Detailarbeit leisten, aber ich will nur auf ein Beispiel hinweisen. Einer unserer Anträge, die hier zur Debatte stehen, lautet: Die Gemeinde soll verpflichtet sein, das sanierte Gebiet zur Privatisierung zu veräußern unter Berücksichtigung breiter Kreise der Bevölkerung. Diese Verpflichtung würde nach dem jetzigen Wortlaut dazu führen, daß die Gemeinde sogar für alle Zukunft außerstande wäre, andere Entscheidungen zu treffen, wenn die weiten Kreise der Bevölkerung von dem Angebot gar keinen Gebrauch machen. Es steht keine Frist drin, und es wird durch die Vorschrift geradezu die Verpflichtung gefordert, große Areale, die man heute gern bebaut, um zusammenhängende Bauten möglich zu machen, erneut zu zerstückeln. Das kann nicht der Sinn der Sanierung sein. Und ich kann aus der Erfahrung nur hinzufügen,

28 14. Bundestagung der CDA vom 2. bis 4. Juli in 1971 Koblenz. Unterlagen in ACDP 04–013–121/1.

29 Heinz-Oskar Vetter (1917–1990), Maschinenschlosser; 1949 Mitglied der IG Bergbau und Energie, 1949–1951 Besuch der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg, 1952–1960 hauptamtlicher Sekretär der IGBE, 1953 SPD, 1960 Mitglied im geschäftsführenden Vorstand, 1964 stv. Vorsitzender der IGBE, 1969–1982 Vorsitzender des DGB, 1974–1979 Vorsitzender des Europäischen Gewerkschaftsbundes, 1979–1989 MdEP.

wir sind ja wahrscheinlich in Berlin die einzigen, die eine Sanierung größerer Gebiete mit Hilfe des Ministeriums durchgeführt haben, daß schon die früheren Eigentümer die Reprivatisierung zumeist nicht gewünscht haben. Diese Areale aber voll verpflichtend zu reprivatisieren, legt die Aktivität und Initiative der Gemeinden still. Ich möchte auf den Punkt mal hingewiesen haben, weil das unter keinen Umständen so scharf gefaßt werden darf oder mit einer Frist versehen werden muß, innerhalb derer die Privatisierung durchzuführen ist. Eventuell ist der Satz dann schon annehmbar, wenn da steht: anstelle der Verpflichtung zu veräußern, die Verpflichtung anzubieten. Und wenn davon kein Gebrauch gemacht wird, muß die Gemeinde frei sein, neue Initiativen zu ergreifen.

Stoltenberg: Lieber Herr Kollege Amrehn, ich habe hier einen Vermerk über den Stand der Gespräche. Am 1. Juli haben zuletzt die Sachverständigen der Fraktionen und aller fünf Länder bis ins Einzelne die Texte durchgesprochen und dabei ein Einvernehmen über alle Texte erzielt, und ich würde jetzt empfehlen, nicht eine Einzelfrage, die wir nur im Zusammenhang sehen können mit der Regelung beim Grunderwerb, herauszunehmen. Grunderwerb und Veräußerungsverpflichtung das ist ja alles ein komplexes Netz sehr komplizierter Sachverhalte. Ich will nicht in den Text hineingehen, aber ich bin der Meinung, daß wir hier eine sehr starke Verpflichtung vornehmen müssen, wenn wir eine sehr starke Stellung der Gemeinden beim Grunderwerb vorsehen. Das bedingt einander. Und im übrigen wird das natürlich eine Sache sein, die auch mit Hilfe der Rechtsgelehrten der Bundesregierung noch mal im Vermittlungsausschuß viele Stunden erörtert werden kann. Da ist natürlich die Möglichkeit etlicher Verfeinerungen gegeben. Aber an dem Grundgedanken einer sehr starken Veräußerungsverpflichtung über den Kreis der bisherigen Eigentümer hinaus dürfen wir nicht rütteln, denn das ist genau einer der kontroversen Punkte gegenüber der Bundesregierung. Sie können natürlich, wenn Sie nur eine allgemeine Angebotspflicht schaffen, keine Gemeinde daran hindern, so anzubieten, daß die Leute nicht erwerben können.

Das sind also Fragen, die in der Tat auf der Grundlage der Beratung vom 1. Juli, in der die fünf Länder und die Experten der Fraktionen Einvernehmen erzielt haben, jetzt so in dem Text lauten sollten, wie sie für den 9. Juli vorgesehen sind, was nicht ausschließt, daß im Bundesrat und Vermittlungsausschuß bestimmte Verfeinerungen in rechtstechnischer Hinsicht erfolgen. Ich würde jedenfalls nicht raten, in eine erneute Sachdebatte einzutreten.

Kraske: Ich möchte nur eine Bitte äußern. Offenbar, soweit habe ich jedenfalls die Diskussion bisher verstanden, ist noch offen, wie der Entwurf aussehen würde, den die Ministerpräsidenten im Falle des Scheiterns einbrächten. (*Zwischenrufe:* Nein! Nein!) Nur die beiden Punkte? (*Unruhe.*) Unter publizistischen und psychologischen Gesichtspunkten würde ich empfehlen, nicht über das hinauszugehen, was wir in der dritten Lesung sozusagen als Essential herausgestellt haben, sonst entsteht nämlich in der Öffentlichkeit der Eindruck, daß das alles gemacht worden ist, um eben doch das ganze Gesetz in 27 Punkten zu ändern. Wenn wir im Bundestag sagen, dies sind die beiden Punkte, die für uns entscheidend sind für Zustimmung oder Ablehnung, ist für die

Öffentlichkeit nur logisch, wenn sich der Entwurf dann nur auf diese beiden Punkte beschränkt. (*Lebhafte Unruhe.*)

Stoltenberg: Wir müssen uns mit der CSU noch verständigen.

Kiesinger: Das ist ja kein Beschluß, das ist eine Diskussionsgrundlage.

Kohl: Die Länder haben sich verständigt über die zwei Punkte, die die Bundestagsfraktion eingebracht hat. Jetzt haben unsere Freunde von der CSU noch eine ganze Reihe von Wünschen. Nun muß man versuchen, den Wünschen des Freistaates Bayern entgegenzukommen. Und da kommt ein einziger Punkt, der wirklich bei den Dimensionen nicht relevant ist, in Frage. Und wenn wir den mithineinbringen – als Zusatz des Bundesrats oder sonst wie –, ist das gar keine Problematik.

Hasselmann: Ich wollte aufmerksam machen auf die sehr schwankende Haltung der niedersächsischen Regierung, die sich im Gegensatz zu Dr. Diederichs Sache befindet. Das alte Kabinett Dr. Diederichs würde nach den Unterlagen, die wir noch aus den ersten Durchgängen kennen, für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion plädieren. Kubel selbst ist der Gefangene der Beschlüsse der Bundestagsfraktion. Ich glaube, daß es wichtig ist für unsere Ministerpräsidenten, diese wunde Stelle zu kennen. Um so mehr wird es notwendig sein, mit aller Härte und Entschlossenheit bis zuletzt soweit wie irgend möglich zu gehen, daß unsere Vertreter im Bundesrat aber mit der Möglichkeit operieren müssen, sofort den eigenen Text vorzulegen.

Kiesinger: So, dann können wir also diesen Punkt abschließen. Wir sind nun schon hineingeraten in die zweite Sache, die Rentenanpassung. Dazu hatten sich dann noch Herr Stingl und Herr Filbinger zu Wort gemeldet.

Rentenanpassungsgesetz

Stingl: Ich kann das, was Katzer sagte, nur eindeutig unterstreichen. Bei der Rentenreform 1957 haben wir mit einem Lohnanstieg von 5 % im Jahr gerechnet und haben deswegen diese Verzögerung, die wir im Gesetz drin haben, verantworten können. Durch die großen Lohnsteigerungen ist diese Verzögerung in der allgemeinen Bemessungsgrundlage viel größer geworden. Diese Vergrößerung durch die schnelle Rentensteigerung verschärft sich dadurch, daß die Altrenten von heute auf der Basis des vorigen Jahres berechnet sind, während die Zugänge auf der Basis dieses Jahres berechnet werden. Also schon seit Beginn der Rentenreform hat es einen Unterschied zwischen den Altrenten und den Neurenten gegeben. Die Neurenten waren aktueller am Lohngeschehen als die Renten des alten Jahres. Die SPD hat das immer angegriffen, und wenn Sie die Protokolle nachlesen, können Sie feststellen, daß ich damals mehrfach als Sprecher der CDU dies nicht aus Grundsatz abgelehnt habe, sie anzupassen, sondern immer gesagt habe, auch wir möchten das – also wir ändern unsere Haltung nicht –, nur wir haben das Geld nicht. Jetzt haben wir aber mehr Geld und können demgemäß diese unterlassene Anpassung, dieses Zurücksinken der Altrenten gegenüber den neuzugehenden Renten, mindestens teilweise aufheben. Dazu kommt, daß wir bei der flexiblen Altersgrenze unmöglich einfach nur sagen können, jeder kann es

sich aussuchen, wann er anfängt mit der Rente, denn da wird der Gutsituierte begünstigt. Jeder, der ein sonstiges Einkommen noch dazu hat, kann dann ab 60 Jahre Rente beziehen. Und wer nur auf die Rente angewiesen ist, wird auf die spätere Rente zurückgreifen müssen. Man muß also einen versicherungsmathematischen Ab- oder Zuschlag bei Längerbeschäftigung machen. Die generelle Herabsetzung des versicherungsmathematischen Zuschlags ist besser als in Norwegen und anderen Ländern bisher. Der Sozialpolitische Ausschuß der Partei beschäftigt sich übrigens mit dem Problem und wird einen Vorschlag erarbeiten.³⁰

Filbinger: Bisher ist es so, daß zwei Alternativen vor der Bevölkerung stehen in bezug auf die Rentenanpassung. Die CDU will die Erhöhung der Renten. Die SPD will die flexible Altersgrenze. Das, was Katzer sagt, ist bisher nicht draußen, und ich meine, es wäre überaus wichtig, die Verknüpfbarkeit von beiden der Bevölkerung zu sagen, damit die Bevölkerung registriert, man kann nicht nur die Renten erhöhen, weil das Geld da ist – und die CDU hat recht insoweit –, sondern das ist vereinbar auch mit einer flexiblen Altersgrenze, wobei dann die versicherungsmathematischen Gesichtspunkte eine Rolle spielen, die, wenn sie angewandt werden, verhindern, daß man mehr Geld braucht als bisher vorgesehen. Wenn das der Bevölkerung gesagt wird, ist natürlich unsere Position ungleich viel stärker als bisher, wo der Bürger den Eindruck hat, er muß sich entscheiden für eine der beiden Alternativen.

Katzer: Darf ich zu Ihrer Hilfe nur noch eines sagen, Herr Ministerpräsident Filbinger. Wir sind für beides, das ist klar geworden. Aber wir sind noch logischer, denn wir sagen, das, was die Regierung will, ist Augenschere. Die sagt jetzt flexible Altersgrenze ohne versicherungsmathematischen Abschlag und das kostet mehr als unser Vorschlag. Das führt dazu, daß dann, wenn die Leute 63 Jahre alt sind, sie theoretisch zwar in die Rente gehen können, aber praktisch eine so niedrige Rente haben, daß sie es gar nicht wagen. Das steht dahinter. Und dann kommen die Leute und wollen höhere Renten, und das gibt höhere Beiträge etc. Insofern gehen wir auch von hieraus absolut logisch vor und sagen, erst das Renteniveau erhöhen, und dann kann man über die anderen Punkte sprechen. Der Spielraum dafür ist da. Daß das bisher draußen noch nicht angekommen ist, das zeigt die Notwendigkeit des Rentnerflugblattes, was wir heute morgen besprochen haben.

Kiesinger: Es ist gar kein Zweifel, daß das – so dargestellt – eine ganz große Wirkung haben wird.

Stoltenberg: Ich wollte Herrn Kollegen Filbinger noch einen Hinweis geben für die Diskussion mit den SPD-Ministern. Es gibt ein sehr interessantes Interview mit Herbert Wehner in der „Bild am Sonntag“³¹, wo er uns in dieser Frage in sehr übler Weise natürlich anrempelt – das zeigt, daß er sich hier getroffen fühlt –, dann aber sagt, auch die SPD wolle ja die strukturelle Verbesserung der Rentner, nur in einer anderen

30 Der Bundesfachausschuß Sozialpolitik befaßte sich in vier Sitzungen mit den Themen Rentenzuschläge sowie Unterschiede zwischen Alt- und Neurenten. Ein Beschluß wurde in der Sitzung vom 21. Januar 1972 gefaßt (Protokolle der Sitzungen in ACDP 07-004-561/3).

31 Vgl. „Bild am Sonntag“ vom 4. Juli 1971 „Wehner: Keine Mannschaft ist immer in Bestform“.

Form, gezielt auf die kleineren. Und wenn Sie in eine kontroverse Diskussion mit Ihren Kollegen im Kabinett kommen, können Sie ja sagen, wir nehmen diese Äußerung von Herrn Wehner, daß er ebenfalls die Verbesserung der Rentengesetzgebung will, zur Kenntnis, und deshalb sollte man auch der Bundesregierung und der SPD die Gelegenheit geben, gegebenenfalls durch eigene Anträge bereits im Vermittlungsausschuß tätig zu werden. Und da das ja kein Zustimmungsgesetz sei, könne ja ohnehin nichts verdorben werden. Ich halte das für die interne Diskussion mit den SPD-Ministern und auch für die Öffentlichkeit für wichtig.

Blüm: Ich würde auch meinen, daß an der Frage eigentlich mehr zur Diskussion steht als nur beschränkte Rentenfragen. Denn an der Stelle lassen sich zwei, wie ich finde, ganz wichtige Aspekte verdeutlichen. Einmal, daß der ganze Einwand und der ganze Argumentationsschatz, der von vielen Linken gegenüber der CDU vorgetragen wird, fehl am Platze ist. Denn gerade wenn da von den Linken gesagt wird, das sei die Partei der Spätkapitalisten, der Überbetonung des Rentenleistungswettbewerbs, wird sich nun gerade herausstellen, daß die SPD sich einsetzt für diejenigen, die am Leistungswettbewerb aktiv teilnehmen können – flexible Altersgrenze –, während die CDU die Partei ist, die sich für diejenigen einsetzt, die ausgeschieden sind, die nicht mehr im Rennen drin sind. (*Unruhe.*) Und das zweite wäre auch ein wichtiger Aspekt: flexible Altersgrenze ohne Anhebung des Rentenniveaus, wie das typisch für eine Reform auf dem Papier ist, was nämlich in der Tat nicht von den kleinen Rentnern oder von denjenigen, die kleine Renten beziehen, gar nicht in Anspruch genommen werden kann. Also zwei, wie ich meine wichtige Aspekte, die man am Exempel Renten verdeutlichen kann.

Kiesinger: Gut! Wird sonst noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall, dann können wir diesen Punkt abschließen. Nun ist Herr Kohl nicht da zu Bremen. Dann nehmen wir zunächst den Tagesordnungspunkt „Bildungsplanung“. Ich darf den Kollegen Hahn bitten, uns zu informieren zu dem Stand.

Bildungsplanung

Hahn: Sie wissen alle, daß die Frage der inneren Reformen zu einem ganz besonders umstrittenen Punkt für die Bundesregierung geworden ist. Man kann sagen, daß bis zum März diesen Jahres wir auf diesem Gebiet völlig in der Defensive waren. Die Öffentlichkeit stand unter dem Eindruck des Versprechens, daß man auf der Basis der Arbeiten des Wissenschaftsrats und des Bildungsrats etc. zu einem sehr großen nationalen Bildungsplan³² kommen würde, und wir von der CDU waren in der schwierigen Lage, auf der einen Seite konfrontiert zu sein mit den bildungspolitischen Schlagworten, vor allem integrierte Gesamtschule und integrierte Gesamthochschule, die geradezu faszinierend auf die Leute wirkten und gegen die kaum anzukommen war.

32 Vorstellung des Berichts der Bundesregierung zur Bildungspolitik (BT-Drs. VI/925) am 14. Oktober 1970 im Bundestag, vgl. Sten.Ber. 6. WP 72. Sitzung S. 4012–4070.

Es gelang uns im März dann, einen Einbruch zu erzielen, und zwar in dem Augenblick, in dem uns die Bundesregierung plötzlich ganz unvermutet bei einer Bund-Länder-Kommissionssitzung mit sehr verschärften Vorschlägen konfrontierte und ihre Mehrheit mit 17:5 Stimmen, d. h. elf Bundesstimmen und sechs SPD-Länder gegen fünf CDU-Länder ausnutzte und wir daraufhin auszogen und unseren Protest erklärten.³³ Es kam nun auch plötzlich zum Tragen, daß wir bereits über Monate in der Öffentlichkeit verkündet hatten, daß die Bundesregierung mit durchaus unseriösen Zahlen arbeitet und Utopien verkündet. Wir konnten unsere baden-württembergische Planungsabteilung dagegen setzen mit sehr viel besseren Zahlen, die die Bundeszahlen völlig aus den Angeln hoben. Wir konnten darauf hinweisen, daß insbesondere die Frage der Steigerung der Abiturientenzahlen, aber auch dann nachher die Studentenzahlen z. T. falsch errechnet waren bzw. nicht die Unterbringung der Abiturienten nachher an den Hochschulen und dann in den Beruf überhaupt denkbar wäre. Und wir konnten eine ganz Reihe von anderen Punkten aufgreifen, die auch wissenschaftlich nicht genügend begründet waren und im übrigen keineswegs unseren Grundvorstellungen entsprechen, z. B. die Früheinschulung der Kinder, um nur einen Begriff zu nennen. Auch die Ineinanderschiebung der Allgemeinbildung und der Berufsbildung hat ihre großen Probleme, vor allem organisatorischer, aber auch grundsätzlicher Art. Das wollte ich nur ganz kurz hier andeuten. Das führte dazu, daß wir sehr stark in die Offensive kamen. Sie könnten dagegen anführen, daß Meinungsumfragen immer noch ergeben haben, daß die SPD in der Frage der Bildungspolitik vor uns liegt.³⁴ Sie dürfen aber die Frage nicht so einseitig stellen. Sie müssen Sie im Zusammenhang der anderen Frage sehen, die zu gleicher Zeit in der Öffentlichkeit eine große Beunruhigung hervorruft: Bildungspolitik ist heute gleichzeitig das Ringen um die rechtsstaatliche Demokratie. Und in der Frage der Sicherung der rechtsstaatlichen Demokratie liegen wir weit vor der SPD. Und das ist ein Punkt, der vor allem auch in dem Kampf um die Länder eine ganz große Rolle spielt.

Zum Schluß möchte ich sagen, daß der Auszug der CDU – wir sind dann ja wieder hereingegangen – und die deutliche Konfrontation zu einer sehr starken Beunruhigung geführt hat im Zusammenhang natürlich mit der Tatsache, die beispielsweise durch den Rücktritt Möllers³⁵ sichtbar wurde, daß unsere Polemik und unsere Kritik absolut berechtigt waren. Und jetzt das große Bemühen der anderen Seite, uns wieder an den Tisch und zur Mitarbeit zu bekommen. Sie erinnern sich an die Tatsache, daß der Bundeskanzler selbst Leussink dann beauftragt hatte, bei uns allen dann herumzureisen mit dem Hubschrauber, um uns für den Kompromiß zu gewinnen, und es

33 Sitzung der Bildungsplanungskommission von Bund und Ländern am 1. März 1971, vgl. FAZ vom 2. März 1971 „Schroffe Fronten in der Bildungs-Planungskommission“; „Kieler Nachrichten“ vom 16. März 1971 „Der Bildungsgesamtplan ist in Gefahr“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 16. März 1971 „Erst rechnen, dann planen?“.

34 Vgl. die vom Bundespresseamt am 31. März 1971 veröffentlichte Erhebung des Instituts für Demoskopie Allensbach in ACDP Dokumentation 13/1/4. Hier liegt die SPD im Januar 1971 mit 39 % vor der CDU/CSU mit 24 %.

35 Am 13. Mai 1971.

sind uns auch in der Tat zu fast allen Sondervoten dann Kompromißvorschläge vorgelegt worden, die zumindest die Gleichberechtigung unserer Standpunkte innerhalb des großen Berichtes vorsehen. Es hat am vergangenen Freitag nun eine Sondersitzung stattgefunden, bei der nur die Minister anwesend waren.³⁶ Wir haben über alle Punkte gerungen. Die SPD hatte offenbar die Devise ausgegeben: Einigung auf dem geringst-möglichen Nenner, Einigung um jeden Preis! Das war für uns natürlich außerordentlich schwierig, weil man von der anderen Seite her entschlossen war, hier jeden Kompromiß einzugehen, um nur sagen zu können, wir haben es fertiggebracht, noch vor der Sommerpause den Bildungsbericht mit den Stimmen der CDU fertigzustellen und auch zu verabschieden. (*Kohl*: Ja, was steht denn jetzt drin, Herr Hahn?) In dem Bericht steht beispielsweise drin, daß es nicht nur eine integrierte Gesamthochschule gibt, sondern gleichberechtigt auch eine kooperative gibt, daß sechs Länder auf dem Standpunkt der SPD in der Gesamthochschule stehen, daß unsere Länder aber auf einem anderen Standpunkt stehen. Dann wird sehr breit unser Standpunkt dargelegt, und durch eine ganze Reihe von Anmerkungen bei der Erwachsenenbildung kommt man auf unseren Standpunkt, Gleichberechtigung der freien Träger oder ähnliche Dinge. Da wird noch um einzelne Punkte gerungen. Leussink war so weit an den Rand dessen gegangen, daß die SPD-Seite nur zähneknirschend der Sache zusah und am Ende der Sitzung schließlich Frau Hamm-Brücher³⁷ hinausging und die Tür hinter sich schmetterte und draußen fast einen Nervenzusammenbruch bekam. (*Unruhe und Heiterkeit.*)

Am kommenden Montag tagt die Bund-Länder-Kommission, um den 4. Entwurf des Rahmenplanes nach Möglichkeit noch zu verabschieden. Ich habe gestern noch ein persönliches Gespräch mit Herrn Leussink gehabt. Herr Leussink hat auch gestern wieder angedeutet, daß er jetzt die letzte Chance sieht. Ich habe nicht ganz klar herausbekommen, ob er nun zurücktreten will oder nicht. (*Starke Unruhe und Diskussion.*) Die einzige ganz große Frage, die ganz offen ist, ist die Frage der Finanzierung. (*Zwischenruf*: Sehr richtig! – *Starke Unruhe und Diskussion.*) Das ist nur ein Zwischenbericht, bis die Finanzierung geklärt werden kann. Es wird dafür eingewandt, daß ja eine ganze Reihe von Ländern keine mittelfristige Finanzplanung hätte, daß die mittelfristige Finanzplanung auch für den Bund usw. überhaupt erst in einigen Jahren wirklich greifbar sein würde. Und man hat vor allem versucht, die Dinge bis zum Jahr 1975 von vorneherein zu beschränken. Die eigentlichen Planungen treten aber erst nach 1974/75 auf; das erleichtert die Situation der Bundesregierung. Wir stehen also, um es ganz kurz zu sagen, vor der Frage, ob wir am kommenden Montag noch die harte Linie fahren oder ob wir jetzt zunächst auf diesen Kompromiß eingehen sollen, wobei man erkennen wird, daß es sich nur um einen Zwischenbericht im Augenblick handelt mit einem Sachstand der Beschreibung, die im Augenblick da ist. Dann hat hier wenigstens die Bundesregierung die Möglichkeit, aber wir sind keinen Schritt weiter.

36 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 3./4. Juli 1971 „Sondersitzung über Bildungsgesamtplan“.
37 Dr. Hildegard Hamm-Brücher (geb. 1921), Chemikerin; 1969–1972 Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 806 Anm. 22.

Kiesinger: Genau darum geht es ja. Wenn wir hier nachgeben oder entgegenkommen, spielen wir natürlich dieser Regierung mindestens einen Scheinerfolg zu. Das steht dann auf dem Papier und wird auf dem Papier stehen bleiben, so wie ich das beurteilen muß. Ich gebe zu, die Lage ist nicht ganz einfach. Aber Herr Leussink, der ja weiß, was er tut, wenn er so weit auf dem Papier entgegenzukommen bereit ist, weiß auch, was ihm der Erfolg wert sein muß. Ich glaube, wir stehen hier an einem sehr wichtigen Punkt, und wir müssen uns in diesem Gremium klar werden darüber, wie verfahren werden soll.

Stoltenberg: Ich möchte zunächst einmal sagen, damit man in dieser Sache gerecht bleibt, ich möchte ein paar kritische Anmerkungen machen zum jetzigen Stand, Herr Kollege Hahn, die ich am Sonnabend durch ein Telefongespräch von Herrn Braun³⁸ erfahren habe und der mich mit einiger Sorge erfüllt, weil er abweicht von früheren Beschlüssen und Absprachen. Ich meine, wir müssen auch die Stellung der Gremien der Partei und der Fraktion dann noch einmal für unsere Zusammenarbeit in diesem Zusammenhang miteinbeziehen.

Ich möchte also, weil ich einige kritische Bemerkungen zu machen habe zum Stand der Dinge, zu Beginn noch einmal betonen, daß wir unsere Kultusminister natürlich in eine sehr schwierige Lage gebracht haben. Es ist in den ersten Monaten der neuen Regierung, in denen sie eine gewisse öffentliche Autorität hatte mit ihrem Reformanspruch, eine Vereinbarung zustande gekommen, die in diesem sehr wichtigen Gremium ein parteipolitisches Verhältnis von 17:5 zugunsten der Linken hergestellt hat in einem Bereich, der fast ganz in der Zuständigkeit der Länder liegt. Während wir im Bundesrat ein Verhältnis von 21:20 zu unseren Gunsten hatten, ist hier das Verhältnis 17:5. Man muß das noch einmal zur Ausgangslage sagen und noch einmal kritisch alle Beteiligten und sich selbst fragen, ob wir damals das ganz richtig in den Konsequenzen übersehen haben, was wir den fünf Herren hier zumuten, mit dem Übergewicht von 17 Stimmen gegen sich diese Bildungsplanung zu leiten. Das muß man also berücksichtigen, wenn man die außerordentlich schwierige Lage der Kultusminister sieht.

Auf der anderen Seite, Herr Kollege Hahn, muß ich sagen, daß wir mehrfach im Präsidium der Partei, mindestens einmal auf meine Veranlassung im Vorstand der Partei mit den Ministerpräsidenten und dann noch mal, erhärtet auf Wunsch des Präsidiums, zu einer ad hoc-Kommission zusammengekommen sind mit den kulturpolitischen Sprechern der Bundestags- und der Landtagsfraktionen sowie der Kultusminister, zuletzt am 17. Juni in Mainz³⁹, wo wir uns ganz klar, und zwar aus triftigen Gründen, auf ein anderes Verfahren geeinigt haben. Wir haben gesagt, dieser abstrakte Streit über Gemeinsamkeit hat keinen großen Sinn, denn es geht ja um den Inhalt der Gemein-

38 Walter Braun, 1969–1979 Kultusminister in Schleswig–Holstein.

39 Bericht über die Sitzung der ad-hoc-Kommission der kulturpolitischen Sprecher der Bundestags- und Landtagsfraktionen sowie der Kultusminister der CDU/CSU zum Bildungsgesamtplan am 17. Juni 1971 in Mainz. Anlage zum Protokoll der Präsidiumssitzung am 5. Juli 1971 (ACDP 07–001–1404); Liste der Kommissionsmitglieder sowie Schriftwechsel betr. Broschüre in ACDP 07–001–1822; Broschüre „Bildungsreform auf klaren Wegen“ in ACDP 07–004–450/2.

samkeit. Alle wollen natürlich in der Bildungspolitik, wenn es geht, Gemeinsamkeit. Aber die Frage ist, zu welchen Bedingungen und mit welchen Lösungen und zu welchem zeitlichen Verfahren. Und in diesen früheren Beschlüssen, von denen ich in der Tat ausgegangen bin, bis ich am Sonnabend von Ihrer Nachtsitzung und ihren Ergebnissen gehört habe, steht ganz deutlich drin, daß der vorgesehene Zwischenbericht lediglich die Form eines protokollartigen Sachstandsberichts haben darf und auf keinen Fall als Hintertür zur Veröffentlichung des strukturellen Teils des Bildungsgesamtplans ohne den Finanzierungsteil mißbraucht werden darf. Das ist die Formel, die ich völlig unterstreiche. Und Ihr Bericht erweckt in mir Befürchtungen, die ich auch nach dem telefonischen Bericht von Herrn Braun hatte. Im Grunde hätte ich mich auf diese Nachtsitzung – das darf ich Ihnen freundschaftlich sagen – nicht eingelassen, denn es ist ganz mißlich, bei derartigen Mehrheitsverhältnissen unter dem Vorsitz von Herrn Leussink solche Fragen in einer Nachtsitzung zu behandeln. Sie hätten ja auch sagen können, wir machen um 10.00 oder 11.00 Uhr Schluß. (*Hahn*: Das habe ich gefordert, das ist abgelehnt worden.) Ja, das war ein ganz großer Fehler, daß das abgelehnt wurde, das muß man ganz offen sagen. Nun ist das passiert, und wenn ich das richtig sehe, sind sehr weitgehende Festlegungen erfolgt, wobei Herr Leussink in der Form entgegengekommen ist, aber doch nur so, daß das, was er will, da steht. Da wir eine andere Meinung haben, wird festgestellt, daß eine Minderheit anderer Meinung ist. Das ist natürlich doch eine sehr bedenkliche Sache. Ich höre z. B., daß der für uns in der ganzen Argumentation im Bundestag – auch der Länder – entscheidende Gesichtspunkt, diese strittige Frage durch wissenschaftliche Schulversuche zu klären, nie als eine gemeinsame Auffassung in der Kommission insgesamt zum Ausdruck kommt. Das halte ich für völlig unverzichtbar. Ich höre, daß z. B. in der Frage der Lehrerbildung, wo man sich nur auf das wahrscheinlich Unvermeidliche, obwohl es eine sehr starke politische Debatte noch auslösen wird, auf den Stufenlehrer geeinigt hat. Das steht drin. Da aber in dem Augenblick, wo das konzipiert wird jetzt – bisher haben wir es ja nicht formell konzipiert –, die strittige Frage der Ausbildung der Lehrer für die Oberstufe nicht in unserem Sinne geklärt ist, muß ich doch meiner Befürchtung Ausdruck geben, daß wir hier zwar gewisse Konzessionen bekommen haben, und daß Sie die erstritten haben, ist sehr respektabel, aber keineswegs die für einen Kompromiß notwendigen Festlegungen in der Sache.

Nun kommt ein zweites hinzu. Ich halte – und ich muß das als meine Meinung jetzt sagen – es nicht für möglich, daß die Herren Kultusminister am kommenden Montag nach einem Sonntagabend-Gespräch über diese schwerwiegenden Fragen endgültig entscheiden sollen – das ist der große Fehler bei den Leussinkschen Terminplanungen gewesen –, ohne daß die Länderkabinette überhaupt darüber beraten können. Ich werde Herrn Braun nicht ermächtigen – das ist meine Meinung von jetzt –, am Montag dieser Sache zuzustimmen. Ich kann das nicht machen. Das ist eine schicksalhafte Frage für unsere Bildungs- und Innenpolitik. Wir müssen in den Kabinetten Zeit haben, darüber in Ruhe zwei, drei Wochen zu sprechen und wir können uns hier nicht den offenkundigen Tendenzen von Herrn Leussink unterordnen, der in seiner katastrophalen politischen Lage, in die er sich doch aber selbst durch seine verantwortungs-

losen Redereien in den letzten Monaten hineinmanövriert hat, jetzt um jeden Preis diesen Zwischenbericht vor der Sommerpause haben will.

Ich bleibe dabei, was hier die frühere Meinung des Vorstandes war, zuletzt unserer Kulturpolitiker vom 17. Juni 1971, daß wir nicht in der Lage sind, diesen inhaltlichen Festlegungen vor der Sommerpause zuzustimmen, weil das Kabinett Zeit haben muß, sich damit zu befassen. Damit braucht ja nichts weggenommen zu werden, aber es ist erforderlich, daß dieser Terminplan geändert werden muß. Denn es ist ja mit Recht darauf hingewiesen worden, daß ein Teil der Kulturpolitiker ja bereits in den Ferien ist, und es ist nicht möglich, die am Sonntagabend noch zu bekommen. Und daß Sie fünf am Montag diese Last ohne Beratung der Kabinette auf sich nehmen sollen, das halte ich für nicht möglich, und ich würde empfehlen, wenn sich die Meinung hier durchsetzt – mit den anderen Kollegen wie Herrn Dr. Röder und Herrn Dr. Goppel müßten wir dann noch einmal telefonieren –, daß wir zum Ausdruck bringen, die Kabinette brauchen Zeit, über diese mit Vorbehalt zunächst erarbeiteten Formulierungen zu beraten. Und dann muß die Sache eben auf Ende August oder Anfang September verschoben werden. Wir können uns hier den parteitaktischen Überlegungen von der SPD und von Herrn Leussink in dieser Frage nicht so unterwerfen. Für mich ist also der Finanzteil der Punkt 2, der Punkt 1 ist dieses. Daß der Finanzteil, den wir hier immer auch in einem Zusammenhang gesehen haben, nicht da ist, kommt hinzu.

Ich bitte Sie um Verständnis für die relativ offene Darstellung meiner Empfindung. Sie ist verbunden mit dem Respekt für die Arbeit, die geleistet worden ist, und vor allem mit der Betonung, daß man unsere eigenen Kultusminister hier in eine sehr schwierige Lage hineingebracht hat durch die Konstruktion dieses Abkommens mit Auswirkungen, die man damals vielleicht nicht ganz übersehen hat.

Kohl: Ich kann mich im wesentlichen dem anschließen, was der Kollege Stoltenberg gesagt hat. Ich beobachte auch jetzt in meiner Amtsführung als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz, daß von allen Bundesministern Hans Leussink der ist, der versucht, Politik mit Zeitnot zu machen. Wenn Sie mit Herrn Leussink eine Korrespondenz haben, werden Sie feststellen, daß er fast immer von einem Arbeitsprinzip ausgeht, das ist gestern zu erledigen gewesen. Und das ist ein einfacher Kniff. Da werden ganz kurze Fristen gesetzt. Wenn wir Ministerpräsidentenkonferenzen haben, steht fast jedesmal die Frage eines Länderabkommens mit dem Bund zur Diskussion, so daß unsere Leute noch in der Nacht durcharbeiten müssen, um einen Text, der völlig unerheblich ist und auch gut ein paar Wochen später unterschrieben werden könnte, fertigzubringen. Es gab ja dieserhalb eine sehr scharfe Auseinandersetzung. Hinzu kommt, wie er umgeht mit dem Protokoll. Ich muß also sagen, neben der Dame, die im Bundeskanzleramt residiert, ist mir noch kein Bundesminister – sie ist ja kein Bundesminister, die Parlamentarische Staatssekretärin⁴⁰ – untergekommen, der mit Protokollen so großzügig umgeht wie Herr Leussink. Ich habe das ganz einfach vor einigen Wochen Herrn Leussink einmal gesagt, weil er mir vorwarf, ich hätte etwas gegen ihn. Ich habe gesagt, ich habe natürlich auch etwas gegen Sie, weil ich der Meinung bin, daß

40 Katharina Focke.

Sie eine falsche Politik machen. Aber gegenüber der Politik an sich habe ich den Haupteinwand, daß Sie in Ihrem Geschäftsgebaren nicht korrekt sind. Und das habe ich ihm sehr präzise vorgehalten im Beisein von Brandt anhand solcher Erfahrungen. Und, Herr Dr. Stoltenberg, Sie haben natürlich völlig Recht, was jetzt hier läuft, ist natürlich der Punkt, daß er nach der Salamtaktik irgendeiner Sache zustimmt – das ist ein uralter Oberbürgermeistertrick in der Gemeinde, wenn der Gemeinderat einmal die eine Hälfte gefressen hat, wird er zu einem späteren Zeitpunkt die andere Hälfte auch fressen mit der Begründung, daß er seinerzeit schon im Grundsatz zugestimmt hat. In der Praxis bedeutet das, daß, wenn wir jetzt hier in der Sachfrage zustimmen würden, wir das auch später bei dem finanziellen Teil müssen. Und deswegen will ich nur sagen, Sie müssen davon ausgehen, daß wir das morgen nicht beschließen werden, weil ich gar nicht die Absicht habe, das morgen auf die Tagesordnung zu setzen im Kabinett. Wir haben morgen so viele Dinge, die zeitbedingt sind wegen Bundesrat und Ministerpräsidentenkonferenz am kommenden Freitag, das ist gar nicht drin. Im übrigen ist es wirklich ein ziemlich akademisches Gerede, was hier gemacht wird. Da kein Geld da ist, ist überhaupt nicht zu erwarten, daß in den nächsten Monaten an diesem Punkt sich irgend etwas bewegt. Es ist also völlig unerheblich, ob morgen beschlossen wird oder Anfang September. In der Sache selbst, Herr Kollege Hahn, wird sich ja nichts entwickeln.

Hahn: Das ist nicht richtig. Ich sehe die Sache mindestens so ernst wie Sie. Aber es werden überall Weichen gestellt in den Ländern. Und das wird so konstruiert, daß wir diese Weichen nicht mehr zurückstellen können, wenn wir dran sind, und zwar überall zu gleicher Zeit für die nivellierende Tendenz, für die Öffnung der Türen für die Radikalen. Alle diese Dinge werden in diesen Wochen getan. Das geht auch ohne Geld.

Kohl: Nur ich bin der Meinung, das ist ja nicht unser Geschäft. Und dementsprechend müssen wir jetzt Farbe bekennen. Ich finde, die von uns geführten Länder sollten sich auf den Gedanken jetzt festlegen, wie es in Abs. 3 des alten Papiers steht; bevor die Finanzierungsgrundlage nicht hinreichend diskutiert wird, gibt es von aus kein Plazet.

Kiesinger: Also zunächst liegt hier ein ganz konkreter Vorschlag von Herrn Dr. Stoltenberg vor, der mir ganz vernünftig erscheint. Die Kabinette müssen Zeit haben dazu. Man kann jetzt die Kabinette nicht überfahren. Das ist ein sehr gesunder Verfahrensvorschlag. Wir sollten uns auf diesen Vorschlag einlassen.

Filbinger: Das Vorgehen unserer fünf Kultusminister war m.E. eine erstklassige Leistung, denn dadurch ist ein Trend durchbrochen worden, der natürlich dahin führen sollte, im Wege der Majorisierung unsere Leute an die Wand zu drücken. Das haben sie durchbrochen.

Das, was seitdem erreicht worden ist, ist ein Zeichen für die Schwäche der anderen Seite, des Herrn Leussink und der SPD-regierten Länder und deren Kultusminister. Daher hielten sie es für notwendig, auch auf den kleinsten Nenner zu gehen. Nur verstehe ich eines nicht, Herr Kollege Hahn. Sie sagen, wenn wir jetzt alles scheitern lassen, dann können wir die SPD-Länder auch nicht dort festbinden, wo wir mindestens eine Chance hätten. Die liegen ja noch ein bißchen vor uns in unserem Sinne. Und das

scheint mir die entscheidende Frage zu sein, ob das, was wir dabei gewinnen, so schwer wiegt, daß es nicht ein Übergewicht bedeutet gegenüber dem Nachteil, den wir riskieren, wenn wir dem Herrn Leussink den politischen Erfolg dabei zuschanzen. Ich meine allerdings, diese letzte Gefahr ist überwiegend. Wenn wir ihn scheitern lassen, dann dauert es wahrscheinlich gar nicht mehr lange, bis er insgesamt scheitert, bis er das Scheitern auch zugeben muß, denn die Verwirrung ist doch eine vollkommene, und die Bemühungen der Regierungsstellen, unsere Ministerialräte der Kultusministerien nach Bonn fahren zu lassen – die sind ja ständig auf Achse –, um dort dem Herrn Leussink und anderen Leuten Rede und Antwort zu stehen, was in den CDU-regierten Ländern schon geschehen ist, wovon man profitieren möchte und was man in dieser oder jener Form in einen Superplan hineinbringen möchte, zu dem die CDU dann auch noch mit die Unterschriften geben soll. Das ist nicht unser Interesse. Denn daß wir damit die Firma der SPD stärken, ist klar.

Ich meine, wenn die ganze Geschichte schief geht, daß wir zu überhaupt keinem Ergebnis kommen, auch nicht zu diesen schmalen Ergebnissen, die wir im Kompromißwege erreichen können, dann ist das hinzunehmen. Ich würde dieses aber riskieren, denn frühestens im Herbst kommen die Dinge ohnehin in Fluß. Entweder ist dann die SPD und die Bundesregierung bereit anzuerkennen, daß das, was wir in den CDU-Ländern kulturell gemacht haben, ein eigenständiges Recht hat, daß man das fortsetzen kann, oder aber sie versuchen erneut, mit uns in Streit zu kommen. Dann aber müssen sie wahrscheinlich erheblichere Kompromißangebote machen, als das bisher geschehen ist. Wir haben also Zeit. Ich wäre auch der Meinung, daß der eleganteste Weg der wäre, daß wir das in die Kabinette zurücknehmen, und wir können ohne weiteres sagen, die Kultusminister sind überfordert und haben keinerlei Ermächtigung zum Abschluß. Und die Ministerräte können dann die Zeit bis in den frühen Herbst voll ausnutzen, und dann werden wir weiter sehen. Dann wird schon eine ganze Menge mehr gescheitert sein als jetzt.

Barzel: Aus der Sicht der Bundestagsfraktion möchte ich doch einige Anmerkungen machen. Zunächst eine politische Anmerkung:

Es ist dies der dritte Punkt, wo wir die Konfrontation abzubauen wünschen. Ergebnis ist, daß Herr Leussink sich in seiner Not seit Wochen bemüht, mit mir zu sprechen. Und ich habe dies immer abgelehnt, weil ich der Auffassung war, wir müßten uns erst unter uns verständigen und daß bei einer so großen Schwierigkeit jeder Tag länger vielleicht unsere Preise etwas erhöht. Und ich habe noch vor zehn Tagen gesagt, ich müßte erst mit meinen Freunden in den Ländern sprechen und hatte dann am Freitagfrüh mit einer Delegation unserer Kultusminister ein umfangreiches Gespräch. Ich glaube also, daß hier Zeit zu gewinnen aus vielen Gründen vernünftig ist. Das ist ebenso vernünftig, wie den Versuch zu machen, auf dem Bildungsgebiet aus vielen Gründen am Schluß ein Gesamtpaket schnüren zu können, wenn dies möglich ist. Dies freilich mit der Festigkeit, die wir im Städtebauförderungsgesetz in unseren Essentials gezeigt haben.

Und nun zu diesem Problem im engeren Sinne: Ich glaube, wir sollten als erstes der Regierung in keinem Punkt ermöglichen, sie an die Stelle konkreter Politik in Geset-

zesform oder in solche Form gekleidete Absichtserklärungen ohne finanzielle Grundlage treten zu lassen. (*Zwischenruf*: Sehr richtig!) Das ist alles auf 1974 berechnet, und da macht man nach der Wahl die große Rechnung auf, was die alte Regierung versprochen hat und die neue nun nicht erfüllen kann. Wir haben einer so unpopulären Sache förmlich nicht zugestimmt. Das ist eines von den elf Gesetzen von 152, denen wir nicht zugestimmt haben, mehr gibt es da gar nicht: Bundesfernstraßengesetz⁴¹, allein mit der Begründung – unrealistische Planung, das kann kein Mensch bezahlen, Kostensteigerung nicht eingerechnet.

Zu einem solchen Gesamtpaket, falls man sich verständigen kann, gehört natürlich das Hochschulrahmengesetz. Und ich kann Ihnen nur sagen, wenn es uns nicht gelingt, in den Fragen der rechtsstaatlichen Sicherung von Freiheit der Forschung und Lehre die Zustimmung dieser Koalition zu unserem Paragraphen zu bekommen, denn das ist für mich so essentiell, wie der andere Punkt beim Städtebauförderungsgesetz eben war. Und das steht uns wohl an und ist durch den Vorschlag des Kollegen Hahn sehr wohl unterstützt. Und nun muß man doch sehen, daß Herr Leussink, weil wir keine Zeit für ihn haben, versucht, uns zu unterlaufen und das Gesamtpaket nicht zustande kommen zu lassen. Er sagt, den Streit über das Hochschulrahmengesetz lasse ich erst mal stehen. Der Herr Barzel hat keine Zeit. Ich nehme jetzt in der Bildungsplanung mit meiner Kommission mit dieser merkwürdigen Mehrheit trotz der Bundesratsverhältnisse ein Stück vorweg. Da komme ich zum Schein entgegen, die Finanzen löse ich nicht, und ich bin nachher nicht imstande, den für die CDU zentralen Punkt in der Gesetzgebung durchzuführen. Deswegen würde ich auch aus der Sicht der Bundestagsfraktion und wegen des Gesamtzusammenhanges sehr herzlich bitten, sich nicht darauf einzulassen, falls nicht in dieser nächsten Woche exorbitante Geschenke gratis zu haben sind von einem Mann, der doch untergeht. Da muß man natürlich zugreifen. Aber das sehe ich nicht.

Und deshalb würde ich doch sehr herzlich bitten: Erstens, wir machen keine Absichtserklärungen, wo keine finanziellen Erklärungen dabei sind. Zweitens, wir müssen in dem Hochschulrechtsrahmengesetz den Punkt mit der rechtsstaatlichen Sicherung der Universitäten erreichen und drittens in der Bildungsplanung, die hier zu dem Gesamtpaket gehört. Das wäre dazu zu sagen.

Ich habe das vor allem auch deshalb gesagt, weil zu meiner Überraschung von einigen Kulturpolitikern in einigen Ländern gesagt wird, die Bundestagsfraktion sei auf diesem Gebiet zu kompromißbereit. Das ist nicht der Fall, sondern wir betreiben hier dieselbe Methode, wie wir sie beim Städtebauförderungsgesetz anwenden. Wir sind bereit zur Verständigung, wenn man die Machtverhältnisse in Bonn zur Kenntnis nimmt und unsere Essentials mitberücksichtigt.

Schwarz-Schilling: Ich bin natürlich sehr dankbar, daß in dieser Frage zwischen der

41 Das Bundesfernstraßengesetz (BT-Drs. VI/1180) wurde am 28. April 1971 im Bundestag nach der 2. und 3. Lesung angenommen, vgl. Sten.Ber. 6. WP 115. Sitzung S. 6731–6757. Es gab einen Änderungsantrag der CDU/CSU (Umdruck 167). Das Gesetz trat am 30. Juni 1971 in Kraft (BGBl. 1971 I S. 873).

Bundestagsfraktion und den Vertretern der Länder eine Übereinstimmung festzustellen ist. Dennoch glaube ich, wäre es falsch, wenn wir hier die verschiedenen Akzente, die doch von einigen Ländern gesetzt werden müssen, ganz überdecken. Zunächst, Herr Dr. Barzel, sagten Sie, es gäbe einen offensichtlich falschen Eindruck von der Bundestagsfraktion. Ich muß Ihnen sagen, daß von seiten der Bundestagsfraktion doch sehr deutlich der Kompromißwunsch dargestellt wurde, so daß er – das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen – Beunruhigung bei den Landespolitikern hervorgerufen hat, weil es ein Kompromiß zu sein schien, der auf das gesamte Gebiet der Bildungspolitik ausgedehnt werden sollte, wobei wir keinesfalls in Abrede stellen, daß es auf bestimmten partiellen Gebieten Kooperation geben soll. Ich möchte daran erinnern, daß wir in Hessen, wo wir wirklich die härteste Konfrontation mit einer kaum noch überbietbaren linken Bildungspolitik haben, es fertig gebracht haben, vor dem Landtagswahlkampf das Hochschulrahmengesetz gemeinsam zu beraten, unsere Essentials einzubringen und gemeinsam zu verabschieden. Wir haben allerdings m. E. nicht den Fehler gemacht, dies nun als große Kooperation nach draußen zu verkaufen, sondern wir haben diese Essentials eingebracht und im Wahlkampf voll die Konfrontation auf dem bildungspolitischen Sektor durchgeführt, auf dem Universitätssektor usw. Und hier scheint mir auch die Frage von Grundsatz und Taktik bei der Bundestagsfraktion nicht ganz ausdiskutiert, ob es nicht darum geht, beim Kompromiß – sozusagen hinter verschlossenen Türen – Essentials einzubringen, aber nicht den Eindruck zu erwecken, als sei hier eine Kooperation entstanden, was es in der Sache nicht geben kann nach dem heutigen Stand. Ich glaube, wir müssen uns darüber im klaren sein, daß sich die schärfsten ideologischen Konfrontationen von der Wirtschafts- auf die Kulturpolitik verlagert haben. Es gibt noch kein sozialdemokratisches Godesberg⁴² auf dem kulturpolitischen Sektor. Und das ist eine Sache, mit der wir uns auseinandersetzen müssen und die bestimmte Grenzen der Kooperation nicht überschreitbar machen.

Lassen Sie mich bitte hier nur zwei inhaltliche Dinge sagen. Sie sprechen hier von den fünf Kultusministern und müssen sich darüber im klaren sein, daß Sie auch noch sechs Landtagsfraktionen haben, die nicht mit am Tische sitzen, die aber mindestens ebenso wichtig sind in diesen Fragen. Denn wir haben den Kampf von der Opposition her zu führen, und es wird sehr die Frage sein, wer mal in der Opposition und wer mal in der Regierung ist. Insofern sind die sechs mindestens so wichtig. Ich bedaure überhaupt, daß das immer nur gelegentlich ist, daß man dann gemeinsam mit den Kultusministern zusammensitzt. Die Strategie müßte eine Gesamtstrategie sein, die die Oppositionsfraktionen in der gleichen Weise informativ und entscheidungspolitisch umfaßt. Das wäre wirklich gut, wenn das mal institutionell installiert würde.

Ich möchte ein weiteres sagen. Ich stimme dem Herrn Kollegen Stoltenberg vollkommen zu, wenn er sagt, welche inhaltlichen Bindungen geht man denn nun ein. Ich

42 Im Godesberger Programm vom 15. November 1959 schwenkte die SPD auf die bisher bekämpfte Linie der Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung Adenauer ein und verabschiedete sich von marxistisch-klassenkämpferischen Thesen.

weiß, daß, wenn Sie in dem Bildungsplanungsbericht die Dinge nebeneinander stellen, die SPD-Länder sich keineswegs an die CDU-Länder gebunden fühlen, sondern ganz konsequent ihre Politik weiterbetreiben werden. Ich möchte daran erinnern, daß es Schulversuche, die vergleichend integrierte, kooperative und additive Schulformen untersuchen sollen, im Sinne der SPD überhaupt nicht gibt. Wir gehen hier von einer völlig falschen Tatsache aus. Wenn Sie die Fragen klar stellen, dann gibt es nur Schulversuche, um die integrierte Gesamtschule weiterzuentwickeln. Aber sie lassen uns in dem Glauben und sagen, jawohl, es gibt auch andere Schulversuche. Für die SPD gibt es solche gar nicht. Das muß man in aller Deutlichkeit feststellen.

Und wenn wir seriös bleiben wollen – und wir haben das immer in den Landtagen mit aller Deutlichkeit gesagt –, darf es keine Bildungspolitik ohne Verzahnung mit der Finanzpolitik geben. Und ein Planungsbericht, der mit 2,5 % Bausteigerungen rechnet pro Jahr, ist eben eine Illusion. Und insofern möchte ich wirklich dafür plädieren, daß die CDU deutlich macht, wir sind für eine Vereinheitlichung des Bildungswesens; wir freuen uns, wenn die SPD auf unsere Vorstellungen einschwenkt. Wir nehmen das zur Kenntnis, und wir sind auch zu partieller Kooperation bereit. Aber das müßten Essentials sein, die sozusagen den Terminplan von selbst bestimmen, im Sinne von dem, was Dr. Stoltenberg gesagt hat.

Ich möchte nur noch zum Schluß die Frage stellen, was ist das Ziel von Herrn Leusink, diese Dinge jetzt auf diese Spitze zu treiben, denn er wird das ja nicht umsonst machen. Ich frage, welche Rollenverteilung hier vorgenommen wird von Herrn Lohmar⁴³, von Frau Hamm-Brücher. Ich bin der festen Meinung, daß wir im Bundestagswahlkampf zu hören bekommen, ob wir jetzt zustimmen oder nicht, alles was gescheitert ist, geht auf das Konto der CDU, die gebremst hat, die verhindert hat, das und das zu tun. Und zum anderen wird man sagen, nur wir können bei einer nächsten Regierung diese Dinge in Ordnung bringen.

Lemke: Ich habe nur eine kurze Frage an Herrn Hahn: Ist in diesem Bericht eigentlich noch das dreigliedrige Schulsystem als zukunftssträftig behandelt oder ist das gestrichen? (*Zwischenruf:* Ist drin. – *Unruhe.*)

Wex: Ich habe noch zwei Sachen, Herr Dr. Barzel, Sie haben gerade einiges gesagt über die Bildungsplanung und über die Kooperation. Die Tatsache, daß die Bundestagsfraktion von Anfang an von der Kompromißbereitschaft gesprochen hat, hat doch mindestens in drei Punkten Erfolg gehabt, so daß die CDU nicht mehr den Eindruck erweckt, als ob sie überhaupt keine Vorstellungen von einer Reform hat. Zweitens, daß sie nichts getan hat und drittens, daß sie keine Realpolitik gemacht hat. Das ist jedenfalls in dieser ganzen Zeit immerhin herausgekommen. Und ich glaube, daß es jetzt richtig ist, Zeit zu gewinnen. Daß aber ein Kooperationsangebot in der zurückliegenden Zeit nicht richtig gewesen war, das ist aber doch jetzt hier entkräftet wor-

43 Dr. Ulrich Lohmar (1928–1991), Publizist, Professor; 1952–1955 Bundesvorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, 1954–1967 Chefredakteur „Die Neue Gesellschaft“, 1957–1976 MdB (SPD, 1969–1972 Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft), 1964–1968 Lehrbeauftragter für politische Soziologie Universität Münster, 1971–1984 Ordinarius für Politische Wissenschaften Gesamthochschule Paderborn.

den. Denn was geschafft worden ist, ist genau, diese Vorurteile abzubauen, daß wir keine Reformvorstellungen haben, daß wir nichts getan haben und daß keine realen Finanzierungsvorstellungen unsere Reform bedingt haben. Ich meine immerhin, das ist das Ergebnis einer Kooperation gewesen. Jetzt muß nur festgelegt werden, worin diese Punkte, die unabdingbar sind, bestehen. Und das wäre die Aufgabe der nächsten Zeit. Und dafür Zeit zu gewinnen, ist richtig. Würden Sie das denn überhaupt als einen Abbruch der Konsultationen verstehen, wenn Sie in dieser Planungskommission jetzt diese Stellung einnehmen würden?

Stoltenberg: Man muß ja einen Unterschied machen zwischen der internen Strategie – und da hat der Kollege Barzel, glaube ich, die entscheidenden Punkte gesagt, die müssen wir für uns intern festhalten: Ich bin ganz dafür, den sachlichen politischen Zusammenhang dieser Punkte in das Hochschulrahmengesetz hineinzunehmen. Das ist sozusagen die interne Linie, die muß nun natürlich auch allen mitgeteilt werden als Meinung des Bundesvorstandes der CDU, damit das nicht noch mal ein Kommunikationsproblem gibt. Es müßte also dieser Protokollauszug hierüber allen Kultusministern – ich würde auch vorschlagen vertraulich den Obleuten der Landtagsfraktionen – mitgeteilt werden als eine Richtlinie für die Arbeit der Gremien in diesem Punkte. Das ist unsere Strategie. Und ich sehe nicht ein, daß es den nicht folgenden und nicht einzusehenden Grund gibt zu sagen, wir können den ursprünglichen Terminkalender nicht einhalten. Ich würde das aber mit jeder Wertung in der Sache oder jeder Änderung in der Sache nicht verbinden im Interesse derjenigen, die diese unangenehme Mitteilung machen müssen.

Hasselmann: Ich möchte gern der Überlegung von Dr. Schwarz–Schilling beipflichten, zu den amtierenden Kultusministern der von uns regierten Länder auch die Oppositions-CDU in den anderen Ländern zu sehen, auch wegen der gemeinsamen Überlegungen unseres Vorgehens. Ich pflichte wegen der zeitlichen Lage den Überlegungen von Herrn Stoltenberg bei. Und, Herr Dr. Kiesinger, wenn sich aus der Sicht der Opposition die Chance ergibt, daß in dieser Periode aus dem Brandtschen Kabinett ein weiterer Minister den Hut nimmt, muß die Taktik von uns darauf abgestellt sein, daß er zu einem Zeitpunkt geht, den wir möglichst beeinflussen. Das Herauschießen eines weiteren Mannes aus diesem Kabinett ist das übergeordnete Ziel.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß das Papier, was uns da vorliegt über die Konferenz vom 17. Juni auch dem Wunsch von Herrn Schwarz–Schilling und von Herrn Hasselmann entspricht. Da ist ja auch von der Beseitigung der Mißverständnisse die Rede. Die Zielsetzung ist so, daß wir dem alle beitreten könnten. Wenn ich noch einmal das Wort nehme, dann nur deshalb: Es weiß bei uns überhaupt kein Mensch, was wem zugerechnet wird im Jahr 1973. Ich will Ihnen ein Beispiel sagen, daß hier kein Mensch mehr durchkommt, auch der Bundeskanzler Brandt selber nicht. Der machte am vorherigen Wochenende die erste Halbzeitbilanz.⁴⁴ Warum er das vier Monate vorher macht, war wegen des weißen Flecks Bildung. Deshalb muß Herr

⁴⁴ Brandt gab am 27. Juni 1971 in einem Interview mit dem Deutschlandfunk eine Zwischenbilanz der Regierungsarbeit (BULLETIN Nr. 99 vom 29. Juni 1971 S. 1089–1092). Auch Ehm-

Leussink was nachliefern – das ist das Motiv. Was nennt Brandt an Erfolgen? Nur solche Punkte, die von uns initiiert waren. Er hat keines seiner Gesetze genannt, er hat einen Katalog gemacht: „Gesundheitliche Vorsorgeuntersuchungen“, „Arbeitgeberzuschuß zur Krankenversicherung für alle Angestellten“, „Unfallversicherungsschutz für Schüler“, „Verbesserung der Kriegsopferversorgung“. Vier Punkte, die er nennt. (*Unruhe und Diskussion.*) Er nennt Dinge, die von uns kommen. Es geht auch in Bonn ganz durcheinander, ich habe unseren Kollegen und der Presse hier erst sagen müssen: „Herr Brandt nennt hier Punkte für seinen Katalog, die von uns kommen.“ Da kommt kein Mensch mehr durch, da kann man sich auch nicht drum kümmern. Kümmern können wir uns nur um eines: Jeder Mensch in Deutschland weiß, Herr Brandt fing an bei voller Kasse, Herr Möller ist zurückgetreten, weil die Kasse nicht mehr stimmt. Und deshalb muß in jedem Punkt die Finanzsache einfach dazu, das ist das einzige, wenn wir nicht in die Bremsgeschichte reinkommen wollen, sondern in die Aktivität.

Kiesinger: Kollege Hahn zum Abschluß der Aussprache.

Hahn: Meine Damen und Herren! Darf ich zunächst einmal doch noch darauf hinweisen, unter welch außerordentlich erschwerten Bedingungen wir überhaupt diesen ganzen Kampf führen müssen. Ich erinnere einmal an die Tatsache, wie uns der Wind die ganze Zeit in dieser Sache ins Gesicht bläst. Man ist anti-föderalistisch eingestellt und sagt, die Kultusminister stehen jeder Reform im Wege, und die Bildungsmisere müsse beendet werden, aber es sind ja vor allem die CDU-Kultusminister, die die ganze Zeit ... (*Starke Unruhe.*) Sie müssen verstehen, daß die gesamte Bildungsreform gescheitert ist an – ich sage das jetzt nur in Anführungszeichen – den „reaktionären“ Vorstellungen der CDU. Das würde sehr, sehr deutlich gegen uns ausschlagen. Infolgedessen muß das Nein, das wir aussprechen, auch sachlich begründet und überzeugend sein vor der Öffentlichkeit. Es ist eben so, daß sie bereit waren, so weit zurückzugehen, wie wir es eigentlich nie erwartet haben. So weit zurückzugehen, daß wir nichts mehr dagegen einwenden, daß es sehr, sehr schwer war, in der Sache jetzt nein zu sagen. Dabei waren wir ja alle am 17. Juni dabei ... (*Starke Unruhe und Diskussion.*) Wir müssen uns also einfach klar sein, wir wollten gar keine Sitzung haben, aber da wurden wir doch glatt überstimmt. Wir könnten vielleicht nicht hingehen, aber das können wir wohl kaum in diesem Fall riskieren. Wir haben, Herr Kollege Barzel, nur forsch das mit dem Rahmengesetz und einer Reihe flankierender Maßnahmen versehen, wobei ich Sie auf einen Punkt im Rahmengesetz aufmerksam machen darf: Weniger entscheidend ist es, daß die Länder die Fachaufsicht in den Hochschulen behalten. Denn die Linken haben die Tendenz, nur noch die Sache der Rechtsaufsicht dem Staat zu gewähren. Also, das ist ganz entscheidend, daß wir in diesem Punkt dranbleiben. (*Starke Unruhe.*)

Es sind aber eine ganze Reihe weiterer Wünsche da, über die wir mit der Bundestagsfraktion in Verbindung stehen, die beim Plangesetz unbedingt durchkommen müs-

ke äußerte sich in einem Interview mit dem SFB am 25. Juni 1971 zur Halbzeit der Regierungsarbeit (ebd. S. 1092–1098).

sen. Dazu kann man auch noch folgendes sagen: Die große Schwierigkeit ist, daß man uns in diesem Augenblick natürlich den Schwarzen Peter zuschieben möchte. Relativ günstig wäre es, wenn wir uns einigen könnten, wir können ohne die Kabinette keine Entscheidung fällen. Der Punkt, bei dem wir auseinandergegangen sind, ohne uns zu einigen, war der, daß wir erklärten, wir verlangen einen Sachstandsbericht, der die Probleme herausarbeitet. Diese Anlage des Rahmengesetzes soll nur eine Anlage sein, die den derzeitigen Stand zeigt, während Frau Focke – es ist immer entweder Frau Focke oder Herr Ehmke selbst, also das Bundeskanzleramt, das hinter den Dingen stand – darauf bestand, im Gegensatz zu dem, was wir eigentlich vereinbart hatten, daß der Plan selbst eben der Plan wäre und dieser jetzt am 12. verabschiedet werden müsse. Das ist der Punkt, an dem wir in diesem Augenblick stehen. Es wird nicht leicht sein, aus der Geschichte herauszukommen.

Kiesinger: Dann sind wir uns also einig, daß wir nach dem Vorschlag von Herrn Dr. Stoltenberg verfahren sollten, die Gesetze ins Kabinett geben, zur Sache im Augenblick nichts sagen und einen Termin für Anfang September anberaumen, bis zu dem wir uns über die Sachfragen schlüssig geworden sind. Darf ich das feststellen?

Filbinger: Darf ich noch einen Gesichtspunkt für den Herrn Kollegen Hahn anfügen? Ich würde vorschlagen, daß sie auch noch den finanziellen Gesichtspunkt mit erwähnen. Denn es ist ja doch so, daß jetzt die Länder in einer Lage sind, wo sie noch nicht einmal ... (*Unruhe und Diskussion.*) und wo die Bundesregierung diese Grundfrage über die Finanzierung, was bekommen die Länder, bisher überhaupt nicht beantwortet hat. Das letzte Mal, bei unserer Besprechung der Ministerpräsidenten, hat Leussink zwar unter sehr starkem Druck gesagt, er persönlich sei bereit, dem Grundsatz nach anzuerkennen, daß die Länder zusätzliches Geld bekommen. Aber es müßten jetzt erst mal die Eckdaten einer Steuerreform und eine ganze Menge anderer Dinge vorliegen, erst dann sei es möglich, diese Frage im Herbst zu prüfen. Da war aber kein Finanzminister da, außer Herrn Hermsdorf⁴⁵. Diese Frage ist also völlig offen geblieben. Und es ist nur das Legitimste aller unserer Anliegen, wenn wir darauf hinweisen, daß die Länder überhaupt keine Planung akzeptieren können, sofern nicht der Finanzhorizont für die Länder auch nur halbwegs klar ist. Wie wollen wir denn Gesamtschulen finanzieren, ich nenne nur ein Problem, die doch einen Haufen Geld kosten. Da müßten sie doch dann die gebauten Schulen verlassen und müßten Gesamtschulen, wenn es integrierte sein sollen, bauen. Das paßt in Baden-Württemberg, nach Ihrer Aussage Herr Kollege Hahn, auf 2.000 Schulen, die verlassen werden müßten. Das ist also schon unmöglich, und Sie haben die beste Argumentation von der Welt, wenn Sie auch auf diese Zahlen verweisen.

Stoltenberg: Ich möchte zum Verfahren noch etwas sagen. Ich suche noch nach einer Formel, die es den Herren Kultusministern ermöglicht, von diesem Termin her-

⁴⁵ Hans Hermsdorf (1914–2001), Angestellter; 1932 SPD, 1946–1949, Zentralsekretär der Jungsozialisten, 1949–1963 persönlicher Referent von Erich Ollenhauer, 1953–1974 MdB, 1971/72 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, 1973/74 beim Bundesminister für Finanzen, 1974–1982 Präsident der Landeszentralbank Hamburg.

unterzukommen auf den September-Termin, wo wir dann in der Finanzdiskussion auch ein Stück weiter sind. Wahrscheinlich im negativen Sinne, weil die Finanzkrise dann noch offengründiger ist. Und dazu würde ich, um mich noch etwas zu präzisieren, vorschlagen, daß wir die Herren Kultusminister bitten als Bundesvorstand, in den nächsten Tagen unter Berufung auf ihre Ministerpräsidentenkabinette Herrn Leussink schriftlich oder fernschriftlich mitzuteilen, daß die abschließende Beratung am 12. nicht möglich ist. Das muß diese Woche mitgeteilt werden, weil sie sonst in eine ganz unangenehme Lage kommen, wenn sie in die Sitzung gehen und das zu Beginn der Sitzung mitteilen. Und dann muß es Herrn Leussink überlassen bleiben, ob er den Termin aufhebt, was ich für das Richtigste hielte, oder aber ihn durchführen will, aber mit der ganz klaren Maßgabe, daß keine Entscheidung gefällt werden kann. Ich würde also vorschlagen, daß wir auch die nichtanwesenden Herren bitten, Herrn Leussink mitzuteilen in den nächsten Tagen, daß nach Rücksprache mit dem Kabinett und den Ministerpräsidenten die Kabinette eine Behandlung dieser Frage wünschen und deshalb der 12. nicht möglich ist. Und dann kann man ja vorschlagen Ende August/Anfang September.

Hahn: Darf ich noch einmal etwas sagen. Ich habe doch den Eindruck, daß ein gewisser Gegensatz in der Beurteilung der Situation zwischen der Bundestagsfraktion und den Ländern besteht. Die Länderfraktionen gehen auf die Konfrontation aus bzw. wollen unter keinen Umständen so schnell in einen Kompromiß reinkommen. Die Bundestagsfraktion auf der anderen Seite hat ein Interesse offenbar daran, die Konfrontation nicht stattfinden zu lassen. Ich meine, wir müßten das noch einmal klären, Herr Dr. Barzel. Da ist ein Gegensatz.

Barzel: Ich glaube, daß es solche Meinungsverschiedenheiten bis zu dem Treffen am 17. Juni hat geben können aufgrund von Presseäußerungen des einen oder anderen meiner Kollegen. Ich habe weiter den Eindruck, daß das, was auch geschrieben und inzwischen auch gedruckt ist in diesen Tagen über die Essentials von uns⁴⁶, hervorragend ist. Und das deckt sich mit unseren Meinungen. Es wäre freilich noch besser, wenn es uns gelingen könnte, Herr Kollege Hahn, uns in dieser Frage nach der Methode eines anderen Vorgangs, den wir vorher behandelt haben, auf vier oder fünf essentielle publikumswirksame Vorschläge zu beschränken, die zum größeren Teil in Ihre Kompetenz der Länder fallen und zum geringeren Teil in die des Bundes. Das heißt, daß, wenn hier Krieg geführt wird, wir uns auch erklären und verständlich machen können. Ich nenne einen praktischen Punkt: Wenn ich es richtig im Kopf habe, ist einer der Punkte, den wir als vorrangig aufgeschrieben haben, die Lehrerbildung. Ich höre heute morgen von Herrn Kohl zu meiner Freude und Überraschung, daß er in seinem Lande so weit ist, in ca. drei Jahren einen fertig ausgebildeten Lehrer ablehnen zu können, weil dann von den Universitäten mehr kommen, als er brauchen wird. Hervorragend, dies zu wissen. Wenn es in anderen Ländern auch so aussieht, könnte dies bereits ein Punkt sein, der nicht mehr auf Nummer 1 steht, sondern der nur noch erwähnt wird, denn dann trägt dieser Punkt einen Krieg bis 1973 kaum noch oder nur

46 Vgl. Anm. 39.

noch mit Streit. Daher müssen wir die Punkte, die wir auf keinen Fall aufgeben, zusammen aufschreiben und damit dann in die Konfrontation gehen, selbst wenn wir, Herr Hahn, uns hier auch mal so verhalten, daß wir eine Konfrontation mit einem Kooperationsangebot beginnen, um aus der Sache publizistisch besser herauszukommen. Ich glaube, jetzt ist es ganz klar.

Kiesinger: Wir können jetzt zum Abschluß kommen, daß wir uns einigen auf den Vorschlag von Herrn Dr. Stoltenberg, der ergänzt worden ist durch den Vorschlag, daß die Kultusminister Herrn Leussink mitteilen, daß die nächste Sitzung nicht abschließenden Charakter hat, weil die Kabinette beraten können müssen. Sind wir uns darüber einig? – Das ist so beschlossen. – Jetzt, Bremen, vielleicht können Sie kurz berichten, Herr Kollege Kohl!

Universität Bremen

Kohl: Im wesentlichen habe ich das, was zu berichten ist, vorhin schon gesagt. Das ist eine grundsätzliche Entscheidung, die in Bremen zu treffen ist. Und ich sehe auch die Problematik, daß zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik ein solches Abkommen an dieser Stelle platzt und daß wahrscheinlich die Bremer Universität dann unterstützt wird von einigen Bundesländern und daß möglicherweise die CDU/CSU-Länder dabei ausscheren, wobei ich noch einmal sagen muß, das ist der optische Eindruck. Beim tatsächlichen Bezahlen ist es ja ohnedies so, daß die Länder sehr unterschiedlich sind je nach der Universitätsbelastung, die sie bereits haben. Ich bin der Meinung, daß angesichts der Gesamtentwicklung, die eingetreten ist und auch sonst an anderen Universitäten jetzt läuft, wir unmöglich in Bremen nach dem jetzigen Sachstand der Unterrichtung zustimmen können und gleichzeitig sagen, wir wollen etwa beim Hochschulrahmengesetz bestimmte Voraussetzungen schaffen, um den Einspruch des Staates zu sichern. Der Bremer Senat oder gar die Bremer Universität haben uns bisher nichts zur Entlastung gegeben. Wir sind bei uns in Rheinland-Pfalz entschlossen, diesen Weg zu gehen. Und da das ein Einstimmigkeitsprinzip ist, ist das in diese Richtung gekommen. Ich sage nur noch einmal, ich würde warnen davor, die Sache zu nahe an die Bürgerschaftswahl in Bremen zu rücken, weil sonst der Eindruck einer reinen Wahlmanipulation oder Wahlhilfe für die Bremer CDU entsteht, was natürlich der Fall ist, aber jetzt entsteht der Eindruck so noch nicht. Ich sehe keine Lösung, wie wir aus der Sache herauskommen, denn die Pluralismuskonversation, die etwa der Universitätspräsident in Bremen⁴⁷ jetzt führt, ist abenteuerlich. Der ist ja auch

47 Dr. Thomas von der Vring (geb. 1937), Hochschullehrer; 1957–1963 Studium der Geschichte, Soziologie und Volkswirtschaft, 1963 Promotion, 1968 Habilitation, 1968–1970 Universitätsdozent Hannover, 1970–1974 Gründungsrektor der Universität Bremen, 1972–1979 und 1994–2001 Professor für Politische Ökonomie an der Universität Bremen, 1979–1994 MdEP (SPD). – Von der Vring forderte alle Beteiligten auf, ihre Standpunkte in der Sitzung des Gründungssenats am 4./5. Juli 1971 darzulegen, vgl. „Weser-Kurier“ vom 29. Juni 1971 „FDP verlangt eine Sondersitzung“. Vgl. auch „Rheinische Post“ vom 3. April 1971 „Bre-

nicht grün. Wenn er noch wenigstens rot wäre, aber der zelebriert jetzt den Pluralismus praktisch zwischen Spartakisten, Maoisten, also in einem linken Spektrum. Das andere existiert schon gar nicht mehr.

Filbinger: Ich würde noch eine zweite Verfahrensweise für nötig halten. Kollege Kohl hat richtigerweise schon darauf hingewiesen, wenn ein Land ausschert, ist das notwendige Prinzip der Einheitlichkeit nicht gewahrt. Dann klappt die Sache nicht. Ich hielte es auch für möglich, daß wir am 9. Juli diese Entscheidung vertagen mit Rücksicht darauf, daß man uns angeboten hat, durch eine Dokumentation über die wirklichen Verhältnisse an der Universität Bremen uns davon zu überzeugen, daß die Pluralität der Lehrmeinung eben doch gewährleistet ist. Wir haben bis heute das Dokument nicht in der Hand. Wir werden am Freitag genauso überfordert sein wie jetzt. Außerdem steht jetzt schon fest angesichts der manifesten Tatsachen, daß in diesem Dokument nichts sein kann, was uns überzeugen kann von der wirklichen Pluralität; das kann nur ein Interessenplädoyer sein, was uns der Senat von Bremen vorlegt. Wenn wir also sagen, wir sind überfordert, wir können eine abschließende Entscheidung jetzt nicht treffen, dann bleibt die Sache in der Schwebe zu Lasten des Senates. Und diese schwebende Frage würde nach einem Gespräch, das ich gestern mit Herrn Müller-Hermann gehabt habe, für die dortigen Freunde eine ausreichende Hilfe sein. Vielleicht freut er sich noch mehr, wenn Rheinland-Pfalz zusätzlich nein sagt. Das ist eine Sache, die könnte durchaus in verschiedener Weise beantwortet werden. Mir gegenüber erklärte er sich zufrieden und sagte, er werde Ihnen und den anderen Freunden noch einen Brief schreiben, in diesem Sinne zu verfahren.

Kohl: Sein Brief aus der letzten Woche ist anders. Das ist ein eindringlicher Appell an uns alle, die Sache nicht zu machen.

Filbinger: Also ich glaube, wir brauchen das hier in diesem Kreise nicht bis zu Ende zu diskutieren, welche Haltung jedes einzelne Land hier einnimmt. Klar ist, daß sie den Segen nicht bekommen am Freitag. Und wie das dann weiterzuführen ist, ob man Herrn Koschnick anbietet, das bei der nächsten Sitzung erneut zu erläutern bis zur Überzeugung von uns, das könnte man ihm anheim stellen. Ich sehe hier eine gewisse Flexibilität. Ich sehe hier auch eine Möglichkeit, unseren Freunden in Bremen auf doppelte Weise entgegenzukommen, wenn die eine Hälfte jetzt schon Nein sagt und die andere sagt, wir wollen Bremen noch einmal eine Möglichkeit geben, uns zu überzeugen.

Kiesinger: Also ich muß offen sagen, Herr Dr. Filbinger, sehr behaglich ist mir bei diesem Vorschlag nicht zumute. Es geht in Bremen – das wissen wir alle – um ein Universitätsmodell, von dem ich jetzt schon überzeugt bin, daß wir es einfach nicht akzeptieren können. Wenn man die Geschichte dieser Universitätsgründung, die ursprünglichen Vorstellungen und was jetzt daraus geworden ist, kennt, dann hat sich hier die Geschäftsgrundlage derart radikal geändert, daß ein Auseinanderfallen der CDU-Länder in dieser Frage sich sehr schlecht machen würde, denn die ganze Sache hat ja

men und der Marxismus“; „Rheinischer Merkur“ vom 23. April 1971 „Kaderschmiede sucht Gesellen“; FAZ vom 1. Juli 1971 „In Bremen soll auch die Mathematik marxistisch sein“.

auch Auswirkungen und Bedeutung für die gesamte Frage der Situation unserer Hochschulen. Auf der einen Seite, das radikalste Experiment – von Berlin abgesehen – nicht entschieden zu bekämpfen und zugleich zu wissen, wie schlimm es an unseren Hochschulen, vor allem an einigen, aussieht, also ich würde davor warnen, daß wir hier auseinanderlaufen. Ich glaube nicht, daß unseren Freunden in Bremen damit geholfen wäre. Ich würde auch davor warnen, die Frage mit anderen Komplexen zu verbinden, so nach dem Motto, wir werden nicht dagegen sein, wenn ihr dafür auf dem und dem Gebiet in Bremen entgegenkommt. Ich halte das für eine so prinzipiell wichtige Frage, daß ich sehr an die Ministerpräsidenten appellieren möchte, in dieser Frage eine einheitliche Position zu beziehen. Ich weiß nicht, wie Sie es machen wollen, ob Sie auch hier so verfahren wollen wie bei der Bildungsplanung, oder ob Sie gleich von vornherein auseinandergehen. Das macht aber einen schlechten Eindruck.

Kohl: Ich sehe die Sache auch aus einer konkreten Situation bei uns. Ich habe das heute früh im Präsidium vorgetragen. Wir erleben in diesem Spätherbst noch einmal eine Konfrontation mit den Linken, und zwar nicht in der üblichen Form, wie wir es vor ein paar Jahren hatten an den Universitäten, denn jetzt kommen praktisch die Feinheiten heraus, etwa im Bereich der Genehmigung von Stipendien usw., auch aufgrund der jetzt laufenden Bundesgesetzgebung.⁴⁸ Wir haben einzelne Fakultäten, in der jetzt die Ultralinken die ganzen Stipendiaten-Ausschüsse besetzt haben und praktisch die eigenen Revolutionäre mit staatlichen Stipendien versehen. Sie beschließen das mit der Majorität der jeweiligen Ausschüsse. Das führt zu der Konsequenz, wer sich nicht zum Spartakus bekennt oder dort nahestehend ist, bekommt kein Geld. Das heißt also ganz konkret, wir finanzieren die Leute, die uns auch den Kopf schieß hauen. Man kann natürlich das eine nicht trennen von dem anderen. Ich bin mir über die Konsequenzen bei uns im klaren. Wenn wir heute diese Sache namens Rheinland-Pfalz vortragen, haben wir übermorgen im Landtag eine frontale Debatte, und da werden die in Scharen vor dem Landtag aufziehen und brüllen wie die Löwen. Angesichts auch der anderen Probleme, die wir heute früh besprochen haben im Bereich der Polizei, im Bereich der staatlichen Ordnung und Sicherheit, was in der letzten Ministerpräsidentenkonferenz ja eine große Rolle gespielt hat, glaube ich, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo wir an allen denkbaren Stellen zu erkennen geben müssen, jetzt ist die Grenze erreicht und über die Grenze sind wir nicht bereit hinauszugehen. Ich bin mir im klaren darüber, daß das voller Probleme steckt, vor allen Dingen, wenn es ums Geld geht.

Herr Leussink macht doch jetzt schon Unterschiede. Sie haben das Beispiel in Baden-Württemberg. Bei der Auswahl der Projekte, die in die Finanzierung hineinkommen, hat man den zwingenden Eindruck, daß da mit zweierlei Maß gemessen wird. Die, die im Sinne dieser Regierung sind, werden besser bedient und die, die gegen sind, werden bei bestimmten Projekten weniger berücksichtigt. Und aus diesem Grund

⁴⁸ Bundesausbildungsförderungsgesetz (BT-Drs. VI/1975), nach Beratung und Überweisung in den Vermittlungsausschuß Verabschiedung 19. Juli 1971, vgl. Sten.Ber. 6. WP 133. Sitzung S. 7750 f. Gesetz vom 26. August 1971, BGBl. I S. 1409.

glaube ich, muß man die Sache aufnehmen. Für mich war es recht eindrucksvoll, daß nach einer Verabschiedung im Garten vom Kanzleramt – zwei Tage vor seinem Rücktritt – der Kollege Weichmann⁴⁹ mich auf die Seite genommen hat und beschworen hat, in dieser Sache meine Haltung, die er ja kannte, nicht aufzugeben, obwohl er zwar wisse, daß sein Nachfolger in Hamburg die Finanzierung betreiben würde. Er sei sehr froh, daß er in diese Problematik nicht mehr hineinkäme, weil er ja wisse, daß das Wahnsinn sei, was dort jetzt betrieben wird. Wenn Bremen das Modellbeispiel wäre in der Bundesrepublik, dann könnte man darüber reden, ob sich ein solches Land womöglich eine solche Narretei leisten könne. Aber das ist ja eine Initialzündung. Was in Bremen jetzt läuft, haben wir dann in Heidelberg, in Frankfurt, in Berlin, und das kommt noch an mehreren Orten.

Was die jetzt betreiben, ist eine gezielte Aktion, was man bei Studenten gar nicht verhindern kann. Die brauchen ja nur fortzugehen und sich woanders immatrikulieren. Eine Universität, die jetzt noch ruhig ist, können Sie in ganz kurzer Zeit mit 30, 40 entschlossenen Leuten, da die anderen ja ganz unentschlossen sind, umfunktionieren. Das ist nicht mehr ein Aufruf, wo viele auf der Straße herumlaufen, sondern das ist der gezielte lange Marsch durch die Institutionen, der jetzt stattfindet. Und das ist für mich der Punkt. Wir haben auch sehr intensive Interessen an diesem Vorgang, da mache ich gar keinen Hehl draus. Aber ich sehe das Problem für mich darin, auf der einen Seite ob wir ein paar Millionen kriegen oder nicht, aber auf der anderen Seite, wenn wir da jetzt zustimmen, Präzedenzfälle im eigenen Land bekommen.

Kiesinger: Herr Hasselmann, Sie hatten sich zu Wort gemeldet!

Hasselmann: Ja, nach dem Scheitern der kritischen Universität in Berlin kann aus unserer Sicht nur gesagt werden, daß der Kern der Professorschenschaft nach Bremen in Marsch gesetzt ist, um eine Parteihochschule, im wahrsten Sinne des Wortes, ins Leben zu rufen. (*Unruhe und Diskussion.*) Ihr Nein, Herr Dr. Kohl, würde nicht nur in Bremen, sondern auch in Niedersachsen und Hamburg mit sehr viel Beifall aufgenommen werden, gar kein Zweifel, wenn Sie sich einigen könnten, auf erstens die zeitliche Verschiebung bezüglich der Entscheidung, zweitens alsbald mit einem klaren Nein aufzuwarten. Und hier, Herr Dr. Filbinger, wäre es auch gut, wenn die in Opposition stehenden Fraktionen um Bremen herum, aber auch in der Bundesrepublik selbst, dazu ihr Votum mitabgeben könnten. Weil wir das selbstverständlich aus verschiedenen Perspektiven sehen. (*Kohl:* Das war einstimmig, die Fraktionsvorsitzenden!) Ja, die Fraktionsvorsitzenden haben aber einige Bedingungen gestellt, Herr Dr. Kohl, Ihr Kultusminister⁵⁰ war da, wenn diese erfüllt wären, dann könnte man darüber reden. Da das nicht erfüllbar ist, sagen wir nein. Weil die Personalauswahl nach wie vor unverändert ist, können wir nur zum Nein raten. So sehen wir die Dinge aus der hannoverschen Perspektive, und wir sind uns da einig mit den Bremer Freunden.

Lorenz: Ich möchte nur auch aus Berliner Kenntnis sagen, daß wir gerade auf die-

49 Dr. Herbert Weichmann (1896–1983), Jurist, Professor; 1965–1971 Regierender Bürgermeister der Hansestadt Hamburg (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 836 Anm. 63.

50 Bernhard Vogel.

sem Gebiet nicht davor zurückschrecken dürfen, gegebenenfalls die absolute Konfrontation zu suchen. Nach meiner Auffassung kann man das gar nicht ernst genug nehmen. Ich kann also alles bestätigen, was hier gesagt wurde, über den langen Marsch durch die Institutionen. Ich halte das sogar für einen sehr kurzen Marsch, den die Linken angetreten haben mit Hilfe von Staatsgeldern. Es ist ja so, daß bei uns im ganzen Bereich, z. B. an der Pädagogischen Hochschule, kein Mensch mehr ein Bein auf die Erde kriegt, der sich nicht von vornherein zum marxistisch-leninistischen Wissenschaftsbegriff bekennt. Das ist die Voraussetzung, daß man als Student für voll genommen wird. Die werden dann, entsprechend doktriniert, losgelassen auf die Schüler der Grundschule. Was dabei herauskommt, kann man sich ja ungefähr vorstellen. Wir müssen nach meiner Auffassung alles tun, um sobald wie möglich die Öffentlichkeit aufzuklären. Dabei würden wir auch gleichzeitig eine ganze Reihe von Leuten mobilisieren bei dem heutigen Stand der Angelegenheit, die früher niemals mit uns gemeinsam bestimmte hochschulpolitische Thesen verfochten hätten. Es gibt inzwischen Leute, z. B. in Berlin, die sich früher zur sozialistischen Hochschulgruppe gerechnet haben am Otto-Suhr-Institut, und viele anderen, die jetzt ganz klar erklärt haben, nun könnten sie nicht mehr, sie hätten sich geirrt und wollten aus diesem Grunde von uns aufgesammelt werden. Es gibt übrigens auch im Bereich der Publizistik eine Reihe von Leuten, die alles andere als CDU-Leute sind, die diesen linken Konformismus einfach nicht mehr mitmachen können und bereit wären, mit uns gemeinsam diese Dinge zu betreiben. Und die Zeit ist jetzt gekommen. Wir sollten also am Beispiel Bremen ein Signal geben.

Dregger: Die Gründe sind dargelegt. Ich plädiere auch dafür, eine klare, entschlossene und geschlossene Haltung einzunehmen: Ablehnen. Und wir sollten vom Bundesvorstand eine entsprechende Empfehlung an die Ministerpräsidenten geben.

Kiesinger: Das ist ganz bestimmt nicht nur eine Sache der Länder. Das ist eine ganz prinzipielle Frage, und ich muß sagen, ich glaube, viele Leute würden die CDU überhaupt nicht mehr verstehen, wenn hier die Länder auseinanderfallen würden. Millionen hin, Millionen her – hier muß man unter Umständen auch verzichten können. Ich weiß, ich habe ja damals auf ganz anderer Geschäftsgrundlage diese Geschichte mitbetrieben. Aber wenn da nun ein Infektionsherd geschaffen werden soll, der das, was ohnehin überall an unseren Universitäten ausgebrütet wird, noch in einen Schnellstbrüter verwandelt, dann ist das wirklich Alarm ersten Ranges. Ich bin auch dafür, daß der Bundesvorstand diese Empfehlung gibt. Sind wir uns einig darüber? – Herr Filbinger fehlt, aber Herr Hahn ist da. – Also beschließen wir so: Empfehlung an unsere Ministerpräsidenten und natürlich auch an die Fraktionen in den Ländern, wo wir in der Opposition sind. – Dies ist so beschlossen.

DEBATTE ÜBER PRESSEKONFERENZ VON DR. HECK AM VORMITTAG
BETR. DR. BARZEL/DR. SCHRÖDER

Barzel: Darf ich zur Geschäftsordnung, Herr Vorsitzender, folgendes doch bitten aufzuklären: Ich bin angerufen worden aus Kreisen Bonner Journalisten, deshalb ist

hier ein bißchen Aktivität. In der Pressekonferenz soll der Herr Generalsekretär erklärt haben, es sei ein breiter Trend zu spüren für die Trennung beider Ämter. Es ist ganz klar, welche Presse dies bringen wird. Ich halte fest, daß diese Frage weder im Präsidium heute morgen noch jetzt im Bundesvorstand erörtert worden ist. Wenn es hier einen falschen Trend in der Presse geben sollte, dann hat natürlich diese Sitzung, die doch zu einer Beruhigung für die Ferienzeit führen sollte, genau das Gegenteil bewirkt. Ich möchte dies gerne hier freundschaftlich zum Ausdruck bringen. Wahrscheinlich ist es ein Mißverständnis, etwas anderes vermag ich nicht zu glauben, nach dem Gang der Verhandlungen hier.

Heck: Ich empfehle, Herr Weiskirch, daß Sie berichten; Sie waren dabei.

Weiskirch: Ich habe bereits gesagt, Herr Dr. Heck hat diese Äußerung im Zusammenhang mit Herrn Dr. Schröder getan, aber nicht als eine ...

Heck: Ich habe sogar ausdrücklich korrigiert, weil ich den Eindruck hatte, daß das in eine andere Richtung läuft. Ich bin gefragt worden, warum Herr Schröder, der doch seine Kandidatur angemeldet habe, nicht mehr kandidiere. Dann habe ich gesagt: Herr Schröder hat von vorneherein erklärt⁵¹, daß er für die Trennung der Ämter sei und daß er eigentlich nur vorsorglich eine Kandidatur angemeldet habe für den Fall, daß sich in der Partei der Trend in der Richtung entwickeln würde. Und ich habe dann erklärt, daß Herr Schröder offensichtlich den Eindruck habe, daß die Meinungsbildung in der Partei in die andere Richtung laufe.

Barzel: Es gibt dann also morgen eine Presse, die völlig klar macht, in diesem Vorstand ist eine Mehrheit gegen die Überlegung eines ... (*Heck:* Ich habe ausdrücklich erklärt, daß dies nicht die Meinung des Vorstands sei, das habe ich expressis verbis gesagt!) Da ich betroffen bin, darf ich die Sitzung verlassen. Ich habe den Punkt auf den Tisch gelegt, ich bitte um Schutz durch den Vorsitzenden.

Kiesinger: Augenblick mal, Herr Barzel! Herr Barzel, bleiben Sie hier!

Barzel: Nein, Sie sollen sich darüber unterhalten. (*Starke Unruhe.*)

Kiesinger: Nein, das müssen wir hier in Ihrer Gegenwart tun. Wie es Dr. Heck dargestellt hat, war es doch so, daß er diese Äußerung getan hat zur Interpretation der Haltung von Herrn Schröder. Daß er ausdrücklich gesagt hat, dies sei nicht die Meinung des Parteivorstands, deswegen kann man ihm also sicher nicht den Vorwurf machen, daß er das erklärt habe, was nun hier wieder hereinkommt. Wir wissen ja – ich weiß es durch schmerzliche Erfahrung – wie das dann immer gleich entstellt wird! Ich glaube also, wenn eine solche Meldung jetzt herauskommen sollte, dann muß schleunigst dafür gesorgt werden, daß das in Ordnung gebracht wird heute, und das kann ja in Ordnung gebracht werden. Es darf natürlich nicht in der Welt stehenbleiben, daß in diesem Gremium eine Frage behandelt worden sein soll, die gar nicht behandelt worden ist. Wir haben sie ja bewußt, (*Unruhe.*) nicht hier behandelt. Und das muß also mit einer klaren, wenn das falsch ist ...

51 Vgl. das Interview mit Schröder in „Augsburger Allgemeine“ vom 30. Juni 1971 „Überzeugender Spitzenkandidat und starke Mannschaft für 1973“ sowie mit dem „Weltbild“ vom 3. Juli 1971 „Schröder: Spitzenkandidat nicht ohne Regierungsteam“.

Heck: Ich muß noch mal sagen, ich habe mit Nachdruck gesagt, die Frage sei hier nicht erörtert worden. Ich habe mit Nachdruck gesagt, daß das nicht die Meinung des Vorstands ist, sondern ich habe erklärt, daß Herr Schröder offensichtlich der Meinung sei – und dafür habe ich Anlaß, das zu sagen, das habe ich auch nicht erfunden –, daß sich in der Partei die Dinge in der Richtung entwickeln.

Schröder: Also, ich würde gerne doch zwei Worte sagen bei diesem Stand der Dinge. Ich habe mit Herrn Heck nicht ein Wort gesprochen vor dieser Pressekonferenz und kenne die Fragen nicht, die dort angeschnitten worden sind. Mein Standpunkt ist folgender: Ganz klar, alle Befragungen, die es bisher gegeben hat, außerhalb der Partei, innerhalb der Partei, haben eine Vorliebe für die Trennung der Ämter, wenn man das „Ämter“ nennen kann, ergeben – das ist ganz klar. Auch ich meine, Herr Vorsitzender, gehört zu haben, daß Sie selbst auch in diese Richtung tendieren. (Unruhe und Diskussion.)

Kiesinger: Augenblick mal, meine persönliche Meinung zu dieser Frage habe ich im Parteipräsidium gesagt! Ich wollte zu einer Beruhigung beitragen und habe vermieden, darauf zu insistieren, daß wir diese prinzipielle Frage gerade heute im Parteivorstand erörtern.

Stoltenberg: Also, ich möchte folgendes vorschlagen, ohne jetzt in eine kritische Betrachtung von Äußerungen einzugehen – auch vom Kollegen Heck und anderen –, die wir nicht kennen. Wir kennen sie, wie der Kollege Heck sie wiedergegeben hat, und ich unterstelle, daß er sie völlig richtig wiedergegeben hat. Ohne in eine kritische Betrachtung einzutreten, halte ich es für notwendig, daß Herr Weiskirch die Journalisten oder die Agenturen, die sich dafür interessieren, anruft und sagt, es sei ganz offenbar hier und da ein Mißverständnis entstanden, es wird noch einmal ganz eindeutig festgestellt, daß diese Frage „Personalunion ja oder nein“ heute hier nicht behandelt sei, weil über die wenigen Dinge, die anstünden, Einvernehmen bestanden habe und wir uns ausführlich mit Sachfragen der Innenpolitik befaßt haben.

Katzer: Ich habe am Samstag, Sonntag wieder eine Sitzung der Sozialausschüsse gehabt und habe einen Eiertanz gemacht, um zur Beruhigung beizutragen und jetzt kommt so eine Geschichte. Ich bin der Meinung, daß wir nicht jetzt erforschen, wer ist interessiert an einer Gegendarstellung, sondern ich bin der Meinung, daß dieser Vorstand hier feststellt, daß weder im Präsidium noch hier diese Frage überhaupt erörtert worden ist, daß jede andere Aussage gegenstandslos ist. Das soll eine Feststellung des Vorstands sein, die soll allgemein in die Presse gegeben werden. (Unruhe.)

Kiesinger: Ja gut, das entspricht genau dem, was Dr. Heck gesagt hat. Die grundsätzliche Diskussion wird natürlich in der Partei weitergehen, das ist ganz selbstverständlich. Das können wir gar nicht verhindern. (Unruhe.) Ich habe zwar im Vorstand diese Frage angerührt, weil sie ja im Raum steht, wie man so schön sagt, aber ich habe mich eigentlich gefreut, daß dies nicht zum Gegenstand einer vielleicht sehr langen und sehr schwierigen Aussprache wurde, die dann nur draußen beunruhigt hätte. Also, wir werden feststellen – und da haben wir auch keinen Gegensatz zwischen der Aussage des Generalsekretärs und des Vorstands –, wie es Katzer eben gesagt hat, daß

diese Frage ... (*Zwischenruf*: Ich muß schon sagen, das kann eigentlich nur böswillig sein. – *Unruhe*.)

Heck: Ich habe doch eingehakt und habe gesagt, ich habe den Eindruck, hier ist etwas mißverstanden worden. Ich erkläre noch einmal ausdrücklich, das ist im Vorstand nicht besprochen worden und nicht die Meinung des Vorstands.

Kiesinger: Es gibt hier also keinen Gegensatz? Wir können das so machen, wie Katter es vorgeschlagen hat. Und im übrigen wird diese grundsätzliche Frage die Partei weiter beschäftigen, das ist doch selbstverständlich. – Jetzt haben wir den nächsten Tagesordnungspunkt:

FINANZLAGE DER PARTEI

Ich kann es kurz so zusammenfassen, daß wenn das nun erfüllt wird, was uns erneut zugesagt worden ist von den Betroffenen, das darauf hinauslaufen würde, daß die Partei bis 1973, die Finanzierung der Geschäftsstelle gesichert wäre und daß die Partei, die ja 11 Mio. DM Schulden hat, bis zur Bundestagswahl entschuldet wäre. Das würde dann bedeuten allerdings, daß wir vor der Bundestagswahl ohne Mittel für den Bundestagswahlkampf wären und wir uns darauf verlassen müßten, im Wege einer Vorfinanzierung der Erstattung, die dann in Aussicht stünde, den Bundestagswahlkampf zu finanzieren, was bedeuten würde, daß wir wahrscheinlich nicht die Summe aufbringen werden, die notwendig wäre, diesen Bundestagswahlkampf gegen eine Regierung zu führen, die ohnehin aus eigenen Mitteln sehr viel stärker ist als wir und dazu noch den ganzen Apparat staatlicher Mittel einsetzen kann. Das ist im Augenblick die Situation. Die Sonderaktion mit der Zehn-Mark-Umlage läuft.⁵² Damit brauchen wir uns heute nicht zu beschäftigen. Mehr ins Detail möchte ich heute eigentlich nicht gehen, es sei denn, daß der Herr Schatzmeister von sich aus noch etwas sagen möchte, oder daß noch Fragen da wären, die wir beantworten könnten.

Das ist also kurz zusammengefaßt das Ergebnis der letzten Besprechung, wobei ich hinzufügen muß, daß eine gewissen Skepsis am Platze ist gegenüber den Zusagen, denn Sie erinnern sich, ich hatte im letzten Jahr das ganze Gremium beisammen⁵³, das uns bei der Bundestagswahl eine sehr erhebliche finanzielle Hilfe zugesagt hatte, die dann ausblieb. Dort wurde fest versprochen, daß wir diese Mittel bekommen würden. Das ist allerdings nicht geschehen. Jetzt ist jedoch ein erneutes Versprechen gegeben worden. Schwierigkeiten bestehen noch in der Frage des Zeitpunkts der Auszahlung.

Schmücker: Ich lege nur noch Wert auf die Feststellung, daß wir uns nicht verlassen dürfen auf die ausschließliche Finanzierung in der herkömmlichen Art, sondern daß

52 Der Bundesausschuß hatte am 10. Mai 1971 u. a. beschlossen, daß die Landesverbände 1971 einen Sonderbeitrag von 10 DM pro Mitglied an die Bundespartei abführen sollten (Protokoll in ACDP 07–001–606).

53 Vgl. Nr. 14 Anm. 9.

wir neue Einrichtungen schaffen und Vorschläge darüber ausarbeiten müssen. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß wir schon jetzt in den letzten drei Monaten 3 Mio. Mark außerhalb dieser herkömmlichen Art gesammelt haben. Allerdings sind die nicht nur in die Bundespartei geflossen, sondern fast mehr in die Landesparteien.

Kiesinger: Können wir es nun bei diesem Zwischenbericht belassen, meine Damen und Herren? Gut, dann schließen wir diesen Punkt ab und gehen zum Punkt

DEUTSCHE UNION

Die Angelegenheit hat natürlich einige Aufregung verursacht in der Partei und dies mit gutem Grund. Sie wissen, es hat eine reichlich improvisierte Besprechung stattgefunden, aus welcher jedenfalls einige der Herren, die jetzt die Deutsche Union gegründet haben, den Eindruck gewonnen hatten, daß es zu einem Huckepack-System kommen werde, d. h. daß man ihnen drei Wahlkreise werde überlassen können, um – verständliches Anliegen – gewisse Stimmen, die sonst eben untergehen würden bei der Bundestagswahl, dann schließlich doch zu gewinnen. Das Ergebnis seitdem scheint dieses zu sein – wie es in Bayern ist, weiß ich nicht. Ich habe an Herrn Strauß im Auftrage des Präsidiums einen Brief geschrieben⁵⁴ und ihn gebeten, innerhalb der nächsten 14 Tage darüber mit dem Präsidium der CDU zu sprechen – ein entsprechendes Gremium der CSU. Strauß scheint sich da sehr weitgehend festgelegt zu haben. Ich persönlich bezweifle, daß er allein imstande sein wird, in Bayern der Deutschen Union drei Wahlkreise zu sichern. Und inzwischen scheint es sich herausgestellt zu haben, daß auch niemand sonst diesen zweiten oder diesen dritten Wahlkreis zusagen möchte. Ich würde allerdings dazu sehr gerne aus dem Munde der Herren, die bei dieser Besprechung dabei gewesen sind, noch etwas hören. Präsidium⁵⁵ und Vorstand haben in der Frage der Deutschen Union ganz klare Beschlüsse gefaßt, die darauf hinauslaufen, daß die CDU ohne Wahlabsprachen in den Bundestagswahlkampf gehen wird und daß auch keine Wahlabsprache bei dieser Gelegenheit getroffen wird, was ja auch gar nicht hätte geschehen können. Dies ist die bisherige Haltung gewesen, dabei bleibt es.

Ich bin angesprochen worden auf irgendeine Bemerkung, die ich angeblich – wieder eine der Presseverzerrungen – in Essen gemacht haben soll.⁵⁶ Da bin ich gefragt worden: Nun ist diese Partei da, was nun? Ich habe gesagt, wir werden keinen Krieg anfangen jetzt. Wir werden mal sehen, wie die Partei sich entwickelt, wie sie sich programmatisch entwickelt und dann unser Verhältnis zu ihr klären. Ich habe aber gleichzeitig darauf hingewiesen, daß von einem Huckepack-System überhaupt keine

54 Laut Protokoll der Präsidiumssitzung vom 5. Juli 1971 (ACDP 07–001–1406) hatte Kiesinger an Strauß geschrieben und um ein Gespräch wegen der Deutschen Union innerhalb der nächsten zwei Wochen gebeten. Der Brief findet sich weder im NL Strauß noch in den Unterlagen der CSU-Landesgruppe.

55 Vgl. Protokoll der Präsidiumssitzung vom 5. Juli 1971 in ACDP 07–001–1404.

56 Vgl. „Kölnische Rundschau“ vom 23. Juni 1971 „Kooperation mit DU möglich“; „Frankfurter Rundschau“ vom 24. Juni 1971 „Streit in der Union über Zusammenarbeit mit der DU“.

Rede sein kann. Wir müssen ja die Frage so behandeln, daß wir gewissen Leuten den Rückweg offenhalten. Es hat ja gar keinen Zweck, jetzt einen sinnlosen Krieg anzufangen, sondern wir müssen aus der Sache das Beste machen. Also das ist meine ganze Bemerkung gewesen, und ich bin auch nie nur einen Punkt von den Beschlüssen des Vorstands und des Präsidiums abgegangen. Sie wissen ja, wie solche Meldungen zustandekommen.

Die interessante Frage wäre nun zu hören, ob da noch irgendwelche Absichten in den einzelnen Landesverbänden bestehen, etwa zusammen mit der CSU hier dieser Partei einen Wahlkreis zur Verfügung zu stellen. Ich brauche jetzt nicht im einzelnen auf die Landtagswahlkämpfe, die hinter uns liegen, hinzuweisen. Es ist uns gelungen, Kräfte von rechts, aber nicht Rechtsradikale, an uns zu binden. Die CDU ist also Manns genug, dieses Problem für sich zu lösen. Und dabei sollte es bleiben. Also ich würde schon vorschlagen, daß wir hier im Vorstand heute zu einer klaren Einigung darüber kommen, daß es dabei bleibt, daß die CDU ohne Wahlabsprache mit irgend jemand in den Bundestagswahlkampf gehen wird.

Dregger: Ich kann nur folgendes berichten. Ich war am 3. Mai bei Herrn Bahner⁵⁷ auf eine persönliche Einladung hin mit anderen CDU-Politikern, Herrn Hasselmann, Herrn Köppler und Herrn Strauß. Ich bin hingeflogen in der Erwartung, es würde über die Frage gesprochen, ob eine DU gegründet werden sollte oder nicht. Ich habe mich insofern getäuscht, als mir mitgeteilt wurde, sie würde gegründet. Man hat dann versucht, uns klarzumachen, warum das zweckmäßig sei und hat folgende Gründe genannt:

Es kommt darauf an, diese Regierung zu stürzen. Das kann eine Frage von ein paar Prozent sein. Wenn die DU auch nur 2 oder 3 % in die gemeinsame Masse hineinbringen würde, als die CDU es alleine fertigbrächte, dann könnte das den Erfolg bringen. Und dann wurde gesagt, es gibt verschiedene Wähler, die die CDU nicht wählen werden. Das sind erstens solche, die keine christliche Partei wählen. Das sind zweitens solche, die sich über ihre Vorsitzenden geärgert haben. Und das sind schließlich solche, denen der Spannungsbogen zu groß ist bei der CDU, und die eine klarere Partei gewählt haben wollen. Wir stellen uns vor, daß wir vielleicht 2 bis 3 % des Wählerpotentials zusätzlich aktivieren können.

Ich habe erklärt, daß ich das ablehnen würde, daß wir auch von Hessen aus keinen Wahlkreis zur Verfügung stellen würden, und ich sei überzeugt, daß es nicht gelingen werde, zusätzliches Wählerpotential zu aktivieren, weil die große Konfrontation zwischen der CDU/CSU auf der einen Seite und den Sozialisten auf der anderen Seite so klar in das allgemeine Bewußtsein eingedrungen sei, daß solche Rücksichtnahmen – keine christliche Partei und ähnliches –, die früher vielleicht mal eine Rolle gespielt haben mögen, jetzt wahrscheinlich nicht mehr auftreten. Im übrigen komme dieser neuzugründenden Partei nicht das zugute, was der FDP zugute kommt, nämlich eine

57 Dietrich Bahner (1913–1987), Fabrikant; 1946 FDP, 1956 Bezirksvorsitzender in Schwaben, 1967–1971 Landesvorsitzender der FDP Bayern, 1971 Mitgründer der Deutschen Union, 1975 Mitgründer der „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei“ (1977 Austritt).

gewisse Treue zur alten Partei, weil die DU als neue Partei keine traditionellen Gefühle hat, im Gegenteil. Man wird möglicherweise eher bereit sein, von der FDP zur CDU zu gehen, als zu einer neuen Partei, die abgesplittert ist von der alten. In dieser Frage haben sich die Meinungen nicht nähern können. Herr Strauß hat sehr deutlich die Notwendigkeit der Deutschen Union zum Ausdruck gebracht und auch die Bereitschaft, ihr einen Sitz anzubieten in Bayern, von mehr hat er nicht gesprochen. Ich halte Ihre Stellungnahmen, Herr Vorsitzender, für richtig. Wir sollten die Leute nicht als Person ablehnen, und wir sollten auch ihr Ziel nicht ablehnen. Als Person deshalb nicht, es sind Leute dabei, die in der FDP als einer demokratischen Partei sehr lange eine hervorragende Rolle gespielt haben. Und ich würde es für falsch halten, solche Leute dann zu verteufeln, wenn sie zu uns zu kommen bereit sind. Das hat auch unser Verhalten damals zu Herrn Mende⁵⁸ bestimmt, der jetzt in Hessen sehr fleißig an der Basis mitgewirkt hat für die CDU. Das ist meine allgemeine Überlegung. Wir sollten Verbündete nicht vor den Kopf stoßen. Eine andere Frage ist, ob wir auf ihre Methoden eingehen. Ich habe das in dieser Besprechung entschieden abgelehnt. Ich hatte es vorher schon mal in Hessen abgelehnt. Ich würde es auch in Zukunft tun, weil ich es für falsch halten würde. Aber eine andere Frage ist, wie wir uns taktisch zu diesen Leuten verhalten.

Hasselmann: Ich habe anders votiert. Ich glaube, man sollte hier im Bundesvorstand sehr offen über die Frage diskutieren. Deswegen ist das keine Streiffrage zwischen Herrn Dr. Dregger und mir, weil wir beide und auch Herr Köppler mit der Absicht hingefahren sind, um die Gründung zu verhindern. Als das kategorisch als nicht mehr möglich hingestellt wurde und wir uns die Argumente, die hierzu vorgetragen wurden, angehört haben, bin ich vorsichtiger geworden, einfach weil das regional unterschiedlich gesehen werden muß. In Hessen sind die Verhältnisse auch nach dem Wahlausgang⁵⁹ anders als bei uns in Niedersachsen. Und ich muß hinzufügen, daß bei einer Personalentscheidung für die Bundespartei es noch einmal in Niedersachsen aufgrund der Strukturen eine zusätzliche Belastung gibt, die ich auffangen muß. Es wäre falsch, das zu verschweigen. Deshalb ist die Tür nicht zugeschlagen ohne eine bindende Zusage, weil drei Dinge erforderlich sind: Erstens die Abstimmung mit der Bundespartei, zweitens das Verhalten der Deutschen Union bei Kommunal- und Landtagswahlen, nachdem Listenverbindungen durch Mehrheit im Landtag nicht mehr möglich sind, drittens ist die Bundespartei zweimal an unseren Landesverband herangetreten in dem vergangenen Jahrzehnt und hat um Hilfe gebeten aufgrund von einer Lage, die sich einfach ergab am Vorabend notwendig zu gewinnender Wahlen.

Wenn wir jetzt von vornherein in Niedersachsen aufgrund der Struktur und auch meiner persönlichen Meinung alle Türen zuknallen und die Bundespartei wirklich ein letztes Prozent braucht und sich überlegt, daß das überragende Ziel die absolute Ablösung der sozial-liberalen Regierung ist, dann möchte ich aktionsfähig bleiben im

58 Dr. Erich Mende (1916–1998), Jurist; 1949–1980 MdB (FDP, ab 9. Oktober 1970 CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 17 Anm. 42.

59 Wahlen am 8. November 1970 (vgl. Nr. 2 Anm. 18).

Interesse dieses Ziels. Und ich darf sagen, daß Herr Adenauer bei uns sagte: „Die DP muß bei Euch abgesichert werden für den Landtag, für den Bundestag.“ Das haben wir gemacht mit Frau Kalinke⁶⁰, Sie wissen, wie das gelaufen ist.

Und dann haben wir, weil die Vertriebenen eine ganz große Rolle spielten, Herrn Rehs⁶¹ übernommen. Das ist nicht so gut gelaufen. Wegen früherer ähnlicher Erfahrungen in unserem Land halte ich es nicht für falsch, wenn sich die Bundespartei bei einer sauberen Analyse der Gegnerlage überlegt, ob sie dieses notwendige letzte Prozent bekommt. Und wenn das zu unseren Überlegungen führt, daß das dann nicht von Franz Josef Strauß und der CSU alleine kommen muß, bringt das eine schwierige Situation mit sich. Und, Herr Dr. Dregger, wir dürfen ja nicht verheimlichen, daß auch, neben den Möglichkeiten, über Huckepack voranzukommen, die Gesprächspartner von uns sehr wohl den Weg, den Dr. Röder im Saarland uns tags zuvor mitgeteilt hat, nämlich den Weg der Saarländischen Volkspartei⁶² zu gehen, mit in die Diskussion einordnen müssen. Er hat uns damals empfohlen, und das ist sowohl von Zoglmann als auch von Bahner nicht abgelehnt worden, daß sich eine Situation ergeben kann, ein Jahr oder anderthalb Jahre vorher, wenn was sich überhaupt tut. Deshalb meine ich auch, daß wir insgesamt stillschweigen müßten, gar nicht wieder aufwerten, gar nicht drüber reden, beobachten, wer findet sich da überhaupt, ist da überhaupt einer? Wenn ich das mal vorwegnehmen darf, in Niedersachsen sind die Anhänger des aus der CDU ausgetretenen Herrn Kostorz⁶³, der aus der Schlesiervereinigung kommt, und des Herrn Homeier⁶⁴ keineswegs geeignet, eine Sammlung – deswegen kann ich viel freier über die Dinge reden – zu vollziehen. Die werden bei 300 Mitgliedern bleiben, ich habe gar keine Sorge, daß das bei uns etwas wird.

Aber wissen wir, was in anderen Regionen unseres Landes passieren kann? Einstweilen kann ich nur beobachten, Gespräche im Lande sind nicht geführt, auch ist eine

60 Margot Kalinke (1909–1981), leitende Angestellte; 1939–1946 Bezirksgeschäftsführerin einer Angestelltenkrankenkasse, 1946 DP, 1947–1949 MdL Niedersachsen, 1949–1981 Bundesvorsitzende des Verbandes Weiblicher Angestellter, 1949–1953 und 1955–1972 MdB (DP, ab 20. September 1960 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion).

61 Reinhold Rehs (1901–1971), Rechtsanwalt; 1953–1969 MdB (SPD, ab 13. Mai 1969 CDU), 1967–1970 Präsident des BdV. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 479 Anm. 78. – Das SPD-Mitglied Reinhold Rehs war am 13. Mai 1969 wegen der Ostpolitik Brandts zur CDU übergetreten und wurde unter Druck der CDU-Bundespartei für die Bundestagswahl im Wahlkreis 9 (Verden/Rotenburg/Osterholz-Scharmbeck) als Direktkandidat ohne Listenabsicherung aufgestellt. Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 3. Juli 1969 „Doch noch ein Bundestagsmandat für Rehs“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 23. September 1969 „Drei Minuspunkte nach dem Parteiwechsel“.

62 Nach der Fusion von CVP und CDU-Saar 1953 spaltete sich 1960 ein Teil der ehemaligen CVP-Mitglieder ab. Bei den Landtagswahlen 1960 erreichte die SVP sechs Mandate, 1965 noch zwei, 1970 erhielt sie nur noch 0,9 % der Stimmen.

63 Helmut Kostorz (1912–1986), Kaufmann; seit 1951 stv. Landesvorsitzender der Landmannschaft Oberschlesien, 1959–1967 MdL Niedersachsen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 562 Anm. 42.

64 Willi Homeier (geb. 1922), Hotelkaufmann; 1952–1956 Landesgeschäftsführer der Deutschen Jugend des Ostens, 1955–1970 MdL Niedersachsen (GB/BHE, ab 20. Mai 1963 FDP).

Bitte um Gespräche nicht herangetragen worden von dem Landesvorsitzenden. Aber, wenn die Überführung der DU in die Union möglich wird, aufgrund der gesamten Entwicklung vor den Wahlen, wissen wir ja gar nicht, ob wir tatsächlich diese Hand ausschlagen dürfen. Die Argumentation von Dr. Strauß und Herrn Dr. Dregger ging ja von den Tatsachen aus, daß die CDU eben 1 % zu wenig, die FDP 1 % zu viel oder die NPd 1 % zu wenig gehabt hat. Sie müssen das doch nüchtern auf den Tisch legen, wir dürfen uns doch selbst nichts vormachen. Daran ist doch die Sache 1969 gescheitert. Die Lage in unserem Land, Sie kennen diese Schwierigkeiten in Niedersachsen, zu einem großen Teil jedenfalls, verpflichtet nicht, die Türen offenzulassen ohne jede Bindung und Zusage, wenn sie nicht auf der Bundesebene meinen, sie müßten doch an uns herantreten und sagen: Die Lage hat sich so entwickelt, und wir wählen nicht nächsten Sonntag, sondern erst in zwei Jahren. Was könnt ihr aus der Lage denn noch machen? – Bei Herrn Dr. Stoltenberg wird es wahrscheinlich so sein, daß aufgrund des Wahlergebnisses nichts mehr notwendig ist. In Niedersachsen hat die NPd 3,6 % und die FDP 4,1 %.

Der letzte Gedanke, den ich nur der Vollständigkeit halber und zur Ergänzung, Herr Dr. Dregger, hinzufügen möchte, war: Ist die DU in bestimmten Bereichen noch aufgrund der aufgestellten Personen in der Lage, die FDP erneut zu schwächen? Ja oder Nein? Sie noch einmal zu halbieren? Oder nicht? Das ist die Frage. Ich glaube das nicht, bei den Abgrenzungen, die wir bei uns im Lande haben, daß das noch möglich ist. Aber das schlimme ist, daß Homeier und Kostorz zwei Vertriebenenpolitiker sind, einer ein ganz starker Mann in dem sehr starken Verband der Schlesier in Niedersachsen und der andere als hauptamtlicher Geschäftsführer des BdV mit einem funktionierenden Apparat, in Südhannover, in jedem Kreis. Ich muß also bei dem Versuch der Lagebeurteilung vielleicht vorsichtiger sein als Sie alle in Ihrem Heimatland. Und Sie haben die Presseerklärung⁶⁵ gesehen, ich nehme an, Herr Dr. Kiesinger, auch die Meldung⁶⁶, daß Sie sich für die Zusammenarbeit ausgesprochen haben. Ich habe sie mitgebracht (*Kiesinger*: Ich habe das gesagt, was ich eben sagte!). Wir sind uns in Niedersachsen mit der Presse darüber einig, daß wir keine Zusagen gemacht haben und keine machen werden, wenn nicht die Bundespartei mit uns in Übereinstimmung zu der Überlegung kommt, das sei notwendig. Darf ich noch eines sagen, Herr Dr. Dregger, wie war die Überlegung bezüglich der Möglichkeiten dieser Bundesregierung, am Wahlgesetz Änderungen vorzunehmen? Andere Ausrechnung der Erst- und Zweitstimmen, um immer wieder zu versuchen, uns in die Minderheit hineinzumanövrieren. Ich wollte das nur als Gedanken hier vorbringen. Zusagen – keine bindenden. Klare Bedingungen – die wichtigste davon Abstimmung mit der Bundespartei. Kommen Sie zu dem Ergebnis, daß wir alles auf eine Karte setzen können und dieses letzte fehlende Prozent bekommen, sind wir dabei, machen wir nichts. Kommen Sie zu einer anderen Überlegung, können Sie mit Niedersachsen heute noch nicht rechnen.

Kiesinger: Ja, das war eine lange Rede, Herr Hasselmann. Sie werden begreifen,

65 Vgl. dpa vom 22. Juni 1971.

66 Vgl. Anm. 56.

daß ich der Letzte bin, der sich Überlegungen verschließt, wie man 0,9 % retten kann, das ist klar. Ich halte nur das Kalkül für falsch. Also, noch einmal: Ich habe lediglich auf eine Frage „Wie werden Sie sich zu der gegründeten Partei stellen?“ gesagt: „Das hängt von ihrem Programm ab, von ihrem Verhalten ab.“ Das hat aber gar nichts damit zu tun, daß wir etwa mit dieser Partei Wahlabsprachen träfen, bei denen wir Bundestagswahlkreise zur Verfügung stellten. Das ist doch der einzige Weg, der uns zu dem Ziel bringen könnte, das Sie – und ich begreife Ihre landespolitische Situation sehr gut – im Auge haben. Daß dabei auch noch da und dort andere Überlegungen mitspielen, brauche ich ja wohl nicht besonders deutlich zu unterstreichen, das wissen wir ja schon seit langem.

Kraske: Es ist gut, daß man die Leute, die die DU wählen, nicht persönlich verteuflern soll, aber ich finde, daß das nicht sehr viel hergibt, denn das sollte man nach meiner Meinung nicht mal mit seinen politischen Gegnern tun, sondern man soll sie sachlich angreifen. Das Wort von den „Verbündeten“ trifft erst recht nicht zu, ich muß sagen, daß ich das, was Herr Hasselmann eben gesagt hat, in allem für falsch halte, was über Niedersachsen hinausgeht, obwohl er die Situation da zehnmal besser kennt als ich.

Ich finde zunächst mal, daß es nicht gerade dem Stil von Verbündeten entspricht, nachdem es 25 Jahre lang eine CDU gibt, eine DU zu gründen. Dies ist schon indirekt eine Kampfansage. So jedenfalls habe ich das empfunden. Ich finde darüber hinaus, daß alle historischen Ableitungen, wie sie eben Herr Hasselmann gemacht hat, die heutige Situation nicht mehr treffen. Die damalige Situation der 53er-Wahlen mit den DP-Kreisen entsprach einer Lage, in der die CDU noch eine Minderheitspartei war. Und dennoch konnte man sich schon damals überlegen bei der nachträglichen Wahlanalyse, ob das Ergebnis ohne solche Absprachen für die CDU ungünstiger gewesen wäre. Wie die heutige, das zeigt nach meiner Meinung sehr viel besser die Entwicklung etwa der FVP⁶⁷, oder in jüngerer Zeit die Entwicklung in dem Wahlkreis des Herrn Rehs, wo es nach meinem Eindruck eben nicht an seinem Alter liegt, oder daran, daß er zu kurz in der CDU war, sondern daran, daß die Wähler solche Manipulationen nicht mehr wollen. Es gibt vielleicht nicht mehr eine Wählergruppe, die die CDU heute ablehnt prinzipiell wegen des „C“. Das spielt heute nicht mehr so eine Rolle wie früher. Aber ich glaube, daß es einen gefährlich großen marginalen Prozentsatz von diesen 1 bis 3 % gibt, auf die es ankommt, denen es aber lieber ist, dieser Regierung, diesem Sozialismus, eine Alternative entgegensetzen zu können, ohne gezwungen zu sein, CDU zu wählen, die also lieber eine kleine garantierte rechte Partei – nicht radikal, nicht extrem – wählen, um damit etwas zu tun. Die Aufgabe des Wahlkampfes wird es sein, so wie in Schleswig-Holstein dieser Wählergruppe klarzumachen, daß ihre einzige Chance, diese Regierung zu stürzen, darin liegt, CDU zu wählen. Und damit komme ich zu dem letzten Punkt von Herrn Hasselmann. Je länger wir diese Frage offen-

67 Nach der Aufkündigung der Regierungskoalition mit der CDU und CSU durch die FDP im Februar 1956 traten 16 Mitglieder der FDP-Bundestagsfraktion aus der FDP aus und gründeten die Freie Volkspartei, die 1957 mit der DP fusionierte.

lassen, je länger wir sagen, wir wollen uns hier nichts verbauen, je länger wir bei manchen Leuten den Eindruck bestehen lassen, man könnte vielleicht doch mit der DU rechnen, desto mehr tragen wir dazu bei, für diese Leute ein psychologisches Fundament zu schaffen, was sie im letzten Augenblick dann womöglich wirklich gefährlich machen könnte. Ich meine daher, daß unser ganzes Sinnen und Trachten nur darauf abzielen kann, von heute an klarzumachen, daß dies eine Partei ist, die keinerlei Chancen hat, daß sie nur die Kräfte gegen diese Regierung zersplittert und daß die einzige Alternative zu der gegenwärtigen Regierung, zu einer absoluten Mehrheit gegen den Sozialismus, die CDU ist. Das sollte Grundlage auch schon für eine heutige Erklärung sein.

Stoltenberg: Ich möchte mich kurz fassen. Ich glaube, daß der Sachverhalt etwas komplexer ist als in der einen oder anderen Beleuchtung. Aber ich glaube auch, daß wir hier eine exakte Grundposition beziehen müssen. Die sollte davon ausgehen, daß wir als selbständige politische Kraft – CDU/CSU – in die Wahl eintreten wollen. Das sollte die öffentliche Darstellung unserer Partei sein, eine positive Aussage. Ich beziehe mich auf einige Ausführungen des Kollegen Barzel im Präsidium, die in dieser Richtung völlig richtig waren. Ich bin eigentlich auch der Meinung, daß es falsch ist, jetzt ständig öffentlich die DU anzugreifen und gegen sie zu polemisieren. Die eine oder andere Äußerung war psychologisch verständlich, aber wir sollten das unterlassen, weil wir sie damit nur interessant machen, denn auf der Landesverbandsebene rührt sich ja fast nichts, wenn man von dem Kreis der 200 in Niedersachsen einmal absieht. Bei uns niemand! Und wenn es gelingt – und wir glauben, daß wir da in einigen Wochen einige Meldungen aus unserem Land bekommen –, den Transfer aus der FDP von den Kräften in die CDU direkt fortzusetzen, ist das die wirkungsvollste Art. Ich glaube also, außer der positiven Feststellung, daß wir davon ausgehen, daß wir als selbständige politische Kraft ohne Wahlabsprachen in die Wahl gehen, und das sollte man, glaube ich, sagen, alles was darüber hinausgeht, sollten wir intern besprechen.

Für die Verbündeten ist es ein bißchen kompliziert. Sie sind nicht von vorneherein unsere Verbündeten, aber sicher ist es so, daß sie uns in einigen Konstellationen schon geholfen haben. Der Kreis der DU hat uns teilweise geholfen durch gewisse Kontakte, auch bei unserer Wahl. Das ist gar kein Zweifel. Da haben Leute aus dem Kreis der Bundes-DU, die heute diesen Kreis bilden aus der NLA⁶⁸, eine gewisse Wirkung auf andere ausgeübt. Das ist etwas differenzierter zu sehen. Und wir müssen ihnen auch, da bin ich mit dem Vorsitzenden völlig einig, soweit wir sie für integrierbar halten, den Weg zur CDU öffnen. Es wird den einen oder anderen geben, wo wir sagen, den können wir wirklich nicht nehmen, aber unter Anlegung großzügiger Maßstäbe sollten wir das offenhalten.

Es ist ja hier ein Problem CDU/CSU. Das ist die eigentliche Fragestellung. Und wir müssen die Diskussion mit der CSU fortsetzen. Die sehr offenen Berichte der Kollegen Dregger und Hasselmann über das Gespräch und auch die uns ja allen bekannten und hier auch noch mal bestätigten Überlegungen des Kollegen Strauß machen es not-

68 Nationalliberale Aktion, vgl. Anm. 12 sowie Nr. 7 Anm. 87 und Nr. 10 Anm. 10.

wendig, noch einmal miteinander darüber zu sprechen. Und hier liegt vielleicht die Möglichkeit, in diesem Gespräch mit der CSU die etwas delikate Frage nach der Stellung von Herrn Zoglmann zu entschärfen. Ich sage dies für diejenigen, die sich öffentlich dazu geäußert haben, gegen die Fortsetzung dieses Hospitantenverhältnisses.⁶⁹ Dafür gibt es Gründe, diese Meinung zu vertreten. Aber wir müssen aufpassen, daß dies nicht zu einer unnötigen und für uns schädlichen Belastung im Verhältnis der Unionsparteien wird. Und wir müssen in einem internen Gespräch mit der CSU hier eine Lösung finden, die verhindert, daß dies weit über die Bedeutung von Herrn Zoglmann hinaus zu einer Erschwerung der Kooperation führt. Aber dazu wird es sicher auch gut sein, wenn die CSU sich in der Lage sieht – und das sollten wir ihr auch sagen –, uns die eine oder andere Erklärung abzugeben. Ich sage dies ganz bewußt und in freundschaftlicher Gesinnung, wie ich das auch in einem Gespräch mit der CSU sagen würde. Ich weiß auch, daß das die Meinung des Vorsitzenden ist, nämlich die, daß man alle Schritte für 1973 nur gemeinsam tun wird, daß man nichts allein tun wird, weder die eine noch die andere Seite. Und das scheint mir ein wichtigerer Punkt zu sein, als daß wir jetzt eine öffentliche Kontroverse über die Frage von Herrn Zoglmann weiter fortsetzen, die ich nicht für nützlich halte.

Echternach: Ich möchte mich beziehen auf das, was Herr Dr. Stoltenberg gesagt hat. Ich halte es für gut, daß Herr Hasselmann dargestellt hat, daß es isolierte lokale Absprachen nicht gibt, sondern nur über die Bundespartei, und, falls sie Absprachen für richtig halten sollte, Absprachen auch dann nicht in Frage kommen könne, weil das die Partei in eine schwierige Lage bringt, da ein Bündnis mit einer solchen Partei uns nur schaden könnte, aus den Gründen, die Herr Kraske dargelegt hat. Auch deshalb, weil dieses Bündnis mit der DU uns automatisch weiter in die rechte Ecke abdrängen müßte und uns bei der Wahlkampfauseinandersetzung mit unseren Gegnern den Kampf unnötig erschweren würde. Deswegen bin ich auch für eine ganz klare Erklärung, daß für uns solche Bündnisse nicht in Frage kommen.

Ich habe dann noch eine Frage an Sie, Herr Dr. Kiesinger. Die Bundestagsfraktion hat jetzt dem Vorstand die Frage Zoglmann zugewiesen. Wann wird hier eine Meinungsbildung erfolgen?

Kiesinger: Wenn es dazu käme, daß wir einen Beschluß fassen, daß die CDU mit keiner Wahlkampfabsprache in den Bundestagswahlkampf geht, wäre die Frage eigentlich de facto erledigt. (*Barzel:* Dann kollabiert das Problem in sich.) Ich bin gegen eine Kriegserklärung. Ich würde mich auch in dieser rechten Ecke noch wohl fühlen, wenn wir dadurch die Mehrheit bekommen würden. Also, da würde ich mit unserem alten Herrn sagen: Man darf nicht so pingelig sein. (*Heiterkeit.*) Ich glaube Ihnen, daß das Kalkül nicht stimmt.

Blüm: Ich glaube, und ich sage das ohne jede Polemik, sondern rein beschreibend, das Problem der SPD ist, sich nach links abzugrenzen, das Problem der CDU ist, sich

69 Am 9. Oktober 1970 waren Erich Mende und Heinz Starke von der FDP- in die CDU/CSU-Fraktion gewechselt, Siegfried Zoglmann als Gast. Nachdem Barzel das Verbleiben Zoglmanns in der Fraktion ablehnte, nahm ihn die CSU-Landesgruppe als Hospitant auf. Vgl. dazu BUCHSTAB (wie S. XV Anm. 41) S. 266 f.

nach rechts abzugrenzen. Vor diesen Aufgaben stehen die beiden großen demokratischen Parteien. (*Kiesinger*: Nach links würden wir uns auch abgrenzen!) Na, ich sehe jedenfalls den Schwerpunkt unserer Abgrenzungsbemühungen nach rechts. Wenn Sie mir „nach links“ ein bißchen verdeutlichen können, vielleicht stimme ich Ihnen dann zu, mir ist das zu abstrakt. (*Kiesinger*: Ja, Sie haben auch abstrakt gesprochen. – *Große Heiterkeit*.) Ich möchte doch noch mal die abstrakten Sätze etwas relativieren: „Verbündete nicht vor den Kopf stoßen“ und „Das absolute Ziel ist, die Regierung auszuwechseln und uns selber wieder auf diese Position zu bringen“ – beide Sätze kann ich nicht unterschreiben. Wer mein Verbündeter ist, das bestimmt nicht nur der Partner, der sich mit mir verbinden will, sondern auch ich. Und damit auch die CDU, ich meine, die CDU bestimmt, wer ihr Verbündeter ist. (*Kiesinger*: Genauso habe ich es in der Aussage gestern gesagt, Herr Blüm, da sind wir uns völlig einig.)

Und zweitens, „absolutes Ziel“, das wäre ja eine Politik ohne jeden Inhalt, da wäre der Inhalt ja offensichtlich manipulationsfähig, (*Starke Unruhe*.) wenn Sie das so sagen, „absolutes Ziel ist es, die Regierung zu stürzen“, dann kann ich nur sagen, dann spielt das Programm offenbar keine Rolle. (*Kiesinger*: Über die Inhalte sind wir uns sicher, Herr Blüm. – *Unruhe und Diskussion*.) Ja, wir haben ein Programm verabschiedet, gerade deshalb kann es kein absolutes Ziel sein, sondern das Programm spielt bei dieser Frage auch eine Rolle. Damit ist es kein absolutes Ziel, die Regierung zu stürzen, sondern es kommt darauf an, mit unserem Programm eine Regierung zu bilden. (*Kiesinger*: Aber das ist doch selbstverständlich, Herr Blüm!) Wenn das selbstverständlich ist, habe ich eben zwei selbstverständliche Sätze gesagt. Nun sage ich gleich zwei Sätze, die nicht selbstverständlich sind. Wenn Sie glauben, Sie würden mit der DU 2 % gewinnen, dann sollten Sie nicht vergessen, daß Sie vielleicht auf der anderen Seite mehr als 2 % einbüßen. (*Kiesinger*: Das müssen Sie mir nicht sagen! Ich habe den Vorschlag gemacht, Herr Blüm!) Dann ist der dritte Satz auch selbstverständlich. (*Heiterkeit*.) Der vierte wäre der, ich glaube, daß auch unter diesen taktischen Gesichtspunkten sehr wichtig ist, was Herr Stoltenberg gesagt hat, nämlich die CDU als eine selbständige Kraft in den Wahlkampf zu führen, gegenüber einer Konstellation SPD/FDP, wo offenbar niemand von den beiden selbständig in den Wahlkampf gehen kann. Das ist doch der gerade auch taktisch fundamentale Unterschied, daß die sich offensichtlich beide brauchen, um die Regierung zu behalten. Insofern würde ich meinen, daß ein Bündnis CDU/DU geradezu ein Alibi bietet, auf der anderen Seite SPD/FDP-Fixierung aufrechtzuerhalten. Jedenfalls den Geruch, den negativen Beigeschmack dieses Bündnisses sozusagen zu kompensieren, daß es auf der anderen Seite ein ebensolches Bündnis gibt. Also, durchaus eine taktische Überlegung, Herr Vorsitzender, die Sie mir offenbar nicht zugetraut haben. (*Unruhe und Heiterkeit*.)

Drittens, Sie sprachen davon, daß man die Sache ganz ruhig lassen und jetzt nicht die öffentliche Auseinandersetzung bevorzugen sollte. Das hängt auch wiederum nicht von uns alleine ab, wenn eben solche Bündnisse im Gespräch sind, dann wird man danach gefragt, und man kann sich – ehrlicherweise – dieser Frage nicht entziehen. Deshalb hängt das, ob das stillbleibt oder an die Öffentlichkeit kommt und damit eventuell der DU nutzt, nicht allein davon ab, welchen Willen man selber hat, sondern

daß man auf Fragen auch antworten muß. Und meine, konkret das Verhältnis zu Zoglmann in der Bundestagsfraktion. Da finde ich keine Gründe dafür, wie man Herrn Zoglmann in diesem Hospitantenstatus lassen kann, wenn er doch mit einer selbständigen Partei ins Rennen geht. Mit anderen Worten, ich will das alles zusammenfassen: Ich bin der Meinung, daß man ganz hörbar die Tür zuschlagen muß – da unterscheide ich mich von dem, was Herr Hasselmann gesagt hat – hörbar die Tür zuschlagen muß, damit man nicht Fragen beantworten muß, die nur Ärger machen. Wir können ja nicht sagen, für die eine Etage, die die Tür zuschlagen will, ist Blüm zuständig und die halten sich an Blüm, und die, die sie offenhalten wollen, halten sich an Hasselmann. (*Heiterkeit.*) Gerade um der Ruhe wegen: Sie haben alle gemeint, es würde der DU nur nützen, wenn die öffentliche Auseinandersetzung spektakulär wird. Wenn sie nicht spektakulär werden soll, dann muß diesem Vorschlag, hörbar die Tür zuschlagen, ein Beschluß folgen, der wenig Raum läßt, und das könnte nur der Beschluß sein: Mit der CDU gibt es kein Huckepack-System.

Kiesinger: Wir gehen also als eine selbständige Partei ohne Wahlabsprachen in den Wahlkampf. Das war mein Vorschlag. Nun darf ich noch mal bitten, belasten wir doch die Geschichte nicht mit unnötiger Ideologie. Diese Partei ist nun mal gegründet worden. Sie ist da. Wenn ich nach dem Verhältnis der CDU zu dieser Partei gefragt werde, dann sage ich, wir waren immer der Meinung, daß das eine unzumutbare Gründung ist und daß dieser Gründung ein falsches politisches Kalkül zugrunde liegt. Wenn ich dann weiter gefragt werde: Gut, nun ist sie aber da, wie verhaltet ihr euch dazu? Dann sage ich: Ja, das hängt natürlich von der Programmatik dieser Partei ab, was sie politisch tut. Ob wir mit ihr uns freundlich stimmen können oder nicht, das hängt auch davon ab, ob das, was sie politisch tut, mit unserer eigenen politischen Zielsetzung übereinstimmt. Davon wird unser Verhältnis bestimmt werden. Die Tür so zuzuschlagen, daß wir jetzt Krieg mit den Leuten anfangen und ihnen eine mögliche Rückkehr unmöglich machen, halte ich für unklug. Und deswegen bin ich der Meinung, daß wir nicht feindselig reden sollten. Und was das Hospitantenverhältnis von Herrn Zoglmann anlangt; Herr Dr. Blüm macht sich stark dafür, Franz Josef Strauß zu sagen, wir lösen die Fraktionsgemeinschaft im Bundestag auf, wenn ihr darauf besteht, daß Herr Zoglmann weiter Hospitant der CSU ist. Wenn Sie sich dafür stark machen wollen, dann wünsche ich Ihnen auf diesem Weg viel Glück. Ich behaupte nicht, daß wir von vornherein gleich die Segel streichen sollen. Aber das ist eine Sache des Fraktionsvorsitzenden. Deswegen sollen wir ja auch mit der CSU sprechen. Aber klar müssen wir uns darüber sein, daß hier die Möglichkeit eines ganz schweren Konflikts innerhalb der Fraktion entstehen könnte. Und ich sehe auch keinen Grund dazu, durch übermäßig lautes Türzuschlagen auch noch in diesem Punkt hier eine Krise heraufzubeschwören, die wir einfach nicht verkraften können.

Barzel: Da hier die Frage des Hospitantenstatus aufgeworfen ist, muß ich ein paar Worte sagen. Die Kollegen aus der Fraktion können es nicht mehr hören, weil sie es oft genug gehört haben, und die aus dem Präsidium schon gar nicht mehr. Aber da wir uns ja nicht alle deckungsgleich hier befinden, möchte ich das doch noch einmal vortragen. Als der Kollege Zoglmann zu uns kam, haben wir uns unterhalten im Vorstand und

Präsidium, und da ist der gute Satz gefallen vom Kollegen Schröder, wir sind keine Institution, bei der man überwintert. Das ist eine sehr gute Aussage gewesen.

Nun zum Vorgang selbst: Herr Zoglmann erschien am Freitag vor seiner Gründung bei mir, um mir zu sagen, es würde nun gegründet, das passe ihm alles überhaupt nicht. Aber er habe nun diese drei Zusagen, und jetzt müsse das erfolgen. Daraufhin habe ich ihm gesagt, lieber Herr Zoglmann, das können Sie doch gar nicht machen, denn das führt sie in die größten Schwierigkeiten, denn dann kommen Sie auch in Schwierigkeiten mit dem Status, den Sie hier in der Fraktion haben. Denn Sie haben mir einen Brief geschrieben, Sie seien parteilos, und aufgrund dieses Briefs sind Sie hier ein Hospitant. Dann kam das Problem CSU. Dann mußte ich ihm sagen, hören Sie zu, wir haben gerade eine neue Satzung, nach der bestimmt die Fraktion insgesamt über die Hospitanten. Ich sage Ihnen das jetzt vorweg, das gilt pro futuro. Was jetzt ist, ist Besitzstand, und ich kann nur die Betrachtung unterstützen, die der Parteivorsitzende im Ernst der Zusammenarbeit der beiden Unionsparteien in einer gemeinsamen Fraktion hier vorgetragen hat.

Nun haben wir uns nicht etwa vor der Frage gedrückt, sondern meine Auffassung dazu ist völlig klar. Ich bin der Auffassung, daß wir nach dem Modell Schleswig-Holstein und Hessen in die Wahl gehen, also selbständig und ohne Abreden, weil alle Versuche oder auch nur scheinbare Versuche mit Manipulationen nicht nur die SPD/FDP-Manipulationen begünstigen, sondern uns in der Mitte das verlieren lassen, was wir vielleicht rechts dazu gewinnen könnten.

Nun haben wir nicht etwa eine faule Sache gemacht, als wir die Vorstände beider Parteien baten, die Frage zu prüfen, und zwar nur die Frage, Herr Echternach, ob es überhaupt Wahlabreden geben soll. Das ist keine Frage, die die Fraktion entscheiden kann. Und diese Frage ist fundamental zur Beurteilung des Status des Kollegen Zoglmann und zur Beurteilung der Lage dieser Partei. Und nun meine ich – erschrecken Sie nicht, wenn ich das so sage –, daß wir dem Kollegen Zoglmann natürlich auch Redlichkeit schuldig sind. Wenn er zu mir als seinem gegenwärtigen Fraktionsvorsitzenden kommt und sagt, ich gründe – gestützt auf eine Zusage –, und ich sage, überlegen Sie sich das mal sorgfältig, dann kann ich doch jetzt nicht anfangen, zunächst über Zoglmann zu diskutieren, sondern ich muß anfangen, über die Zusage zu diskutieren, damit wir ihm sagen können, es wird hier Zusagen geben oder es wird keine geben. Wenn es keine geben sollte – Herr Hasselmann hat eine wichtige Erklärung abgegeben, die Herr Echternach völlig richtig aufgegriffen hat –, sind wir Herrn Zoglmann schuldig, dies zu sagen. Und wir sind schuldig, das intern mit der Formulierung, die der Herr Vorsitzende vorgetragen hat, auch den Herren zu sagen, die über Geld verfügen, und dann mit der CSU zu sprechen, wie die Sache weitergehen soll. Und das ist sicher eine Frage der Perspektive. Ich habe in der Fraktion gesagt, wir wollen nicht den Kirchstuhl mit dem Kirchturm hier verwechseln und uns über eine Frage fundamental zerstreiten, die wir vielleicht doch irgendwie lösen können durch Kollabierung des Problems in sich selbst. Das heißt, die Frage, die die Fraktion – und nur dafür spreche ich jetzt – an diesen Vorstand, ebenso wie an den Vorstand der CSU gerichtet hat, ist die Frage, wollen wir selbständig und ohne Wahlabsprachen in die

Wahl gehen? Das kann nicht die Fraktion entscheiden, das müssen die beiden Parteien entscheiden. Wenn das – wie ich annehme – hier eine Mehrheit, wahrscheinlich eine Einstimmigkeit findet, dann ist das damit der Fraktion mitgeteilt, und ich würde meinem Kollegen, der ja mein Mitglied ist und dem ich auch Redlichkeit und Kollegialität schuldig bin, sagen, da ist also für Sie die eigentliche Geschäftsgrundlage nicht gegeben und daher müssen wir uns das mal überlegen. Das ist das Verfahren. Das wertet die DU nicht auf, das schlägt die Tür nicht zu, das eröffnet keinen Krieg, sondern das ist die Lösung des Problems, ohne daß wir dabei in einen Krieg zwischen CDU und CSU geraten. Es ist nur die klare Aussage, die der Vorsitzende für das Präsidium formuliert hat, also kein Ausweichen vor einer Frage, sondern zunächst die Basis und das Fundament des Entschlusses dieser Leute zu diskutieren. Wenn sie aus unserer Sicht nicht besteht, müssen wir das Herrn Zoglmann freundschaftlich sagen, damit er auch nicht gestützt auf Zusagen, die keiner einzuhalten bereit ist, nun seinerseits in eine komische Lage kommt, daß er mit anderen politischen Mitbürgern spricht, sie anwirbt und sammelt und dann falsche Hoffnungen erweckt. Das können wir auch mit Herrn Zoglmann und dem Potential, das sich auf dieser Seite befindet, nicht machen. Wenn wir uns so anständig und klar verhalten, wird das Problem sich lösen. Es dauert zwar ein bißchen länger, als der eine oder andere sich das mit Schlagzeilen vorgestellt hat, aber es ist sicher am Schluß für uns alle hilfreicher, daß wir heute wissen, was wir in dieser Sachfrage wollen. Und der Herr Vorsitzende hat das so formuliert, wie es unendlich lang im Präsidium besprochen worden ist.

Gradl: Für mich ist diese Frage im Augenblick eigentlich nur deshalb interessant, weil es eine gewisse Festlegung der CSU in dieser Sache gibt, und jeder von uns weiß, daß wir mit der CSU gemeinsam solche Dinge bewältigen müssen und uns hier keine Konfrontation leisten können. Und wenn ich dies ausschalte, möchte ich für mich jedenfalls völlig klar sagen:

1. Die Wahl des Namens Deutsche Union ist für mich eine Provokation und muß es eigentlich für die CDU als Ganzes sein. Wir wissen, warum wir 1945 den Namen Union gewählt haben. Die Anleihe, die Herr Zoglmann bei diesem Namen macht, ist in Wahrheit der Versuch, mit der Qualität dieses zusammenfassenden Begriffs für sich eine zusätzliche werbende Wirkung zu erzielen, sonst hätte er diesen Namen nicht gewählt. Eigentlich hätten wir bei der Stellung, die wir ihm gegenüber eingenommen haben, indem wir ihn als Hospitant aufgenommen haben, doch wohl erwarten müssen, daß er dies jedenfalls nicht tut. Das ist also einer der Gründe. Ich habe nicht die Absicht, hier einen Katalog aufzuzählen, sondern nur noch zwei Punkte, die mir im Hinblick auf das, was Herr Hasselmann gesagt hat, wesentlich erscheinen.

2. Eine Tendenz, die wir alle beobachtet haben, zielt auf die Konzentration in zwei Parteien. Dies ist klarer Wille des Volkes, sofern man überhaupt aus den demokratischen Wahlen der letzten Jahre etwas Verbindliches ableiten will. Würden wir irgend etwas tun, was den Eindruck erweckte, als würden wir uns einer Manipulation bedienen, um 1 oder 2 % zu gewinnen, würde das so gedeutet werden, als würden wir uns gegen diesen Wählerwillen stellen.

3. Herr Kollege Kraske hat schon gesagt, wir sollten nichts, aber auch gar nichts tun,

was den Eindruck beim Wähler verwischen könnte, daß es bei dieser Wahl 1973 um eine einzige große Auseinandersetzung geht. Hier die Union und dort die Sozialdemokraten. Dies ist die Konfrontation. Und wir haben ein großes Interesse daran, diese Konfrontation durch nichts zu beeinträchtigen. Deshalb, Herr Kollege Hasselmann, bitte nicht mal von Ihrem Landesverband auch nur eine Spur von Andeutung, daß das anders werden könnte, sondern hier muß ganz klar sein, wir sehen diese Konfrontation, wir bejahen sie, der Wähler soll 1973 ganz genau wissen, worauf es ankommt. Das ist die beste Chance, die absolute Mehrheit zu bekommen, die wir brauchen.

Ich plädiere sehr für den Vorschlag von Herrn Stoltenberg, nur hätte ich dieses Wort „ohne Wahlabsprache“ etwas präzisiert in „keine Wahlabsprache“, damit das völlig klar ist.

Kiesinger: Darf ich auf folgendes hinweisen. Wir reden über eine Sache, die entschieden worden ist in Beschlüssen des Präsidiums, des Vorstands und des Parteiausschusses. Die ganze Sache ist doch erst wieder zurückgespielt worden durch diese Unterhaltung, die da stattgefunden hat. Wir haben uns klar entschieden gehabt. (*Hasselmann:* Ich muß widersprechen. Der Bundesvorstand hat sich noch nicht mit einem einzigen Satz geäußert.) Aber natürlich! (*Heck:* Der Bundesausschuß hat es beschlossen.⁷⁰ – *Hasselmann:* Aber nicht hier im Vorstand. Wir haben die Überlegungen nicht angesprochen.) Aber bei allem Respekt für Ihre Überlegungen, Herr Hasselmann, ich erinnere mich genau, daß der Bundesvorstand sich mit dieser Frage beschäftigt hat, und zwar aufgrund eines entsprechenden Beschlusses. Und dann hat der Parteiausschuß beschlossen in dieser Frage. Deswegen haben wir heute eigentlich gar keinen neuen Beschluß zu fassen außer den, daß wir es präzisieren dahin, die CDU geht selbständig ohne Wahlabsprachen in den Bundestagswahlkampf. Das ist die Lage.

Barzel: Meine Kollegen, ich muß leider zu Pompidou⁷¹, ich möchte nur noch einen Satz sagen. Wir haben natürlich vor uns eine Landschaft, in der wahrscheinlich eine Vertragsratifikation zu bekämpfen ist. Dazu ist die absolute Geschlossenheit des eigenen Lagers erforderlich. Dies wird mir, glaube ich, nur gelingen, wenn wir nicht auf der Rechtsaußen-Seite eine Abspaltungsmöglichkeit haben, da sich dann die Geschlossenheit des eigenen Lagers auch auf anderen Seiten schwerer wird herstellen lassen, d. h. auch auf dieser ganz praktischen Politik, die fundamental für die Wahl ist, bin ich dafür, diese Frage so zu erledigen, wie ich das vorgeschlagen habe.

Hasselmann: Herr Dr. Barzel, es gibt keinen Zweifel, wenn ich jetzt hier als Gegenspieler auftrete, dann doch nicht, weil ich darauf beharre, daß das so kommen muß. Ich will nur der Bundespartei, falls sie ihre Ansicht ändern müßte, eine Chance lassen, mit uns im Lande reden zu können. Herr Dr. Blüm, Sie sind mir bitte nicht böse, wenn ein Parteitag einen Beschluß faßt in der Mitbestimmungsfrage und unsere Gruppierungen Sozialausschüsse sich davon absetzen, trotz gefaßter Beschlüsse, müssen Sie die politische Landschaft aufgrund der Struktur meines Landes sehen. Das ist doch eine Er-

70 Protokoll der Bundesausschußsitzung vom 10. Mai 1971 in ACDP 07-001-606.

71 Pompidou hielt sich am 5./6. Juli 1971 zu Konsultationsgesprächen in Bonn auf (AdG 1971 S. 16387-16390; AAPD 1971 Dok. 228, 229, 230, 231, 232, 233).

schwernis. Die Presse bei uns im Land schreibt in Schlagzeilen, daß eine große Gruppe sich nicht an den Parteitagbeschuß zu halten beabsichtigt. Bitte sehen Sie das doch! Das ist doch eine Situation, die uns unter Umständen das Prozent kosten könnte, weil die Leute nicht mit letztem Vertrauen die CDU aufgrund gefaßter Parteitagbeschlüsse sehen. Um dem allem vorzubeugen, möchte ich die Tür geöffnet halten und so wenig wie möglich reden. Ich darf wiederholen: Zusagen sind nicht gemacht worden. Das konnten wir auch nicht, ohne unsere Partei im Land und die Bundespartei zu fragen. Aber wir konnten eines auch nicht: Bei der Lage, in die wir selbst hineingeraten waren, Herr Dr. Dregger, nun so zu tun, als ob bei uns schon die Konfrontation zwischen der CDU und CSU eine nicht mehr abwendbare Lage geschaffen hätte. Sondern wir mußten uns bewegen. Deshalb sind diese verbindenden Dinge notwendig. Und hier dürfen wir uns nicht leiten lassen von Emotionen, Herr Dr. Gradl, und solchen Überlegungen, wie Sie sie anstellen. Ich bin also der Ansicht, daß wir aufgrund der Lage in Deutschland jeden Weg unter der Überschrift „Wir treten allein an“ für richtig halten könnten, der diese Regierung ablöst. Ob er so oder in anderer Form möglich wird für uns, ist eine Sache, die wir zur Zeit aufgrund einer nicht sichtbaren Möglichkeit, die Feindlage zu beurteilen, nicht treffen können. Deshalb warne ich vor Beschlüssen, von denen wir nachher nicht zurückkönnen, wenn wir zu anderen Überlegungen kommen, aufgrund einer in zwei Jahren möglichen Entwicklung. (*Starke Unruhe.*) Darum sage ich, bitte warten Sie mit den entscheidenden Fragen, bis die Stuttgarter Wahl⁷² gewesen ist. Da ist noch eine große Koalition und eine schwache FDP in der Opposition. Warten Sie ab bis April. Sie haben dann ein klareres Bild über die ganze Entwicklung in Deutschland, und Sie wissen, wie weit wir dann sind. Ich glaube, daß diese Partei sich in der nächsten Zeit totläuft. Sie läuft sich vor allen Dingen dann tot, wenn wir keine Beschlüsse fassen und nicht darüber reden. Dann sind wir am freiesten. Und sehen Sie, Dr. Stoltenberg hat durch eine sehr kluge Politik in seinem Land etwas gemacht, wobei ich mich frage, ob das Dr. Dregger morgen fertigbekommt, ob ich mir das erlauben kann, ob Sie, Herr Dr. Kiesinger, Herr Dr. Barzel oder wer es immer sein mag, sich das erlauben können. Er hat seine Partei nicht befragt, sondern hat den FDP-Ministerialdirigenten zu seinem Staatssekretär gemacht. Und er hat gesagt – natürlich im engsten Kreis –, Herr Qualen⁷³ bleibt im Amt. Das ist eine so großartige Sache, daß da nichts mehr passieren kann. Die sagen „Bei uns ist die Heimat“. So hat sich Stoltenberg aufgeführt. Wir unterscheiden aber in Rechte und in Linke oder in rechts oder links. Das ist die Lage, vor die wir gestellt sind bei uns im Lande. Bedenken Sie, ich bin ja selber Opfer eines Versuches, mit Hospitanten zu arbeiten⁷⁴, die wir doch ein ganzes Jahr finanzieren müssen, weil sie nirgends wieder in Brot zu bringen waren. Weil mein

72 Landtagswahl in Baden-Württemberg am 23. April 1972 (CDU 52,9 %, SPD 37,6 %, FDP/DVP 8,9 %).

73 Hans Hellmuth Qualen (1907–1993), Jurist; 1945–1956 mit Unterbrechung Tätigkeit in der Oberfinanzdirektion Kiel, 1954 FDP (1971 Austritt), 1956–1959 Finanzgerichtsdirektor, 1959–1962 Staatssekretär im Finanzministerium Schleswig-Holstein, 1962/63 Staatssekretär im Bundesschatzministerium, 1963–1973 Finanzminister Schleswig-Holstein.

74 Anspielung auf den NPD-Überwechsler Helmut Hass, vgl. Nr. 5 Anm. 79.

Amtsvorgänger⁷⁵ sehr leichtfertig mit diesen Dingen umsprang. (*Unruhe.*) Es ist für mich keine Rechtsabwendung, die Rechtsabwendung ist NPD. Und Herr von Thadden sitzt nach wie vor da und führt den Bremer Wahlkampf an. Bei uns ist eine völlig andere Situation, die müssen Sie bedenken, und das haben Sie ja auch. Ich verspreche Ihnen noch einmal, daß wir nichts tun werden im Lande, wenn die Bundespartei der Meinung ist, das ist Unsinn. So lange aber darüber nicht geurteilt werden kann, lassen Sie uns doch die Chance und die Freiheit, ein bißchen die Entwicklung zu beobachten. Und fassen Sie die Beschlüsse, wenn wir diesen Punkt mit der CSU erörtert haben, daß sich eine solche Meldung einstimmig lohnt und nicht eine Gegenrede aus der Schwesterpartei morgen in die Presse kommt. Ich möchte also sagen, Herr Dr. Kiesinger, wir sollten in diesem Punkt heute keine Erklärung abgeben.

Kiesinger: Es geht nicht um eine Erklärung nach außen, sondern es geht um eine Beschlußfassung hier. Ich habe nie daran gedacht, jetzt eine Erklärung an die Öffentlichkeit zu geben. (*Hasselmann:* Also, das muß erst mit Dr. Strauß besprochen werden!) Der Generalsekretär hatte sich zur Geschäftsordnung gemeldet, Herr von Weizsäcker hatte sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Heck: Wenn meine Erinnerung mich nicht ganz trügt, ist auf dem Parteiausschuß klipp und klar festgestellt worden, daß ein Wahlbündnis mit der Deutschen Union nicht in Frage käme. Und es ist auch damals schon in der Pressekonferenz gesagt worden und hat in der Zeitung gestanden. Und der Parteivorstand ist rechtlich gar nicht in der Lage, in Abweichung dieses Beschlusses des Parteiausschusses irgend etwas anderes zu beschließen. Warum wir uns eigentlich so lange bei der Sache aufhalten, verstehe ich nicht recht.

Kiesinger: Na, weil so viele Wortmeldungen sind.

Von Weizsäcker: Ich würde vorschlagen, die Debatte jetzt abzubrechen und noch in Anwesenheit von Herrn Dr. Barzel und anderen, die weg müssen, unseren Beschluß zu fassen. Die Argumente sind alle auf dem Tisch. Ich selbst habe verschiedene Meinungen zu allen Punkten und halte mich auch zurück. Ich schlage jetzt wirklich vor, daß wir jetzt den Beschluß fassen.

Kiesinger: Sie stellen also – mit anderen Worten – den Antrag: Schluß der Debatte. Das bedeutet, wenn ich mich geschäftsordnungsmäßig richtig auskenne, daß diejenigen, die sich noch gemeldet haben, nicht mehr zu Wort kommen sollen (*Zwischenruf:* Na, erst muß mal abgestimmt werden!), wobei auch Herr Harlander sich gemeldet hat – das wäre ja vielleicht doch ganz interessant, ihn zu hören.

Harlander: Ich möchte mich auf das beziehen, was Herr Hasselmann gesagt hat und die Frage stellen, was Sie heute nach dem Beschluß des Bundesausschusses eigentlich dazu zwingt, noch einmal eine Erklärung abzugeben und diesen Beschluß zu bekräftigen. Vielleicht sind sie in einer etwas glücklicheren Lage als wir in unserem Vorstand. Bei uns besteht doch manchmal der Verdacht, der zu der scherzhaften Bemerkung führte, daß man entscheidende Sitzungen doch lieber am Marienplatz abhalten sollte, weil dort die Chance besteht, daß durch den Verkehrslärm einiges untergeht.

⁷⁵ Otto Fricke war 1960–1968 Vorsitzender der CDU in Niedersachsen.

Wenn Sie heute diesen Beschluß noch einmal fassen, dann frage ich mich, was ein Gespräch in dieser Sache mit dem CSU-Präsidium überhaupt noch für einen Sinn haben soll; ein Gespräch, das sie wollen, zu dem Sie sich heute mehrfach ausgesprochen haben; ein Gespräch, dem m. E. auch eine gründliche Lagebeurteilung zugrunde liegen muß und nicht nur Vermutungen und Erwartungen, wie sie heute – gestatten Sie mir dieses freie und offene Wort – vielleicht manchmal in einigen Diskussionsbeiträgen deutlich wurden; eine Lagebeurteilung, die zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen in den Ländern führen kann und eine Lagebeurteilung, die aber per saldo vielleicht – wer weiß es – doch zu dem Schluß führen kann, daß Herr Zoglmann für uns vielleicht doch nicht ganz so abwegig ist, wie Sie das vielleicht glauben.

Meine Bitte, den Beschluß, falls Sie ihn noch einmal fassen wollen, auf jeden Fall so lange zurückzustellen, bis hoffentlich bald dieses Gespräch der beiden Präsidien stattgefunden hat.

Heck: Herr Harlander, ich glaube, das ist ein Mißverständnis. Gegenstand der Besprechungen zwischen uns und der CSU ist die Frage, wie das Hospitantenverhältnis von Herrn Zoglmann gestaltet werden soll. Kein Vorsitzender, kein Generalsekretär, kein Präsidium und kein Vorstand kann gegen einen Beschluß des Parteausschusses Verhandlungen mit der CSU führen.

Kiesinger: Wir können über die Modalitäten, wie wir uns heute hier einigen, sprechen. Ich bin nicht davon ausgegangen, daß wir heute einen Beschluß fassen und verkünden. Das ist unsere Meinung, wir können nicht davon abgehen. (*Lebhafte Unruhe und Diskussion.*)

Windelen: Ich will es bei der Verhandlungslage sehr kurz machen: Wir warten ab; die Partei hat sich mit der Frage beschäftigt, wir haben zu einem sehr frühen Zeitpunkt auch mit den Leuten von der NLA Verbindung gehabt, auch ich persönlich. Ich sehe gar nicht ein, warum man das nicht tun soll. Herr Weyer ist daran zerbrochen, daß er diese Leute in der FDP losgeworden ist, das waren mal Stützen dieser Partei, sie sind durchaus honorig. Ich habe es für richtig gehalten, ihnen keine Illusionen darüber zu machen, daß ich eine irgendwie geartete Huckepack-Lösung für illusionär halte, ganz einfach aus Fairneß, um die Leute nicht auf Möglichkeiten warten zu lassen, die nach meiner sicheren Überzeugung einfach nicht drin sind. Dort, wo wir sichere Wahlkreise haben, haben wir keine NLA-Wähler. Dort, wo wir NLA-Wähler haben, haben wir keinen sicheren Wahlkreis. Ich würde also Unvorsichtige warnen, solche Erwartungen zu nähren, die nicht erfüllbar sind. Gerade wenn wir diese Leute gewinnen wollen, soweit sie auf unserem Boden stehen, sollten wir ihnen volle Klarheit über das geben, was möglich ist und was nicht möglich ist. Das haben wir in unserem Bereich getan, die rheinische Landespartei steht auf dem gleichen Standpunkt, Köppler hat eine gleiche Linie eingehalten. Ich bin dagegen, daß wir laufend hörbar Türen zuschlagen, aber ich meine, wir sollten den Beteiligten sehr deutlich sagen, was möglich ist und was nicht möglich ist, und wir sollten vor allem eben auch Rücksicht nehmen auf unser Verhältnis zur CSU, d. h. also, keine Beschlüsse fassen, die dieses Verhältnis belasten oder erschweren.

Scheufelen: Zunächst mal waren wir mit dem Tatbestand konfrontiert, daß die Leu-

te gründen wollten und davon nicht abzubringen waren. Zum zweiten gilt der Tatbestand, daß sie aber durchaus zur Kooperation bereit waren. Ob das geht, das gemeinsame Auftreten, ist eine cura posterior im Wahlkreis. Für mich war wichtig, daß sie damals erklärten, sie würden in Baden-Württemberg nicht auftreten. Zur Lage in Baden-Württemberg habe ich gesagt, nach meiner Kenntnis der Sachlage gäbe es in Baden-Württemberg keinen sicheren Wahlkreis, daß eine derartige Konstellation in Frage stehe. Das hätte es in der ganzen Geschichte nur einmal gegeben, das wäre der Fall Waiblingen gewesen, das hätte eine Persönlichkeit wie Reinhold Maier⁷⁶ vorausgesetzt. Herrn Zoglmann kenne ich nicht so gut, Herrn Bahner habe ich näher kennengelernt in den Tagen nach der Bundestagswahl. Und Herr Bahner, der ein honoriertes Mitglied der Berliner CDU⁷⁷ ist, hat klar erklärt – ich glaube, das muß man auch, um die Situation in Bayern zu verstehen –, für ihn wäre es das einfachste, jetzt zur CSU zu gehen. Er glaube wirklich, daß er mit dieser Methode und dieser Ehrlichkeit von den Leuten gar nicht verstanden wird. Das wird jeder, der dabei war, bestätigen. (*Zwischenruf*: Idealisten!) Die Rechnung der letzten Bundestagswahl, die ist nun auf dem Tisch. Und nun hat sich die Sache, wie ich es jetzt gesehen habe, doch etwas vereinfacht, als a) keine zwingende Notwendigkeit da ist, jetzt einen neuen Beschluß zu fassen; b) daß Herr Barzel als Fraktionsführer die Möglichkeit hat, Herrn Zoglmann die Dinge so zu sagen, wie er sie sieht. (*Unruhe und Diskussion*.) Die Lösung ergibt sich ganz von selbst, zum einen erkennen diese Leute, daß nichts drin ist und kommen dann automatisch zu uns, und zum anderen, wir wissen ja nicht, wie die Situation in zwei Jahren ist. Soll man sich doch nicht ohne zwingenden Grund irgendwo eine Möglichkeit zubauen, Türen verschließen, wo im Moment gar kein Grund ist, Türen zu verschließen? Im Moment ist sie ja geschlossen, sie müßte also geöffnet werden. Deswegen meine Bitte: Es ist kein neuer Beschluß hier notwendig, und ich sehe auch keine Notwendigkeit, im Moment irgendeine öffentliche Erklärung oder irgend etwas über die Sache zu geben, sondern die Sache weiterlaufen zu lassen. Dann werden wir sehen, wie sie sich entwickelt – auch im Hinblick auf andere Teile, die noch in der FDP drin sind. (*Kiesinger*: Na, das Weiterlaufen hat eben seine Gefahren, Herr Scheufelen!)

Schwarz-Schilling: Ich glaube, alle Argumente sind hier auf den Tisch gelegt. Ich möchte deshalb auf einen eigenen Beitrag dazu verzichten und darum bitten, daß wir den Beschluß des Bundesausschusses hier bestätigen und Herrn Barzel die Möglichkeit geben, den Weg so zu ebnen, wie er es hier vorgetragen hat.

Kiesinger: Auch im Interesse einer guten Zusammenarbeit mit der CSU würde ich sagen, wir beziehen uns auf den Beschluß des Bundesparteiausschusses.

Dregger: Die Fraktion hat aber eine Frage an die beiden Parteien gestellt. Die ist nur dann zu beantworten, wenn beide Parteien dasselbe beschließen. Deswegen meine

76 Reinhold Maier (1889–1971), Jurist; 1945–1953 Ministerpräsident von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (DVP/FDP). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 376 Anm. 5.

77 Scheufelen verwechselte hier Dietrich Bahner mit seinem gleichnamigen Sohn. – Dietrich Bahner (1939–2009), Diplom-Kaufmann; 1971 CDU (1984 Austritt), 1973/74 stv. Vorsitzender der JU Berlin, 1975–1979 MdB Berlin, 1979–1982 MdB, 1984 Gründer der „Demokratischen Alternative für Umweltschutz, Steuerzahler und Arbeitsplätze“.

ich auch, wir sollten uns auf den gefaßten Beschluß beziehen und jetzt das Gespräch mit der CSU führen mit der Zielsetzung, gemeinsame Beschlüsse zu fassen.

Kiesinger: Gut, wir wollen dann so verfahren. Aber wir kommen – wie gesagt – um diesen Parteiausschußbeschluß nicht herum. Das ist zunächst einmal in der Welt. Damit haben wir auch diesen Punkt erledigt. – Jetzt rufe ich auf, muß aber bitten, mich zu entschuldigen, ich muß jetzt runter zur Jungen Union, die schon über eine Stunde auf mich warten. Es sind nur noch wenige Punkte, ich bitte den Herrn Bundesgeschäftsführer ... (*Zwischenruf:* Sie hatten vorhin angekündigt, diese Zahlen von Stingl, die hätten wir gerne noch heute mitgenommen.) Aber der Termin für den nächsten Bundesvorstand muß noch festgesetzt werden, machen Sie das dann bitte.

VERSCHIEDENES

Göb: Ja, zunächst Herr Stingl, wenn Sie uns kurz Ihre Zahlen nennen.

Stingl: Wir haben im Juni seit Bestehen der Bundesanstalt die geringste Abnahme von Arbeitslosen gehabt und die geringste Zunahme an freien Stellen. Das heißt, es hat noch nie im Juni so deutlich eine Eindämmung der Konjunktur gegeben, wie in den Jahren vorher. Auch nicht 1966 und 1967, da hat der Juni immer eine höhere Beschäftigung gebracht. Die Beschäftigtenzahlen sind in der Industrie von März auf April zurückgegangen, und wir müssen damit rechnen, daß die Beschäftigtenzahlen weiter zurückgehen. Wenn Sie das aber mit einer Zunahme der Ausländerbeschäftigung um etwa 130.000 in Verbindung bringen – wir haben jetzt 2.170.000 hier –, dann ist es natürlich für uns eine Gefahr. Wir müssen nachsehen, ob die Betriebe sich auf den billigeren ausländischen Arbeitnehmer stürzen und den einheimischen deutschen Arbeitnehmer entlassen. Die absolute Zahl von 132.000 Arbeitslosen liegt um 40.000 über der Zahl im vorherigen Jahr. Und die Zahl der offenen Stellen liegt um 130.000 unter dem vorherigen Jahr. Das heißt also, es wird ganz deutlich der Trend fortgesetzt, den ich – was mir niemand abgenommen hat –, seit Mai vorigen Jahres sage: keine konjunkturelle Entspannung auf dem Arbeitsmarkt, im Winter dadurch überdeckt, daß wir gutes Wetter hatten und daß nicht so viele Bauarbeiter arbeitslos wurden wie sonst. So daß also im Winter die Arbeitslosigkeit im Vergleich der beiden Jahre gleich lag. Wenn Sie dazu die Kurzarbeit nehmen, die im Juni nur um 2.500 zurückgegangen ist und noch immer über die Hälfte aus der Elektroindustrie kommt, dann sehen Sie da auch, daß es ein Konjunkturgebiet ist, ein konjunkturell anfälliges Gebiet, wo wir Schwierigkeiten haben. Wir haben mehr arbeitslose Frauen als Männer. Wir haben bei den Frauen 60 % mehr Arbeitslose als im vorherigen Jahr, bei den Männern 26,9 % als im vorherigen Jahr. Das heißt also auch hier ein Lösen der Betriebe von den Arbeitskräften, die nicht qualifiziert sind, die als Hilfskräfte beschäftigt sind, die man durch nichtqualifizierte Ausländer ersetzen kann. Ich werde also ein Verfahren suchen müssen, dies etwas zu stoppen. Das bedeutet aber andererseits, daß der Generalangriff, wie ich es sehe, von der Arbeitgeberseite gegen die Bildungsmaßnahmen bei uns ungerechtfertigt ist. Es wird immer gesagt, wir geben zu viel für berufliche För-

derung aus, das ist ungerechtfertigt. Denn gerade deshalb müssen wir ja unsere Einheimischen beruflich fördern. Es wird ja immer darauf Bezug genommen, daß eine Flugzeugführerausbildung bezahlt wurde für 40.000 Mark, das stimmt zwar, es waren fünf, aber die Betreffenden wurden Chefpiloten und Industriekapitäne, und von der Industrie werden wir dafür beschimpft – das muß mal gesagt werden. Ich möchte Sie doch alle sehr bitten, bei der Frage der Beitragsdiskussion⁷⁸ sehr darauf zu drängen, daß nicht von der Arbeitgeberseite her der Schuß gegen unser Gesetz kommt, das AFG ist unser Gesetz. Daß nicht von dort der Hebel angesetzt wird gegen die berufliche Förderung, weil sie natürlich was kostet. Und man kann nicht mit dem Beitrag, mit dem man früher nur die Arbeitslosigkeit abgedeckt hat, jetzt auch die – im übrigen doppelten – Lasten gegenüber der Arbeitslosigkeit für die berufliche Förderung regeln. Zahlen, die Sie sich leicht merken können: 800 Mio. wird vermutlich die Arbeitslosenunterstützung kosten, 800 Mio. das Schlechtwettergeld, trotz des verhältnismäßig milden Winters, und rund 1,5 Mio. die berufliche Förderung. Das geht also alles ein in unsere Überlegungen um den Beitrag. Der Beitrag ist gesetzlich 1 + 1 %, wenn die Bundesregierung ihn nicht durch Rechtsvorgehen herabsetzt. Er ist bis 31. Dezember durch Rechtsverordnung auf 1,3 % herabgesetzt. Wenn die Bundesregierung untätig bleibt, ist er automatisch ab 1. Januar 1972 1 + 1. Sie wird aber tätig werden, und hier kommt der Widerstand der Arbeitgeber, die nur ganz minimal hoch gehen wollen. Die Gewerkschaften auch, die Gewerkschaften leisten Widerstand, weil sie sagen, es sollen andere den Preis bezahlen. Es soll also nicht da genommen werden, es sollen andere einbezogen werden. Die Arbeitgeber leisten Widerstand, weil sie einfach sagen, die Belastung insgesamt für diese berufliche Förderung geht sowieso so, daß uns Leute weggenommen und höher qualifiziert werden und dann fluktuieren. Das ist der Hintergrund dabei. Man muß also sagen, daß wir, wenn wir nicht eine erhebliche Erhöhung – nach meiner Vorstellung um 1,8 % – bekommen, dann kann die Bundesanstalt zwar ihre Aufgaben noch erfüllen, aber sie fällt als Instrument der Konjunkturpolitik und der Strukturpolitik aus. Und ich darf darauf hinweisen, bei allen Strukturmaßnahmen ist die Bundesanstalt die einzige, die nicht eine Mehrheit von der Bundesregierung her hat, sondern, wenn die Arbeitgeber mich unterstützen, noch eine nicht-bundesregierungsfreundliche Mehrheit in meinem Selbstverwaltungsorgan. Ich würde aber darum bitten, daß gelegentlich der eine oder andere das auf der Arbeitgeberseite auch zur Geltung bringt. Mehr will ich hier nicht sagen, wenn sie mich noch im einzelnen fragen wollen, können Sie das gerne tun. (*Beifall.*)

Heck: Vielen Dank! Wir haben noch folgende Punkte zu erledigen: Wir haben für zwei Ausschüsse neue Vorsitzende, die vom Vorstand bestätigt werden müssen. Das ist für den Bundesausschuß für Verteidigungspolitik Dr. Werner Marx. Ich empfehle die Bestätigung.

⁷⁸ Die Kosten für das Arbeitsförderungsgesetz führten zu einem Defizit im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit, über dessen Deckung diskutiert wurde, vgl. Wirtschaftswoche Nr. 36 vom 3. September 1971 „Offene Finanzierung“.

Und das ist für den Bundesausschuß für Strukturpolitik Herr Dr. Horst Waffenschmidt.⁷⁹ Ich empfehle auch hier die Bestätigung. – Das ist so beschlossen.

Dann der letzte Punkt – das ist ein schwieriges Kapitel.

Die Sozialausschüsse haben ja ihre Jahrestagung gehabt, nicht lange abgesetzt von der Jahrestagung des Wirtschaftsrats der CDU⁸⁰, deswegen wird immer so ein bißchen der Vergleich gezogen. Die Sozialausschüsse bekommen von der Bundespartei keinerlei Zuschüsse und haben hier für ihre Bundestagung einen Zuschuß von 50.000 DM erbeten. Diese Summe ist im Haushalt nicht vorhanden, sie kann infolgedessen vom Haushalt nicht abgedeckt werden. Ich muß den Vorstand darauf aufmerksam machen, auch wenn ich auf der einen Seite empfehle, daß dieser Zuschuß gewährt wird. Doch wenn wir diesen Beschluß fassen, dann haben wir 50.000 DM mehr Schulden. (*Zwischenruf*: Herr Heck, war nicht heute morgen noch so eine Verrechnungsgeschichte dabei?) Im Präsidium ist davon gesprochen worden, daß man das durch zusätzliche Spenden beibringen wolle. Das ist natürlich eine sehr schöne Formel, aber die zusätzlichen Spenden gehen natürlich sehr schleppend ein. Darüber darf man sich nicht hinwegtäuschen. (*Zwischenruf*: Aber können wir uns nicht positiv einstellen und Sie bitten, einen neuen Weg zu suchen, wie das vielleicht geschehen könnte? Er wird ihn finden, aber es ist doch viel besser ... – *Zwischenruf*: Ich weiß nicht, wieso sind Sie so sicher? – *Zwischenruf*: Heute morgen war die Sache beinahe gefunden!)

Blüm: Ich glaube auch, daß es da Wege gibt. Ich würde Sie jedenfalls bitten, diesem Antrag zuzustimmen, denn Sie können sich vorstellen, daß für uns eine Bundestagung mit ungeheuren finanziellen Belastungen versehen ist. Zumal wir ja keinerlei sonstige Hilfen der Bundespartei bekommen. Diese Hilfen für Kongresse sind ja aus einer ganz anderen Vereinigung (*Unruhe und Diskussion*), aber ich würde doch schon um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag bitten.

Kraske: Ich würde dem durchaus zustimmen. Die Frage, die ich aber stelle, ist, warum das von den Sozialausschüssen nicht bei der Diskussion und Verabschiedung des Etats gesagt worden ist. Denn das ist doch völlig überzeugend, die Junge Union kriegt hohe Zuschüsse, andere Vereinigungen kriegen diese Zuschüsse. Wenn die Sozialausschüsse von vorneherein gesagt hätten, wir beantragen nur diesen einen Zuschuß für die Jahrestagung, hätte es, glaube ich, trotz der finanziell miserablen Lage hier gar keinen Widerspruch gegeben.

Heck: Herr Kraske, das war natürlich ursprünglich im ordentlichen Haushalt vorgesehen, und es ist auch darauf hingewiesen worden, daß das bei den Einkünften, die hier beschlossen worden sind – und das war ja schon die äußerste Grenze –, nicht mit abgedeckt werden könnte. Mehr können wir, glaube ich, nicht tun, als daß wir den Versuch machen, das Geld zu beschaffen.

79 Dr. Horst Waffenschmidt (1933–2002), Rechtsanwalt; 1954 CDU, 1962–1972 MdL Nordrhein-Westfalen, 1972–1998 MdB, 1973–1997 Bundesvorsitzender der KPV, 1979–1981 Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, 1982–1997 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern.

80 14. Bundestagung der CDA vom 2.–4. Juli 1971 in Koblenz. – Wirtschaftstag '71 am 24./25. Juni 1971 in Bonn.

Blüm: So ist also der Antrag positiv vom Bundesvorstand entschieden ... (*Heck:* Er wird positiv vom Generalsekretär betrieben!) Das wäre sicherlich noch eine Rede für die Betreibung des Generalsekretärs ...

Heck: Ja nun, mir wäre es sehr angenehm, ich habe ja gesagt, wenn der Parteivorstand die Verantwortung übernimmt, daß man zusätzlich 50.000 DM Schulden bekommt, dann wird der Betrag überwiesen. Nur das kann ich von hier aus nicht empfehlen.

Windelen: Ich habe keine Bedenken, wenn es dem Generalsekretär oder dem Schatzmeister gelingt, die Deckung zu beschaffen, dem zuzustimmen. Aber ich bin nicht bereit, ohne Deckungsvorschlag zu Lasten der Vergrößerung der Schulden der Landesverbände, die dann das Defizit decken müssen, und zwar ganz gleich, wer hier solche Anträge stellt, dem zuzustimmen. Das richtet sich gar nicht gegen die Sozialausschüsse. Meines Erachtens ist das verantwortungslos, hier Anträgen zuzustimmen, ohne Deckungsvorschläge zu haben.

Blüm: Es gab doch schon früher Zuschüsse von denen ... (*Zwischenruf:* Da hatten wir auch Geld!) Ja, gut, das ist auch die Frage, ob die immer gedeckt waren. Ich möchte noch mal darauf hinweisen, daß wir, insofern sind wir auch bei den Beratungen des Haushaltsplans von dieser Prämisse ausgegangen, zu der Bundestagung in Oldenburg auch einen Zuschuß bekommen, auch nicht über den ordentlichen Haushalt, sondern über den außerordentlichen Teil. (*Zwischenruf:* Der war niedriger!)

Heck: Es gibt also wirklich keinen anderen Weg wie den, daß ich die Sache mit dem Schatzmeister noch einmal bespreche in dem Sinne, wie wir das heute im Parteipräsidium besprochen haben. Nur darf das nicht in der Weise geschehen, daß es vom normalen Spendenaufkommen abgeschöpft wird.

Mehr ist, glaube ich, nicht zu beschließen. Wird sonst noch das Wort gewünscht?

Göb: Termin für die Vorstandssitzung! Wir müssen die Vorstandssitzung mindestens vier Wochen vor dem Parteitag abhalten, weil auf dieser Vorstandssitzung die Tagesordnung für den Parteitag beschlossen ... (*Zwischenruf:* Sie muß nicht, aber wenn der Vorstand das tun will, dann muß er es vorher sagen.) Am 3. September haben wir Präsidium. (*Unruhe und Diskussion.* – *Kraske:* Das wäre ja dann der allerletzte Termin!) Ja, wieder 15.00 Uhr Vorstand? – Gut! – Wird sonst noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.